Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mk. 2.50, frei ins Haus Mk. 2.52, wo keine Post am Orte, Mk. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Inseratengebühr beträgt für die einspaltige Colonelzeile oder deren Raum 25 Pfennige, für Arbeitsmarkt, Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige, Auswärtige Inserate 35 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittags 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 19. Donnerstag, den 23. Januar 1908. 19. Jahrgang.

Lassalles Mahnung!

(Zur Erringung des gleichen Wahlrechts in Preußen im Offenen Antwortschreiben 1. März 1863.)

. . Pflanzen Sie dieses Ruf fort in jedes Dorf, in jede Werkstatt, in jede Hütte. Mögen die städtischen Arbeiter ihre höhere Einsicht und Bildung auf die ländlichen Arbeiter überströmen lassen. Debattieren Sie, diskutieren Sie überall, täglich, unablässig, unaufhörlich, wie jene grosse englische Agitation gegen die Korngesetze, in friedlichen, öffentlichen Versammlungen, wie in privaten Zusammenkünften die Notwendigkeit des allgemeinen und direkten Wahlrechts. Je mehr das Echo ihrer Stimme millionenfach [illegible], desto unwiderstehlicher wird der Druck derselben sein. — — — — — — — — — — — — —

Wiederholen Sie täglich, unermüdlich dasselbe, wieder dasselbe, immer dasselbe. Je mehr es wiederholt wird, desto mehr greift es um sich, desto gewaltiger wächst seine Macht.

Alle Kunst praktischer Erfolge besteht darin, alle Kraft zu jeder Zeit auf einen Punkt — auf den wichtigsten Punkt — zu konzentrieren und nicht nach rechts noch links zu sehen. Blicken Sie nicht nach rechts noch links, seien Sie taub für alles, was nicht allgemeines und direktes Wahlrecht heisst oder damit in Zusammenhang steht und dazu führen kann.

. . . Seien Sie ganz unbesorgt, meine Herren, es gibt keine Macht, die sich dem lange widersetzen würde.

Dies ist das Zeichen, das Sie aufpflanzen müssen. Dies ist das Zeichen, in dem Sie siegen werden! Es gibt kein anderes für Sie!

Das Preußenwahlrecht vor dem Reichstage.

Am heutigen Mittwoch soll die sozialdemokratische Wahlrechtsinterpellation im Reichstage zur Verhandlung kommen und erst jetzt werden Bülow und sein Trabanten diejenige Antwort erhalten, die ihre Erklärung vor den Edelsten und Besten verdient. Es ist allerdings nicht unwahrscheinlich, daß Bülow den besseren Teil der Tapferkeit erwählt und sich diese Antwort nicht anhört, weil sie nicht zur „Zuständigkeit“ des Reichstags gehört und seine Lage im Block immer unerquicklicher wird. Ueber den Inhalt der von der Freisinnigen Vereinigung angenommenen Resolution wird nämlich bekannt, daß die freisinnige Fraktionsgemeinschaft darin aufgefordert wird, aus Anlaß der Beratung der sozialdemokratischen Wahlrechtsinterpellation im Gegensatz zur Erklärung vom 5. Dezember v. J. der Regierung ihr schärfstes Mißtrauen auszusprechen.

Die Verwirrung im Lager der bürgerlichen Parteien steigt inzwischen mit jedem Tage. Die „Kreuzzeitung“ sogar ist zweifelhaft geworden, ob die Regierung recht tue, dem Reichstag die Auskunft über diese „spezifisch preußische Angelegenheit“ zu verweigern, denn die „sorgfältig vorbereiteten sozialdemokratischen Hetzreden gegen Preußen dürften „nicht ohne authentische Entgegnung ins Land gehen.“

Uns scheint es ziemlich gleichgiltig, ob Herr Bülow im Schutz seiner Polizisten bleibt und sich vor der deutschen Volksvertretung verkriecht, oder ob er es riskiert, im Reichstag zu erscheinen. Er wird weder auf die eine noch auf die andere Weise die Rolle verschönern, die er vor dem Volke spielt.

Die „Kreuzzeitung“ erwartet, im Gegensatz zur übrigen konservativen Presse, daß sich die bürgerlichen Parteien dem Eindruck der sozialdemokratischen Wahlrechtsbewegung nicht würden entziehen können. Sie findet, daß alle Fraktionen, außer den Konservativen, von dieser Bewegung beeinflußt und eingeschüchtert seien, und klagt besonders über einen Trauerfall im eigenen Hause, da sich auch die ihr nahestehende „Wirtschaftliche Vereinigung“ für die Beseitigung des bestehenden Dreiklassensystems erklärt hat. Ja, sie fürchtet einen „Riesenerfolg“ der sozialdemokratischen Aktion, die darauf gerichtet sei, Zentrum und Freisinn ins Schlepptau zu nehmen; sie beschwört diese Fraktion in einem wahrhaft herzzerbrechenden Tone, der zu ihren sonstigen hochmütigen Herrenmanieren sehr schlecht paßt, sie mögen den zu befürchtenden „Riesenerfolg“ der Sozialdemokratie in eine „gründliche Niederlage“ verwandeln.

Wir zweifeln nicht im allermindesten daran, daß der Freisinn, wie das Zentrum, die beste Absicht haben, der Sozialdemokratie eine „gründliche Niederlage“ beizubringen, leider aber verschweigt die „Kreuzzeitung“ das Rezept, mit dessen Hilfe das gewünschte Verwandlungskunststück fertig gebracht werden kann. Der Freisinn und das Zentrum sind ja garnicht imstande, der Sozialdemokratie eine Niederlage zu bereiten, sondern sie können den „Riesenerfolg“ der Sozialdemokratie, der ohnehin schon da ist und nicht mehr weggewischt werden kann, noch dadurch vergrößern, daß sie der Sozialdemokratie allein die Aufgabe überlassen, das Volksrecht gegen die dreisten Herausforderungen des Junkers Bülow zu verteidigen.

Die Sozialdemokratie geht ihren Weg und überläßt es den andern Parteien, ihre Entscheidung zu treffen. Sie entscheiden am 22. Januar nicht über die Zukunft des Wahlrechts in Preußen, die in den Händen des Volkes liegt. Sie entscheiden nur über ihr eigenes Schicksal!

Fort mit Bülow! Das wird die Losung sein, die aus den aufgewühlten Massen des deutschen Volkes emporbrandet und im deutschen Reichstag ihr Echo findet. Das Volk, das diesen Mann erträgt, spricht sich selbst sein Urteil vor der Geschichte, der Reichstag, der ihn hält, verliert das Recht, eine Volksvertretung zu heißen, die Partei, die ihn schützt, drückt sich selber ein unvergängliches Brandmal auf.

* * *

Am 4. Dezember v. J. erklärte der Reichskanzler, auf einige recht unbedeutende Angriffe hin, die von Blockparteien auf die Regierung und aufeinander gemacht worden waren, daß er mit dem Block stehe und falle und daß er zurücktreten werde, falls sich ähnliche Vorfälle wie vor dem 4. Dezember wieder ereignen sollten. Daraufhin gaben die einzelnen Blockparteien ihren berühmten Schwur zur Blockpolitik ab, und Herr Wiemer durfte damals namens der ganzen Fraktionsgemeinschaft dem Fürsten Bülow das Vertrauen votieren.

Dieses Stadium der Blockpolitik scheint nun, wenn nicht alle Zeichen trügen, endgültig vorbei zu sein. Selbst Herr Wiemer wird am 22. Januar eine etwas andere Tonart anschlagen müssen als am 4. Dezember. Er wird aber aller Voraussicht nach diesmal nicht mehr namens aller 49 freisinnigen Fraktionsangehörigen sprechen dürfen, sondern nur für seine 28 Kollegen von der freisinnigen Volkspartei. Die beiden anderen Freisinnsfraktionen, die süddeutsche und die Vereinigung, dürften sich entschiedener ausdrücken.

Es steht also fest, daß der 22. Januar eine Wiederholung der Blockkomödie nicht bringen kann. Sein Resultat wird, welches es auch immer sei, gewiß kein Vertrauensvotum für die Regierung Bülow sein.

Wäre Bülow ein Konsequenzenmacher, so würde er Angesichts einer solchen Zersplitterung seines Blocks seinen Abschied nehmen müssen. Und wären die bürgerlichen Parteien, die für das gleiche Wahlrecht einzutreten behaupten, wirkliche und echte Wahlrechtsfreunde, so würden sie selbst dann, wenn Bülow seinen Abschied nicht nehmen wollte, ihm durch ihr parlamentarisches Verhalten jedes weitere Verbleiben im Amte unmöglich machen.

Aber so ernst wird die Sache nicht gemeint werden von der Regierung, noch vom Zentrum, noch gar von der freisinnigen Volkspartei. Fürst Bülow will sich mit der Rhinozeroshaut panzern, die ihm nach seinem eigenen Geständnis in allen schwierigen Situationen zur Verfügung steht. Für die freisinnige Volkspartei aber lautet die „preußische Wahlrechtsfrage“ in ihrem Kerne doch nicht anders als so: „Wie bleibe ich an der Regierungskrippe?“ und für das Zentrum: „Wie komme ich wieder dahin?“ So sprechen alle Vorzeichen für eine Versumpfung der Krise.

Auch die Regierung richtet sich danach ein. Sie will den Block hervorholen, wo sie ihn brauchen kann, sie wird ihn aber ignorieren, wo sich das zahmgewordene Zentrum zur Bewilligung „nationaler Forderungen“ bereit findet. Neigung zu entscheidenden Taten zeigt höchstens der linke Flügel des Freisinns, sonst gilt überall die Parole des seligen österreichischen Ministerpräsidenten Taaffe „Fortwursteln und Fortfretten“!

So stellt sich am Tage vor der Beratung der Wahlrechts-Interpellation die politische Situation dar, die, wie

---

Jack.

Roman von Alphonse Daudet.
Einzig autorisierte Uebersetzung.

43] (Nachdruck verboten.)

„Hüte! Hüte! Hüte!“

Wem galt denn dieser fortwährende Ruf des armen Teufels? Kein einziges Haus war in Sicht. Galt er den unbeweglichen Grenzsteinen oder den Vögeln, die sich ängstlich und furchtsam bei dem herannahenden Gewitter in das Laub der Ulmen geflüchtet hatten?

Unablässig rufend, hatte er sich auf einen Steinhaufen gesetzt, trocknete mit dem Aermel seine Stirn, während Jack auf der anderen Seite der Straße diese häßliche, nicht gealterte, erdige und traurige Gestalt betrachtete, mit den entzündeten, beständig blinzelnden Augen, dem unförmlichen, dicken, gelbbärtigen Munde, den spitzen Zähnen, welche wie Wolfszähne in weiten Lücken von einander abstanden. Am auffallendsten war an ihm ein großer Ausdruck des Leidens, die stumme Klage dieser dunklen Augen, dieses plumpen Mundes, dieses ganzen, unfertigen, mißgestalteten Gesichtes, welches wie ein aufgefundenes Probestück aus vorgeschichtlicher Zeit erschien. Der Unglückliche war sich ohne Zweifel seiner schrecklichen Häßlichkeit bewußt; denn als er jetzt das Kind sich gegenüber sah, welches ihn mit einiger Unruhe betrachtete, lächelte er ihm mit liebenswürdiger Miene zu. Dies Lächeln machte ihn noch häßlicher, indem es um die Winkel seines Mundes und seiner Augen tausend kleine Runzeln spielen ließ, all jene Falten und Furchen, mit denen das Lächeln die Gesichter der Armen zusammenknittert, anstatt sie zu glätten. Aber er hatte bei diesem Lachen einen so freundlichen Ausdruck, daß Jack sich sogleich beruhigt fühlte und fortfuhr, seine Kräuter auszurupfen.

Plötzlich erschütterte der Donner in nächster Nähe den Himmel und das ganze Tal. Ein Schauer lief über die Straße, wirbelte den Staub auf, erschütterte die Bäume.

Der Mann stand auf, betrachtete die Wolken mit unruhiger Miene, wendete sich dann an Jack, den der Donnerschlag gleichfalls in die Höhe geschnellt, und fragte ihn, ob es noch sehr weit bis zum Dorfe wäre.

„Ungefähr eine Viertelstunde“, antwortete das Kind.

„O weh! Guter Gott“, sagte der arme Hausierer, „dann werde ich nicht mehr vor dem Regen hinkommen. Alle meine Hüte werden durchgeweicht werden. Ich habe zuviel davon mitgenommen. Meine Kiepe ist nicht groß genug, um sie zu bedecken.“

Jack empfand ein edles Mitgefühl beim Anblick dieser Bestürzung; auch hatte sein berühmter Nachtmarsch ihn für alle Wanderer auf der großen Straße mitleidig gestimmt.

„He, Handelsmann, Handelsmann“, rief er dem Fremden nach, der bereits hinkend davonging und mit allen Kräften, aber ohne sonderlichen Erfolg, seine weinrebenförmig gekrümmten Beine bewegte. . . . „Unser Haus ist hier ganz nahe bei. Wenn Sie wollen, können Sie Ihre Hüte da unter Obdach bringen.“

Der Unglückliche willigte freudig ein. Seine Sommerware war so zart.

So eilten sie denn Beide die Straße entlang, kletterten den steinigen Weg hinauf, um dem Gewitter zu entfliehen, das ihnen schon auf den Fersen. Der Mann ging so schnell er konnte, strengte sich ersichtlich ungeheuer an, schritt auf dem Oberleder seiner Schuhe und hob bei jedem Schritt die Füße, als wenn die Kieselsteine von Feuer wären.

„Leiden Sie?“ fragte Jack.

„Ach ja, immer! Meine Schuhe drücken mich. Ich habe, wie Sie sehen, zu große Füße und kann kein Schuhwerk für sie finden. Das schmerzt so sehr wenn man geht. Oh, wenn ich jemals reich bin, werde ich mir ein Paar Schuhe ausdrücklich für mich, ganz nach meinem Maß machen lassen.

Und er ging schwitzend, wimmernd, stolpernd den harten Aufgang hinan, von Zeit zu Zeit seinen melancholischen Ruf „Hüte! Hüte! Hüte!“ gewohnheitsmäßig herausstoßend.

Man langte im Erlenhäuschen an. Der Hausierer setzte im Hausflur seine Tracht runder Hüte nieder und verharrte dort ehrerbietig. Aber Jack bestand darauf, daß er im Speisesaal Platz nahm.

„Kommt, mein Freund, setzt Euch hierher. Ihr sollt ein Glas Wein trinken und etwas essen.“

Der andere wollte nicht und sträubte sich dagegen. Schließlich fügte er sich und sagte mit seinem freundlichen Lächeln:

„Meiner Treu, junger Herr, wenn Sie darauf bestehen, will ich mich nicht weigern. Ich habe soeben aus freier Faust ein wenig gegessen, und Sie wissen, wenn man vom Essen aufsteht, hat man noch immer etwas Hunger.“

Mutter Archambauld, welche in ihrer Eigenschaft als Landfrau und als Gattin des Waldhüters einen heiligen Abscheu vor allen Vagabunden hatte, schnitt freilich Gesichter; nichtsdestoweniger stellte sie aber doch ein Laib Brot und einen großen Krug Wein auf den Tisch.

„So, und nun ein Stück Schinken“, befahl Jack in entschlossenem Tone.

„Aber Sie wissen doch“, sagte Mutter Archambauld brummend, „daß der Herr es nicht duldet, wenn man den Schinken anrührt.“ In der Tat, der Dichter war ein großer Feinschmecker, und in der Speisekammer gab es ausdrücklich für ihn aufgehobene Gerichte.

„Tut nichts, tut nichts, geben Sie nur“, erwiderte der kleine Jack, welcher gar nicht ungern ein wenig den Hausherrn spielte. Die brave Frau gehorchte, zog sich aber sogleich stolz in ihre Küche zurück, um sich dagegen zu verwahren.

Der Fremde aß unter beständigem Danken und mit trefflichem Appetit. Der Kleine schenkte ihm zu trinken ein und betrachtete ihn, wie er sein Brot in lange, riesige Bissen schnitt, die er seitwärts in seinen Mund steckte, um sie überhaupt hineinzubekommen.

„Nun? Schmeckt's?“

„Ah, sehr gut!“

Draußen peitschte der Regen die Scheiben und grollte das Gewitter. Der Mann und das Kind plauderten in jener wohligen Behaglichkeit, welche das Gefühl des Obdachs gewährt. Der Hausierer erzählte, daß er Belisar heiße und der Aelteste von einer zahlreichen Familie sei. Sie wohnten in der Jildenstraße zu Paris, er, sein Vater, seine drei Brüder und seine vier Schwestern. Sie arbeiteten Strohhüte für den Sommer und Kappen für den Winter; und sobald die Ware fertig geworden, durcheilten die Einen die Faubourgs, die andern die Provinz, um sie herumzutragen und zu verkaufen.

„Und Sie kommen weit herum?“ fragte Jack.

„Bis nach Nantes“, wo eine meiner Schwestern etabliert ist. Ich gehe über Montargis, Orleans, durch die Touraine, Anjou . . . .“

„Aber ermüdet Sie das nicht sehr, da Sie so mühsam gehen?“

„Das schon. Und ich habe nur des Abends ein wenig Erleichterung, wenn ich diese unseligen Schuhe ausziehe. Aber auch dies Vergnügen wird mir getrübt durch den Gedanken, daß ich sie wieder anziehen muß.“

„Aber warum reisen Ihre Brüder nicht an Ihrer Stelle“

„Sie sind noch zu jung; auch würde sich der alte Vater Belisar nie von ihnen haben trennen wollen. Das wäre ihm zu schmerzlich gewesen. Mit mir ist das etwas anderes.“

Er schien es ganz natürlich zu finden, daß man seine Brüder vor ihm bevorzugte. Und während er traurig seine großen, gelben Schuhe betrachtete, welche die Mißgestalt seiner zusammengedrückten Füße mit Beulen und Buckeln anschwellte, setzte er hinzu:

„Wenn ich mir nur ein Paar nach meinem Maß könnte machen lassen.“

Inzwischen wurde das Gewitter immer stärker. Der Regen, der Wind, der Donner machten ein entsetzliches Geräusch. Man verstand kein Wort mehr, und Belisar setzte sein Mahl stillschweigend fort, als plötzlich ein heftiges, schnell wiederholtes Klopfen an der Haustür den kleinen Jack kreidebleich machte.

„Mein Gott,“ rief er, „da sind sie“.

(Fortsetzung folgt.)

nicht erst ausführlich gezeigt zu werden braucht, für die Sozialdemokratie außerordentlich günstig ist, und sich vielleicht auch noch günstiger gestalten könnte durch Ueberraschungen, die in so aufgeregten Zeiten wie der gegenwärtigen, nicht unmöglich sind. Als erster Redner der sozialdemokratischen Fraktion soll Genosse Fischer zu Worte kommen, während dem Genossen Bebel das Schlußwort nach der Stellungnahme der Parteien vorbehalten bleibt. Auf alle Fälle stehen wir am Vorabend eines großen parlamentarischen Tages, jedes Wort, das morgen gesprochen wird, wird sein Echo finden in Land und Ausland.

* * *

Wie verlautet, wird Staatssekretär von Bethmann-Hollweg im Reichstage die Beantwortung der sozialdemokratischen Wahlrechtsinterpellation ablehnen. Gegen die Besprechung werden nur die Konservativen stimmen. Das Reichstagsgebäude wird bereits um 9 Uhr Vormittag im weiten Umkreise von einer Schutzmannskette umstellt werden. Der Zutritt zum Reichstagsgebäude wird heute einer besonders strengen Kontrolle unterworfen. — Unnötige Bemühungen.

* * *

Die freisinnigen Fraktionen wollen, wie es heißt, jede für sich Stellung nehmen, für die freisinnige Volkspartei soll Wiemer, für die süddeutschen Payer, für die Vereinigung Schraber sprechen. Selbst die „Voss. Ztg." gibt jetzt zu, „daß die Erklärung des Staatsministeriums ihrer Form nach unglücklich und verletzend, ihrem Inhalt nach durchaus unzulänglich war."

Die Arbeitslosen für Brot und Freiheit.

In Berlin fanden am Dienstag Vormittag neun große Arbeitslosenversammlungen statt, die sämtlich überfüllt waren. Die Teilnehmerzahl wird auf 15,000 bis 18,000 Personen geschätzt. Es referierten Reichstagsabgeordnete, und überall fand eine Resolution einstimmige Annahme, die von Staat und Gemeinde die sofortige Inangriffnahme aller geplanten Bauten, Notstandsarbeiten, Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung, volle Koalitionsfreiheit, Aufhebung aller Zölle und Abgaben auf Lebensmittel fordert, alle Hilfe aber entschieden zurückweist, die den Charakter einer Armenunterstützung tragen würde.

Der Besuch der Versammlungen und die Stimmung, die in ihnen herrschte, bewies die Dringlichkeit dieser Forderungen. Was aber tut die Regierung? Sie hat gegen alle Nöte und Schwierigkeiten der Zeit nur ein Heilmittel: polizeiliche Absperrung. Berlin war wieder einmal im Kriegszustande. Kleine Züge von Arbeitslosen bildeten sich da und dort, leisteten aber den Anordnungen der Polizei allenthalben Folge. Trotzdem kam es zu einem blutigen Zwischenfall, als sich ein Trupp von einigen hundert Arbeitslosen in der vierten Nachmittagsstunde dem Reichstagsgebäude näherte. Die Polizei glaubte, den Reichstag gegen eine Schar ausgehungerter unbewaffneter Proletarier in besonderen Schutz nehmen zu müssen, sie warf sich ihr am Schiffbauerdamm entgegen und verabreichte ihr **Säbelhiebe statt Brot.** Von den Fenstern des Reichstagsgebäudes konnte beobachtet werden, wie die Schutzleute schonungslos einhieben. Plötzlich krachten zwei Schüsse, deren Urheber und Ziel zunächst nicht festgestellt werden konnte. Die Schüsse, die vom Reichstagsgebäude aus nicht zu hören waren (ein Gerücht erzählte von ihnen, ein anderes nur von Explosionskörpern), sollen von einem Neubau aus abgegeben worden sein.

In allen Versammlungen herrschte stürmische Begeisterung, sobald die Redner auf den Wahlrechtskampf zu sprechen kamen.

* * *

Die Polizeiberichte melden über den Vorfall:

Berlin, 21. Januar. Die Demonstrations-Versammlungen der Arbeitslosen und anschließenden Umzüge verliefen heute Vormittag ziemlich ruhig. Die Zahl der Teilnehmer wird amtlich auf 12,000 geschätzt diejenigen, die in Versammlungslokalen nicht Einlaß finden konnten, veranstalteten Umzüge. Es gab zeitweise Trupps von 500 Personen. Die Leute fügten sich gutwillig den Anordnungen der Schutzmannschaft. Die Versammlungen waren von dem Verbande sozialdemokratischer Wahlvereine und der Berliner Gewerkschafts-Kommission veranstaltet worden. — Die Zugänge zum kaiserlichen Schloß waren durch starke Schutzmannsposten gesichert.

Berlin, 21. Januar. Die von etwa 8500 Personen besuchten Versammlungen der Arbeitslosen wurden teilweise wegen Ueberfüllung der Lokale polizeilich geschlossen. Die einberufene Anarchistenversammlung fand nicht statt. Trupps von Demonstranten veranstalteten Umzüge. Auf der Marschall- und Kronprinzenbrücke, der Karls- und Königgrätzerstraße ereigneten sich ernstere Zusammenstöße mit der Polizei, die die blanke Waffe gebrauchte. Die Exzedenten waren meist halbwüchsige Burschen.

Berlin, 21. Januar. Als heute Nachmittag gegen 4 Uhr ungefähr 2000 Arbeitslose gegenüber dem Reichstags-Gebäude auf dem Schiffbauerdamm sich zusammengefunden hatten und von der Polizei zerstreut werden sollten, wurden von dem Neubau des neuen Opernhauses gegen die Schutzleute Ziegelsteine geworfen, worauf die Schutzleute blank zogen. Während eine Anzahl Schutzleute von der Brücke aus auf die Demonstranten scharf einhieb, drang auf der anderen Seite eine Abteilung berittener Schutzleute, die ebenfalls blank gezogen hatten, ein. Wie in der Nähe befindliche Personen behaupten, soll auch ein Feuerwerkskörper explodiert sein, der vielleicht von den Schutzleuten für einen Schuß gehalten wurde, worauf diese auf sämtliche Leute einschlugen, von denen eine Anzahl verwundet wurden. Die Polizei sperrte die Arbeit auf dem Neubau. Drei Schutzleute wurden durch Spatenhiebe und Steinwürfe an den Armen und Beinen verletzt; acht Personen wurden unverletzt nach der Wache gebracht, darunter zwei Geisteskranke.

Hannover, 21. Januar. Heute Mittag waren etwa 600 Arbeitslose vor dem Geschäftshause einer hiesigen Zeitung versammelt, um den dort ausgegebenen Arbeitsmarkt in Empfang zu nehmen. Einer der Arbeitslosen wurde gegen einen Schutzmann tätlich, so daß der Beamte von seinem Säbel Gebrauch machte. Daraufhin drangen mehrere andere Arbeitslose mit offenen Messer auf den Beamten ein. Einer der Exzedenten wurde so verletzt, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Politische Uebersicht.

Aus dem Reichstage wird uns geschrieben: Am Jahrestage der sehr handgreiflichen Majestätsbeleidigung, die auf Befehl des Nationalkonvents Anno 1793 auf dem Pariser Eintrachtsplatze praktiziert wurde, fanden sich die bürgerlichen Parteien des deutschen Reichstags einträchtiglich zusammen, um dem byzantinischen Majestätsbeleidigungs-Paragraphen, wie er bisher in Deutschland rechtens war, ein nicht sowohl modernes, als modern aussehendes Mäntelchen umzuhängen.

Zentrum und Freisinnige, die letzteren durch des nicht dekorierten Meiningers Mund, gestanden, daß sie mehr gewünscht hätten, fügten diesem Geständnis aber gleich die Mahnungen zur Bescheidenheit bei. Der Reichsverbändler Wagner aus Sachsen tat, als ob die Konservativen ein Opfer gebracht hätten; der antisemitische Schreier Graef jauchzte über das Königsberger Urteil und der Nationalliberale Osann suchte eine geschichtsphilosophische Begründung dieser Art Justiz zu geben. Einzig und allein die Sozialdemokratie war es, die in dieser Frage den Standpunkt des modernen Verfassungsstaates verteidigte. Genosse Heine übte an der Halbheit der Vorlage ätzende Kritik und wies an dem Königsberger Schulbeispiel die unausrottbare Natur der deutschen Justiz nach. Die schöne Entrüstung, in die Staatssekretär Nieberding darob verfiel, bewies, daß die Streiche getroffen hatten. Unser Antrag, das Schoufal in die Wolfsschlucht zu werfen, das heißt den Majestätsbeleidigungsparagraphen aus dem Strafgesetzbuch herauszustreichen, wurde abgelehnt; wie es scheint, ist noch nicht einmal aus den Polen alle Loyalität herausgeprügelt worden. Mit allen gegen unsere Stimmen fiel unser Antrag und mit derselben Mehrheit wurde das schwächliche Produkt der Kommission angenommen.

Die nun folgende Beratung des Scheckgesetzes bot wenig Interessantes. Genosse Frank, der zu Beginn der Sitzung kurz den Standpunkt unserer Fraktion zu der Vorlage über die Funkentelegraphie dargelegt hatte, ergriff auch zum Scheckgesetze das Wort. Ein direktes Interesse an dem an sich übrigens lobenswerten Gesetze haben die Arbeiter nicht denn das Scheckbuch der Arbeiter befindet sich in trauter Gesellschaft mit dem berühmten Sonntagshuhn. Da die Vorlage aber an sich der Entwickelung der Volkswirtschaft günstig ist, so werden wir für sie stimmen.

Am Mittwoch steht unsere Interpellation über das preußische Wahlrecht zur Beratung. Die in Preußen üblichen Vorbereitungen für solche Tage sind schon in Gestalt umfassender Absperrungsmaßregeln getroffen. Wird wieder, wie am blutigen Sonntag und heute am Tage der Arbeitslosen-Versammlungen Proletarierblut die Straßen Berlins röten?

Die Furcht vor der Sozialdemokratie. Die staatswissenschaftliche Abteilung der Berliner Freien Studentenschaft legte ihr Vortragsverzeichnis dem Rektor zur Genehmigung vor. In den Personen der Referenten waren alle politischen Richtungen von Arendt rechts bis Bernstein links vertreten. Arendt sollte über Afrika, Eduard Bernstein über die materialistische Geschichtsauffassung referieren. Alle Vorträge wurden anstandslos gestattet. Nur bei Bernstein dekretierte der Rektor: „Sozialdemokraten dürfen als Referenten vor Studenten nicht sprechen". Nächstens wird man den Studenten auch noch die Beschäftigung mit der wissenschaftlichen sozialistischen Literatur verbieten wollen. — Alles zur Ehre der Staatsgrundsätze. Die Wissenschaft und ihre Lehre sind frei!

Die Ausweisung als Strafverschärfung. Ein verheirateter Arbeiter in Nürnberg hatte wegen Betruges eine Gefängnisstrafe zu verbüßen. Kurz vor seiner Entlassung aus der Strafanstalt wurde ihm eröffnet, daß ihn der Magistrat von Nürnberg aus der Stadt ausgewiesen habe. Auf sein Ersuchen wurde ihm ein Aufenthalt von 7 Tagen gewährt. Seine Frau ist seit 10 Jahren bei einem Nürnberger Fabrikanten beschäftigt, der sich bereit erklärte, auch den Mann in Arbeit zu nehmen. In Rücksicht darauf richtete er an den Magistrat ein Gesuch, die Ausweisung rückgängig zu machen. Der Unternehmer verwendete sich in der gleichen Richtung für ihn. Nun wartete er wochenlang auf die Entscheidung, und als er nichts mehr hörte, begab er sich auf das Rathaus, um sich nach dem Schicksal seiner Eingabe zu erkundigen. Dort wurde er aber, nachdem man ihm mitgeteilt, daß seine Bitte abgewiesen sei, verhaftet, dem Gericht vorgeführt und wegen Bannbruchs zu zwei Tagen Gefängnis verurteilt!

Die Lehren, die sich aus der Behandlung des Köpenicker Schuhmachers Voigt ergaben, sind schon wieder vergessen. Die Verfehmung Bestrafter wird mit der alten Härte geübt.

Die Ueberwindung der Sozialdemokratie. Aus Berlin wird uns geschrieben: Das preußische Dreiklassenparlament setzte heute zunächst den Etat der Seehandlung von der Tagesordnung ab, um zunächst nachzuprüfen, ob dieses Institut bei der Sanierung der nordischen Stahlwerke in Danzig und der Bromberger Mühlen, zweier Institute, an denen sie sich finanziell beteiligt hatte, und die rasch verkracht sind, korrekt verfahren sei. Dann erörterte das Abgeordnetenhaus wieder einmal eine Frage, die ausschließlich zur Zuständigkeit des Reiches gehört, nämlich die der vermehrten Ausprägung der Silbermünzen.

Den Rest der Sitzung füllten lange Debatten über Aufforstungen und Kolonisationen. Für die innere Kolonisation Ostpreußens verlangten die Konservativen höhere Summen, und da die Regierung ihren Wünschen nicht rasch genug nachgekommen war, so beantragten sie selbst, entgegen einem alten Brauche, die erhöhten Summen in den Etat einzusetzen. Vor dieser kurzen Entschlossenheit der Junker bekam es die Regierung mit der Angst zu tun und erklärte, daß sie gegen die Mehrforderungen nichts einzuwenden hätte und daß sich wahrscheinlich die Verhältnisse inzwischen ohne ihr Wissen vollkommen geändert hätten, sonst hätte sie selbst bereits höhere Summen in den Etat eingesetzt. Auch sämtliche Parteien des Dreiklassenparlaments waren von der Idee der Konservativen, sich durch Ansiedelung von Landarbeitern als kleine Kossäthen billige Arbeitskräfte zu verschaffen, in höchstem Maße entzückt. Der nationalliberale Abg. Dr. Heydweiler, früher Landrat in Wiesbaden, jetzt begeisterter Vorkämpfer für Kolin und den uferlosen Flottenverein, sah in dieser verstärkten Ausdehnung von Instleuten sogar ein Mittel, die Sozialdemokratie in kürzester Zeit zu ruinieren: Wenn man den Proletarier zum Kleinbürger mache, so könne man die Sozialdemokratie überwinden; Kleinbürger aber werde der Arbeiter dadurch, daß man ihm einen kleinen Grundbesitz gebe. Der Herr Landrat hätte nur hinzufügen sollen, daß er jeden Industriearbeiter zum Hauswirt machen und ihm ein Bankguthaben eröffnen will, dann wäre ihm beinahe zu glauben. Erfreulich ist übrigens, daß die Nationalliberalen keine Hoffnung mehr haben, den Arbeiter, so lange er arbeiter ist, von der Arbeiterpartei, der Sozialdemokratie, zu trennen.

Am Donnerstag geht die Beratung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung fort. Morgen machen die diätengesegneten Herren vom Dreiklassenparlament wieder einmal blau, angeblich aus Rücksicht auf die Budgetkommission.

Zum Schwindel vom Revolverattentat. In der Sitzung des Stadtmagistrats Schweinfurt am 14. Januar kam auch der „Mordanschlag auf den Zentrumsabgeordneten Schwarz" zur Sprache. Der Magistrat beschloß nämlich, gegen den Arbeiter Gg. Trütschel, der in einem Restaurant wegen gefährlichen Hantierens mit einem Revolver verhaftet worden war und die Schutzleute beleidigte, Strafantrag wegen Berufsbeleidigung zu stellen. Im Anschluß daran bezeichnete Bürgermeister Sölder eine Zeitungsnotiz, in der das Vorkommnis so dargestellt war, als habe es sich um einen Mordanschlag auf den Landtagsabgeordneten Schwarz gehandelt, als völlig aus der Luft gegriffen und bemerkte, daß Trütschel nur die Aeußerung getan habe, ob Landtagsabgeordneter Schwarz da sei, woraus dann wohl die irrige Annahme entstanden sei, daß er diesem hätte zu Leibe gehen wollen.

Durch diese amtliche Richtigstellung ist der Schwindel von dem Mordanschlag auf Herrn Schwarz, den auch die „Schles. Ztg." liebevoll verbreitet, vollends gerichtet. Zu einer Richtigstellung ihrer unwahren Behauptung kann sich diese Presse natürlich nicht verstehen. Dazu ist sie zu „vornehm".

Eisenbahn-Fahrpreisermäßigung für die notleidenden Agrarier. Am 17 Februar findet in Berlin die Generalversammlung des Bundes der Landwirte statt. Im Organ des Bundes für Ostpreußen erläßt nun der Vorsitzende, Rittmeister a. D. Gallandi, eine Bekanntmachung, in der den Mitgliedern mitgeteilt wird, daß eine gemeinschaftliche Bundesfahrt mit Extrazug nach Berlin zu der Versammlung beabsichtigt sei und dafür folgende Fahrpreise pro Person festgesetzt seien:

Ab Königsberg 2. Klasse hin und zurück 31.60 Mark
" " 3. " " " 21.80 "

Der Extrazug hat Durchgangs- und Speisewagen. Es wird aber kein Zuschlag oder Platzgebühr erhoben. Auch ist sämtliches Gepäck frei.

In seiner Bekanntmachung fügt der Herr Rittmeister hinzu: „Meine Bemühungen, diese Bundesfahrt zustande zu bringen, haben in erster Linie den Zweck, den kleineren und mittleren Besitzern Gelegenheit zu bieten, mit möglichst geringen Kosten und in Gesellschaft von Bundesfreunden die Fahrt zur Berliner Generalversammlung mitzumachen."

Für gewöhnliche Menschen kostet eine Vergnügungsfahrt mit dem D-Zug von Königsberg nach Berlin 2. Klasse 60.20 Mark und 3. Klasse 48.80 Mk.

Bei Gewerkschaftskongressen und -Gastspielen würde die preußische Regierung wahrscheinlich dasselbe Entgegenkommen zeigen. Denn vor ihr ist jeder Preuße gleich.

Die mißglückte Verfemung. Gegen Genossen Dr. Karl Liebknecht hatte der Reichsanwalt auch das Disziplinarverfahren bei der Berliner Anwaltskammer beantragt. Der Reichsanwalt forderte den Ausschluß des Verurteilten aus dem Anwaltsstande. Das Verfahren hat aber nicht zum Ziele geführt, da die Anwaltskammer jetzt den Antrag abgelehnt hat.

Auch hier ist also der Reichsanwalt mit seinem Antrag gründlich hineingefallen.

Milde Richter. Der Schutzmann Albert Jeschkow in Berlin hatte zu Beginn des vorigen Jahres eine Prostituierte in brutalster Weise mißhandelt, so daß das unglückliche Geschöpf sechs Wochen lang schwerkrank darniederlag. Der Attentäter hatte die Flucht ergriffen und wurde später in Elsaß-Lothringen verhaftet und nach Berlin zurücktransportiert. Das Gericht verurteilte den Angeklagten, der inzwischen aus dem Dienst entlassen wurde, zu der auffallend milden Strafe von 200 Mk.!

Russenbesuch in Preußen. Eine Grenzverletzung ist nach der „Lycker Ztg." durch russische Soldaten verübt worden. In unser preußisches Grenzgebiet Prawdzisken kamen in dem Wirt Sulinski zwei russische Grenzsoldaten (einer ein Unteroffizier) mit aufgepflanztem Bajonett und verlangten Schnaps. Dabei fingen sie an die Räume zu durchsuchen und fanden drei Säcke Thee. Nun verhandelten sie wegen des letzteren und meinten, Sulinski soll ihnen den Tee ausliefern, denn sie wollten etwas verdienen. Die russischen Strafchnits (Grenzsoldaten) erhalten für abgenommene Kontrebande die Hälfte des Wertes von der russischen Regierung ausbezahlt. Der Preuße wollte den Thee nicht übergeben. Da setzten ihm die Russen ihre Bajonette an die Brust und drohten ihn kalt zu machen, wenn er sich widersetzen würde. Da der Wirt allein und unbewaffnet gegen die Uebermacht nichts ausrichten konnte, mußte er den frechen Patronen die drei Säcke überlassen. Als die räuberischen Eindringlinge mit ihrer Beute auf russischer Seite waren, gaben sie Alarmschüsse ab, als ob sie den Thee Schmuggalern abgenommen hätten. Der Besitzer des Thees hat die Sache bei der Behörde angezeigt. Diese ist nun wegen Grenzverletzung und Schadenersatz vorgegangen, und es schweben augenblicklich hierorts zwischen Preußen und Rußland Unterhandlungen. — Wäre dies in Haiti oder Venezuela passiert, dann würden schon Kriegsschiffe in See stechen und die deutsche Faust würde mächtig anpochen. Rußland gegenüber ist Preußen aber wesentlich bescheidener und Kosaken-Ueberfälle werden kaum erwähnt. Auch das gehört zu Deutschlands Stolz.

Eine Neuregelung der Diäten für die Mitglieder des Abgeordnetenhauses ist im Gange. Gleichzeitig plant man, für die Abgeordneten Eisenbahnfreifahrtkarten einzuführen. Die Frage wird voraussichtlich im Laufe der nächsten Woche gelegentlich der Beratung des Etats des Abgeordnetenhauses zur Entscheidung kommen. Es ist geplant, den einzelnen Abgeordneten eine Pauschale von 3000 Mk. für die Session zu gewähren.

Einen Husarenstreich tollster Art hat sich der bekannte Dr. Peters während der prozeßfreien Tage in Köln geleistet, indem er die Redaktion der Londoner „Times" in einem Briefe folgendermaßen anlog: „In Ihrer Ausgabe vom Sonnabend, den 11. Januar, finde ich ein Telegramm über einen augenblicklichen Prozeß gegen die „Kölnische Zeitung", in dem Sie erwähnen, daß mich große Volksmassen vor dem Gerichtsgebäude mit Rufen wie „Mörder, Schuft" beleidigt hätten. Da diese Veröffentlichung einen sehr falschen Eindruck über die hier herrschende öffentliche Stimmung in Bezug auf meinen Prozeß erwecken und mich in England schädigen könnte, bin ich überzeugt davon, daß Ihr Sinn für Fairneß mir gestatten wird, folgende Aufklärung zu geben: Es ist wahr, daß während der ersten Tage meines Beleidigungsprozesses Massen von 50 bis 80 Menschen gegen mich, meinen Vertreter, Dr. Sello, und gegen andere an dem Eingange des Gerichtsgebäudes feindlich demonstrierten. Diese Leute gehörten der niedrigsten Klasse der Bevölkerung und, wie mir von der Polizei mitgeteilt wurde, der sozialdemokratischen Partei an. Sie handelten zweifellos auf Grund einer allgemeinen Direktive. Dies wird durch die Tatsache bewiesen, daß sie, wie auf Kommando, seit dem letzten Sonnabend vollständig verschwanden. Derartige Demonstrationen werden hier organisiert, um ein gewisses Vorurteil in der Presse und dem Auslande hervorzurufen, und man sagt mir, daß die Demonstranten etwa 1,50 Mk. pro Tag erhalten. Sie werden daraus ersehen, daß wir derartige Manifestationen nicht als Kundgebungen der öffentlichen Meinung zu betrachten haben. Ich habe mich in Bezug auf diesen Prozeß nicht über irgend eine Unfreundlichkeit der öffentlichen Meinung in Deutschland zu beklagen. Im Gegen-

teil, ich bin dankbar für viele Beweise der Freundlichkeit und der Sympathie aus allen Teilen meines Landes."

Kein Zweifel, der Mann hat einen Vogel. Daß die Sozialdemokratie für ihn auch nur ein einziges Mal 1.50 Mark ausgeben würde, kann sich nur ein Renommist wie Peters einreden.

Die „anständige Lohnklausel" in der Militär-Verwaltung. Ueber die Arbeitsverhältnisse der Arbeiter in den Militärbetrieben gab es in der Budgetkommission des Reichstags eine längere Debatte. Die Zentrums-Abgeordneten brachten einen Antrag ein, der beim Marineetat bereits angenommen worden ist. Danach sollen Arbeiten nur an solche Firmen vergeben werden, welche, falls Tarifverträge für die betr. Art der Arbeit am Orte des Betriebes gelten, nicht hinter den Bestimmungen dieser Tarifverträge zurückbleiben. Ferner wird dadurch die Verwaltung angewiesen, die Festsetzung oder Neuordnung von Arbeitsbedingungen in den Militärbetrieben unter Mitwirkung der Arbeiterausschüsse vorzunehmen. Weitergehende sozialdemokratische Anträge sind bei der Beratung des Marineetats abgelehnt worden. Sie jetzt wieder einzubringen, war daher zwecklos. Die Nationalliberalen und Konservativen stimmten gegen die Resolution, obgleich für die Verwaltung General v. Arnim bereitwillig erklärte, man werde, soweit es nur angängig sei, nach diesen Grundsätzen verfahren. Ganz miserabel bezahlt werden die Arbeiter der Artilleriedepots, der Remontedepots und der Konservenfabriken. Abgeordneter Erzberger rügte das. Noske wies darauf hin, wie weit die Militärverwaltung davon entfernt sei, ein mustergiltiger Arbeitgeber zu sein. Die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit in den Betrieben der Militär-Verwaltung wird, wie General von Arnim mitteilte, vorbereitet. Es wurden mehrere Resolutionen angenommen. In einer wird gefordert, daß den Arbeitern für die gesetzlichen Feiertage der Lohn gezahlt wird. Auch die erwähnten Zentrumsanträge fanden Annahme. In Breslau sind bekanntlich dieselben Anträge mit Hilfe desselben Zentrums in voriger Woche erst abgelehnt worden. Es geht nichts über zentrümliche Arbeiterfreundlichkeit.

Ausland.

Große Protestversammlungen gegen das Gespenst des Plural-Wahlrechtes. Aus Budapest wird uns geschrieben: Montag Abend fanden in Budapest in der drei größten Sälen der Stadt von Zehntausenden von Proletariern besuchte Monstreversammlungen statt, um gegen die geplante Defraudierung des allgemeinen und Einschmuggelung des Plural-Wahlrechtes zu demonstrieren. In den einzelnen Versammlungen sprachen die Genossen Garbai, Buchinger und Vantus. In der Provinz fanden in Arad, Györ, Kolozsvar, Kispest, Miskole, Pozsony und Ujpest gleichfalls Massenversammlungen statt.

Alle Versammlungen bewiesen, daß Ungarns Proletariat auf der Hut sei und nicht gewillt ist, sich seine Rechte vorenthalten zu lassen. In allen Versammlungen erweckte die Proklamierung des politischen Massenstreiks für den Fall der Einreichung des Plural-Wahlrechtes stürmische Begeisterung und man darf wohl sagen, daß, falls die Regierung Ernst macht, um auf feige Weise Ungarns Völkern ihre Rechte zu rauben, so wird es in Ungarn noch zu blutigen Kämpfen kommen und die Koalition stürzt Ungarn mit der Einreichung dieses Gesetzentwurfes in eine schwere politische und wirtschaftliche Krise. In sämtlichen Versammlungen wurde dieselbe Resolution angenommen wie auf dem Landarbeiter-Kongreß, die den stärksten Widerstand gegen weitere Wahlentrechtung ankündigt.

* * *

Russische Gefängnisgreuel. Der Dumaabgeordnete Genosse Tschcheidse erhielt von dem Genossen Tschavaridse (Abg. d. 1. Duma) und Gegetschkori (Abg. der 3. Duma) folgendes Telegramm aus Kutais (Kaukasus):

„Im Gouvernementsgefängnis haben 700 Gefangene den Hungerstreik begonnen. Das Gefängnis ist äußerst überfüllt. Es mangelt an Pritschen. Ein Teil der Gefangenen schläft auf dem Zementboden. Die Wäsche wird in den Zellen gewaschen. Die Schmutzkübel werden tagelang nicht gereinigt. Es finden Massenerkrankungen statt. Die Badestube und Toilette sind gesperrt. Heute sind drei von den Gefangenen gestorben."

* * *

Eine Märtyrerin für die Sache des Proletariats. Vor kurzem wurde die Revolutionärin Maria Rygier von dem Mailänder Gericht zu 32 Monaten Gefängnis verurteilt. Sie soll sich der Aufreizung, Gewalttätigkeiten, Gefangenenbefreiung usw. schuldig gemacht haben. Maria Rygier ist die Tochter eines polnischen Künstlers und einer Italienerin. Sie hat in Warschau eine ausgezeichnete Erziehung genossen, mußte dann wegen ihres Gesundheitszustandes nach Italien (wo auch ihre Eltern leben), wo sie sich der syndikalistischen Bewegung anschloß. Ihre glänzende Begabung führte sie bald an die Spitze der Bewegung, sie wurde Redaktrice des „Lotta di Classe" (Klassenkampf).

* * *

Der neue Unterrichtsminister Rußlands. Die Kampagne, die die echtrussischen Blätter vor kurzem gegen den Unterrichtsminister v. Kaufmann und dessen Gehilfen Gerassimoff eröffneten, hat, wie zu erwarten war, den Erfolg gehabt, daß beide kurzerhand verabschiedet wurden. An Stelle v. Kaufmanns wurde der frühere Kurator des Rigaer und Warschauer Lehrbezirkes, Schwarz, der es in kurzer Zeit verstand, alle Lehranstalten Polens zum Stillstand zu bringen, zum Minister ernannt. Das Organ der Schwarzen Hunderte, „Ruß oje Snamja", begrüßt den neuen Minister mit folgenden enthusiastischen Worten: „An Stelle Kaufmanns ist der Kurator des Warschauer Lehrbezirkes, Schwarz, ernannt, ein echter, rechter Schwarzhundertler, ein Mann, der trotz seines Namens ein echtes russisches Herz besitzt, und der der russischen nationalen Sache mit ganzer Seele ergeben ist."

Diese Empfehlung von seiten des Pogromistenblattes berechtigt zu ernsten Befürchtungen in Bezug auf das Schicksal der russischen Lehranstalten. Der „Schwarzhundertler" Schwarz wird allem Anschein nach in die Fußstapfen der Kaulbars, Rennenkampf usw. treten, die der „echtrussischen nationalen Sache" mit einer Hingebung dienen, die nur bei fremdstämmigen Soldknechten zu finden ist.

* * *

Zusammenschluß der Gegner in Amerika. Ueberall, wo die Sozialdemokratie beginnt „gefährlich" zu werden, d. h. die Macht zu erringen, da fangen auch die gegnerischen Parteien an, sich zu verständigen und zu verbinden gegen den „gemeinsamen Gegner", eben die Sozialdemokratie. Diese Erfahrung machen jetzt auch die Genossen in Milwaukee, der Hauptstadt des Staates Wisconsin. Dort finden demnächst die Aldermen-Wahlen (Stadtverordneten-Wahlen) statt. Die sozialistische Bewegung ist dort allmählich so erstarkt, daß Aussicht vorhanden ist, sämtliche 12 Aldermen mit Sozialisten besetzen zu können und selbst die Erwählung eines sozialistischen Mayors ist nicht ausgeschlossen. Die Genossen von Milwaukee, die schon heute einen Teil der Stadtverwaltung in Händen haben, würden diese dann vollständig beherrschen und da dieselben sich bisher einer ebenso energischen als klugen Taktik befleißigten, so ist nicht zu zweifeln, daß ihre Herrschaft der Stadt nur zum großen Vorteil gedeihen würde. Große Teile der Bevölkerung, die der Sozialdemokratie heute noch feindlich gegenüberstehen, würden dann für sie gewonnen werden und die gegnerischen Parteien hätten wahrscheinlich überhaupt keine Aussicht mehr, die Sozialdemokraten aus der Stadtverwaltung zu verdrängen. Das Beispiel Milwaukees würde aber auch vorbildlich werden für die anderen Großstädte des Landes und das muß womöglich verhindert werden. Und so haben sich die beiden bürgerlichen Parteien, die Republikaner und die Demokraten, miteinander verbunden, um den Sozialisten den Sieg streitig zu machen. Die beiden Parteien stellen je sechs Kandidaten auf und wollen diese gemeinsam durchbringen. Werden die Korruptionäre der beiden feindlichen Lager wirklich einig, so ist die Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß sie diesmal die Sozialdemokraten nochmals verdrängen. Immerhin hat dieser Kampf das eine gute, daß er Klarheit schafft und vielen Arbeitern die Augen öffnen wird.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 22. Januar.

* **Verband der Verwaltungsbeamten von Krankenkassen ꝛc.** In der am 20. d. M. abgehaltenen Monatsversammlung gab der Kassierer Kollege Pitschke den Kassenbericht. Nach diesem betrug die Einnahme 108.87 Mk., der eine Ausgabe von 41.23 Mk. gegenübersteht; so daß ein Kassenbestand von 67.64 Mk. am Jahresschluß verbleibt. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Im weiteren wurde der Vorstand einstimmig beauftragt, an die Lokalkommission, entsprechend der Mitgliederzahl von 67, als erste Rate 67 Mk. abzuliefern.

Hierauf gab der Vorsitzende, Kollege Heppner, im Auftrage des Hauptvorstandes bekannt, daß auf Ostern dieses Jahres ein außerordentlicher Verbandstag nach Berlin einberufen wird, auf welchem über die Verschmelzung mit dem Verbande der Bureauangestellten und über die Gründung einer Pensionskasse endgiltig beschlossen werden soll. Die weiteren Vorarbeiten hierzu hat der Bezirksgruppenvorstand alsbald in die Hand zu nehmen. Kollege Gerhard erstattete hierauf den Bericht vom Gewerkschaftskartell, welcher nach längerer Diskussion zustimmend zur Kenntnis genommen wurde. Als Delegierter wurde Gerhard wieder und Kollege Albrecht als dessen Stellvertreter neu gewählt. Die Versammlung war verhältnismäßig schwach besucht, was wohl zum größten Teil auf die gerade im Monat Januar erheblich vermehrte Berufstätigkeit zurückzuführen ist.

* **Achtung, Stukkateure!** Durch ein Versehen konnte die für Sonntag Nachmittag angesetzte General-Versammlung nicht stattfinden. Dieselbe findet nunmehr bestimmt am Donnerstag, Nachmittag 5½ Uhr, im Zimmer 1 des Gewerkschaftshauses statt. Da die Tagesordnung eine sehr reichhaltige ist, und unter anderem auch über die Tarifkündigung seitens der Unternehmer beraten werden soll, ist zahlreiches und pünktliches Erscheinen aller Mitglieder notwendig. Insbesondere werden diejenigen Kollegen, welche sich noch in Arbeit befinden, ersucht, gleich von der Arbeitsstelle aus in die Versammlung zu kommen.

Der Vorstand.

Achtung, Bauhilfsarbeiter! Mittwoch, den 22. Januar, Abends 7 Uhr, Generalversammlung im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Margaretenstraße 17. Wir ersuchen die Kollegen, vollzählig zu erscheinen.

Der Zweigvereinsvorstand. J. A.: Th. Mackol.

* **Stadt-Theater.** Heute, Mittwoch, gelangt Richard Wagners Musikdrama „Siegfried" zum ersten Male in dieser Spielzeit zur Aufführung. Die Titelpartie singt Herr Trostorff, die Brünhilde Frl. Rabl-Kriesten, den Mime Herr Lücke, den Wanderer Herr Breg, den Alberich Herr Schauer, den Fafner Herr Wittekopf, die Erda Frl. Scherreschefsky, den Waldvogel Fräulein Weiß. Das Werk steht unter Leitung der Herren Prüwer und Kirchner. (Anfang 7 Uhr.) Donnerstag: „Hoffmanns Erzählungen". Für Freitag wird Hebbels seit einer langen Reihe von Jahren nicht mehr gegebenes Schauspiel „Agnes Bernauer" mit Frl. Santen in der Titelrolle vorbereitet. Sonnabend: „Der fliegende Holländer". Nachmittag zu ermäßigten Preisen Schillers Schauspiel „Wilhelm Tell" (3 Uhr). Die nächste Aufführung der mit so großem Beifall aufgenommenen Lortzingschen Oper „Der Wildschütz" findet nächsten Dienstag statt.

* **Lobe-Theater.** Mittwoch geht Wildenbruchs Schauspiel „Die Rabensteinerin" mit Frl. Santen in der Titelrolle und Herrn Wolfram als jungem Welser in Szene. Donnerstag wird Oskar Strauß' zugkräftige Operette „Ein Walzertraum" wiederholt. Freitag geht Lehars Operette „Die lustige Witwe" in Szene. Sonnabend und Sonntag wird „Ein Walzertraum" wiederholt. Der zahlreichen Vorbestellungen wegen findet der Vorverkauf für die Sonntag-Aufführungen bereits morgen Donnerstag statt.

* **Schauspielhaus.** Heute Mittwoch und morgen Donnerstag finden Aufführungen der erfolgreichen Heubergerschen Operette „Der Opernball", in der bekannten Besetzung statt. In der Rolle des Paul Aubier wird heute Mittwoch Herr Robert Hesse vom Neuen Operettentheater in Hamburg gastieren. Freitag findet die vorläufig letzte Aufführung von Bernsteins Stück „Der Dieb" mit Fräulein Tetzlaff, welche einen mehrwöchentlichen Urlaub antritt, statt.

* **Liebichs Etablissement.** Ein Varietedirektor beklagte sich einmal, daß die Anforderungen, die das Publikum an ein erstklassiges Variete stelle, sich immer mehr ins „Rätselhafte" versteigen. Das Streben eines jeden Varietedirektors ist daher nicht allein nur, gute Kunstkräfte, sondern auch noch nicht dagewesene Attraktionen seinem Publikum zu bieten. Das ist leichter gesagt, als getan. Direktor Wandelt weiß die Programmfrage jedoch immer glücklich zu lösen. Das neueste, noch nie dagewesene Kopfzerbrechmittel nennt sich „Mephistograph" und wird von einem Herrn A. Weyer vorgeführt. Was ist „Mephistograph"? Hierüber wird prompt die Aussage verweigert. Denn erstens will ich das geheimnisvolle Fluidum, das dieses rätselhafte und geniale technische Kunststückchen umlagert, nicht jäh zerstören, denn dann wäre die Sache nicht mehr interessant, und zweitens habe ich selber keine Ahnung, wie die Sache eigentlich „gedreht" wird. Es ist daher für jedermann empfehlenswert, persönlich die ganze Angelegenheit zu beaugenscheinigen.

* **Auf der Straße gestorben.** Als ein Lackierer am 20. d. Mts., Abends, mit seiner Frau die Oswitzerstraße entlangging, brach die Frau besinnungslos zusammen. Ein aus der Unfallstation auf der Einbaumstraße herbeigerufener Arzt konnte nur noch den inzwischen eingetretenen Tod feststellen. Die Leiche wurde in die Wohnung auf der Alsenstraße geschafft.

† **Feuer.** Am 21. d. M., Nachmittags, wurde die Feuerwehr nach Rosenthalerstraße 24 gerufen, wo ein unbedeutender Stubenbrand entstanden war, der mit der Eimerspritze gelöscht werden konnte. — Ein umfangreicher Brand brach am 22. d. M., Morgens, in einer Wohnung Gartenstraße 87 aus. Ein Dienstmädchen hatte sich einen überhitzten Ziegel ins Bett gelegt und dieses war schließlich in Brand geraten. Die Flammen griffen schnell um sich und ergriffen Möbelstücke, einen Korb mit Wäsche, die Dielung, die Schaldecke, Fenster und Türen. Die Feuerwehr mußte mit einem Schlauchgang vordringen.

† **Rekognoszierung.** In dem Mann, der am 14. d. M. am Oswitzer Wege erhängt gefunden worden ist, ist ein Schuhmacher von der Heinrichstraße erkannt worden.

† **Mit Beschlag belegt** wurden folgende Wertsachen, die bei einem vielfach wegen Taschendiebstahl mit Zuchthaus vorbestraften Mann gefunden worden sind: Eine silberne Herrenuhr Nr. 73926 mit goldener Kette und ein Trauring gez. G. K. 23. 9. 07. Der Eigentümer melde sich im Zimmer 36 des Königlichen Polizei-Präsidiums.

† **Gefunden** wurden 9 Herrenkragen, eine Handtasche und ein Schirm.

† **Abhanden kamen:** ein buntfarbiger Schal, eine Brosche mit einem Zwanzigmarkstück und ein 25jähriges Ehrenzeichen.

† **Diebstahl.** Aus einer Wohnung auf der Neue Tauentzienstraße wurden: eine goldene Schlüsseluhr Nr. 15,795, eine silberne Uhr mit drei blauen Steinen und 15 Mk. gestohlen.

Neueste Nachrichten.

Arbeitslosenversammlungen.

Magdeburg, 22. Januar. (H. T.-B.) Hier versuchten Teilnehmer einer vom Vorstand des Gewerkschaftskartells einberufenen Arbeitslosen-Versammlung in großen Scharen vor das Rathaus zu ziehen und zu demonstrieren, wurden aber von der Schutzmannschaft daran gehindert. 25 Verhaftungen wurden vorgenommen.

München-Gladbach, 22. Januar. (H. T.-B.) Eine stark besuchte, von den christlichen Gewerkschaften einberufene Arbeitslosen-Versammlung beschloß, die Stadtverwaltung um Notstandsarbeiten zu ersuchen. Man klagte darüber, daß viele ausländische Arbeiter beim Eisenbahnbau beschäftigt werden.

Hannover, 21. Januar. Als heute Nachmittag in der Schillerstraße eine Anzahl Arbeitslose auf die Ausgabe des Arbeitsnachweises warteten, kam es zu Ausschreitungen, wobei der Wagenschmied A. Meling einen Schutzmann beleidigte. Als dieser ihn festnehmen wollte, widersetzte sich M. und war schließlich der Schutzmann genötigt, von der blanken Waffe Gebrauch zu machen. Letzterer versetzte dem Wagenschmied einige Hiebe über den Schädel und das Gesicht, so daß dieser in schwerverletztem Zustande mittels Wagens nach dem Krankenhause gebracht werden mußte, wo er in hoffnungslosem Zustande darniederliegt. Ein Augenzeuge berichtet noch zu dem Vorfall, daß ungefähr vier Schutzleute auf den M. eingeschlagen haben. Unter den übrigen Arbeitslosen entstand große Erregung und mußte ein größeres Schutzmannsaufgebot die Menge mit Gewalt zerstreuen. (Siehe unter Politische Uebersicht.)

Berlin, 21. Januar. (Berliner Tageblatt) Gegen 4 Uhr Nachmittags wollte ein großer Zug von Arbeitslosen, der von Moabit kam, vor das königliche Schloß und zum Palais des Fürsten Bülow ziehen. Die Demonstranten hatten bereits mehrere Ketten von Schutzleuten passiert, als es an der Reichstagsbrücke zu einem ernsten Zwischenfall kam. Nachdem die Arbeiter unter Hochrufen an dem Polizeihauptmann, der das die Brücke besetzt haltende Schutzmannsaufgebot befehligte, vorbeigezogen waren, ließ dieser, angeblich ohne von den Manifestanten provoziert zu werden, plötzlich blank ziehen. Es wurden zirka **20 Personen verwundet**; einem Demonstranten wurde das rechte Ohr abgehauen. Nach dem Zusammenstoße ging die Menge auseinander.

Gegen den Block.

Magdeburg, 22. Januar. (H. T.-B.) Hier fand gestern eine von der hiesigen Gruppe der Freisinnigen Vereinigung einberufene Volksversammlung statt, in der unter stürmischem Beifall der Versammelten, mehr als **2000** Personen, Theodor Barth über die Wahlrechtsfrage sprach. Es wurde eine Resolution angenommen, in der jede weitere Unterstützung der Bülowschen Blockpolitik durch die freisinnigen Parteien als charakterlose Verleugnung der demokratischen Grundsätze bezeichnet, ein Zusammenwirken aller demokratischen Elemente verlangt wird. In der Diskussion erklärten zwei Sozialdemokraten, gern bereit zu sein, mit den Liberalen gemeinsam den Kampf um das Wahlrecht zu führen.

Pleß-Rybnik, 22. Januar. Für die am 28. Januar stattfindende Reichstagsersatzwahl hat die polnisch-sozialistische Partei als Kandidaten den Agitator Franz Danisch aufgestellt.

Duisburg, 22. Januar. (H. T.-B.) Auf der Zeche „Rheinbaben" sprang ein Schwungrad. Zwei Arbeiter wurden von den Stücken getroffen, einer wurde getötet, der andere schwer verletzt.

London, 22. Januar. (H. T.-B.) Die verbündeten Arbeiterverbände für Marinebauten hielten gestern eine Versammlung ab, in der beschlossen wurde, daß der Vorschlag der Arbeitgeber auf Herabsetzung der Arbeitslöhne nicht anzunehmen sei. Von 22 Arbeiterverbänden erklärten sich 18 gegen den Plan der Arbeitgeber. Eine Anzahl Arbeiter stellte sofort die Tätigkeit ein. Heute werden weitere 7000 Arbeiter ihrem Beispiele folgen.

Petersburg, 22. Januar. (H. T.-B.) Eine Vorlage, betreffend die Erneuerung der russischen Flotte wird demnächst der Reichsduma zugehen. Der Marineminister fordert 2 Milliarden Rubel, die sich auf 15 Jahre verteilen sollen. Der Marineminister wird die Vorlage selbst begründen. Die Duma wird die Vorlage in dieser Form ablehnen.

New York, 22. Januar. (H. T.-B.) An amtlicher Stelle in Washington wird die Nachricht von der Verschwörung gegen die Flotte nicht ernst genommen. „New York Herald" berichtet, das Gerücht sei infolge des Eintreffens eines deutschen Dampfers entstanden, der eine Ladung Chemikalien an Bord hatte.

Literatur.

Von den „Sozialistischen Monatsheften", Herausgeber Dr. J. Bloch, (Administration: Berlin W., Potsdamerstraße 121 b), die jetzt bekanntlich alle 14 Tage erscheinen, ist soeben das erste Heft des 14. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Max Schippel: Kolonialpolitik. — Eduard Bernstein: Das Werk des Preußentages und der Wahlrechtskampf. — Otto Hue, M. d. R.: Die christlich-nationale Arbeiterbewegung. — Beatrice Webb: Der Glaube an den Sozialismus. — Rudolf Kurtz: E. T. A. Hoffmann. — Rosa Mayreder: Der Wanderer und das Ziel. — Paul Kampffmeyer: Die Intellektuellen und die Sozialdemokratie. — Julius Deutsch: Gewerkschaftliche Lohn- und Preispolitik. — Friedrich Hahn: Das Gesetz der wirtschaftlichen Konzentration in seiner Beziehung zum allgemeinen Weltgesetz. — Politik von M. Schippel. — Sozialistische Bewegung von Dr. J. Bloch. — Frauenbewegung von Wally Zepler. — Psychologie von Dr. O. Lipmann. — Sozialwissenschaften von Dr. Conrad Schmidt. — Musik von Dr. H. Leichtentritt. — Kunstgewerbe von Josef Aug. Lux. — Buchbesprechungen. — Als künstlerische Beigabe bringt das Heft ein von John Höxter gezeichnetes Porträt E. T. A. Hoffmanns. — Der Preis des Heftes beträgt 60 Pfg. pro Quartal (6—7 Hefte 3 Mk.) Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, bei allen Kolporteuren, in den Kiosken, auf jeder Postanstalt, sowie direkt vom Verlag der „Sozialistischen Monatshefte", Berlin W. 35, Potsdamerstraße 121 b. (Zusendung unter Kreuzband oder in geschlossenem Couvert.) Probehefte stehen auf Verlangen jederzeit unentgeltlich zur Verfügung.

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Wolff. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstraße 5/6. — Verlag von Oskar Schütz. — Druck von Th. Schatzky G. m. b. H. — sämtlich in Breslau. — Hierzu 2 Beilagen.

Gewerkschaftshaus Margaretenstrasse 17

Stadt-Theater.
Mittwoch, Anfang 7 Uhr:
„Siegfried".
Donnerstag, Anfang 7½ Uhr.
„Hoffmanns Erzählungen".
Freitag 7½ Uhr:
„Agnes Bernauer".

Lobe-Theater.
Mittwoch, 7½ Uhr:
„Die Rabensteinerin".
Donnerstag, 7½ Uhr:
„Ein Walzertraum".
Freitag:
„Die lustige Witwe".

Thalia-Theater.
Freitag:
Volks-Vorstellung.
Gruppe II, 1. Vorstellung.
„Eine lustige Doppel-Ehe."
Sonnabend:
Humboldt-Verein.
Abonnements-Vorstellung
Dritte Vorstellung.
7½ Uhr:
„Der Sonnwendhof".

Schauspielhaus
Mittwoch, 8 Uhr:
Gastspiel Robert Hesse:
„Der Opernball".
Donnerstag 8 Uhr:
„Der Opernball."

Liebichs Etablissement.
BROTHERS BOLLER
und das phänomenale
Januar-Programm.
Anfang 7½ Uhr.

Victoria-Theater
(Simmenauer Garten).
Bellini
und das phänomenale
Januar-Programm.
Anfang präzis 7½ Uhr.
Bons an Wochentagen gültig.

Dominikaner.
Die
Nürnberger Sänger.
Jeden Freitag:
Großer Narren-Abend.

Zeltgarten.
Dir. H. Kreinsik.
Selten wohl
hat eine Komödie solche
Beifallsstürme
erlebt als Treppauer
mit
Silbermanns Hochzeitsnacht
Neu:
Katz in der Fuhrtschule.

Palmengarten
Dir. H. Kreinsik.
Heute der
Festwirt Ehrengruber
Morgen Donnerstag:
Kapelle
Naupold.

Sozialdemokratisches
Liederbuch
von Max Kegel.
Preis 40 Pfg.

veranstaltet
vom
Sozialdemokratischen Verein.

Am 18. d. Mts., abends, entschlief sanft unser guter Freund und Kollege, der Gürtler und Gelbgiesser

Johann Gürtler

im Alter von 63 Jahren. 310

Zugleich im Auftrage seiner Freunde und Kollegen

Maximilian Paprocki.

Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle St. Nikolai in Cosel aus statt.

Am 20. d. Mts. verschied nach längeren Leiden unser werter Kollege, der Fliesenleger

Berthold Skiebe

im Alter von 30 Jahren. 336

Sein Andenken werden in Ehren halten

Die Fliesenleger der Firma R. Stiller.

Etablissement
Deutscher Kaiser.
Heute Mittwoch:
Künstler-Vorstellung.
11 großartige Attraktionen.
Vorzugskarten gültig.
Neu! Neu!
Morgen Donnerstag:
1. humoristisches
Bockfest
nach bayrischer Art
mit dem
Festwirt Ehrengruber
und seinen Oberländern
dazu
Künstler-Vorstellung.
Entree frei.

Humboldt-Verein
Donnerstag, d. 23. Januar,
abends 8 Uhr, 332
im grossen Saale des Konzerthauses
„An der schönen blauen Donau."
Heiterer Volksunterhaltungs-Abend.
Eintrittskarten sind für Jedermann zu 20 Pfg. in zahlreichen, durch Plakate bezeichneten Handlungen zu haben. — Kassenpreis 30 Pfg. —

Arbeiter-Frauen!
denkt Euch bei Einkäufen stets auf die
„Volkswacht".

Möbel, Spiegel.
Polsterwaren
in eigener Werkstatt von nur besten Materialien gefertigt. 95
Kein Abzahlungsgeschäft
gewähre aber gern Teilzahlung.
Preise enorm billig.

Plüschgarnitur	100	M.
Salontisch	18	„
Trumeau mit mch. Aufsatz	60	„
Schrank	60	„
Vertikos	45	„
Spiegel mit Schränkchen	35	„
Diwan in gutem Stoff	36	„
Bettstelle mit Matratze	38	„
Rohrstuhl mit hoher Lehne	4	„

Teppiche, Läufer, Vorhänge,
Pianos, erstkl. Fabrikat
mit günst. end. Ausstattungsstücke nur bei
F. Pauer, Sandstr. 5.

Freie Turnerschaft
Gottesberg. 341
Sonntag, den 26. Januar 1908
im Schützenhause:
Gründungs-Kränzchen
Anfang 6 Uhr.
Es ladet ein Der Vorstand.

Erklärung.
Ich erkläre, daß ich durch die gegen den Genossen **Kunze** in **Sandberg** gebrauchten Aeußerungen, die diesen zur Privatklage veranlaßten, nicht habe beleidigen wollen. Ich habe die fraglichen Aeußerungen in momentaner Erregung gebraucht, ohne mich des für Kunze verletzenden Charakters derselben bewußt gewesen zu sein. Den Inhalt der Beschuldigungen nehme ich mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück. 339
Sandberg Kr. Waldenburg, 18. Jan. 1908.
Gustav Klinkhardt.

Schulden
welche meine Frau macht, bezahle ich nicht.
Max Funda, Klein-Gandau.

Abrichter
melde sich 343
Fürstenstr. 12.

Schneidermädchen auf Herren-Sakkos u. Paletots k. s. u. b. Siebloczek, Schießwerderpl. 30, I. 338

1 Plüschsofa Mk. 45, fertigsch. z. verk. Kletschkamstr. 17, III. l. 342

Große Auswahl gebr. Möbel. Schränke verschied. Größe, Vertikom. Bettstell. m. Matr., Sofas, Kommod., Waschtisch m. Pl., Küchenbüffet. b. z. verk. Friedrichstr. 66, am Louisenplatz. 340

Ich kaufe gebrauchte Möbel bei plötzl. Fortreise, Todesfall, Umzug., kaufe ganze Wohnungs-Einrichtungen gegen sofort. Zahlung. Wahler, Gartenstraße 36. 340

Fettsprotten billiger!
¼ Pfd. 8 Pf., ½ Pfd. 15 Pf.
Tiroke, Gräbschenerstr. 6. 88

Tilsiter Käse, schnittreif, Postkoll 3.95 franko. 6477
Aal in Gelee, 8 Pfd.-Dose 3.95.
E. Neumann, Einlage W. P.

Pianos,
Flügel und Harmoniums
größte Auswahl,
jede Preislage,
Teilzahlung, Miete,
Reparaturen, Stimmen.
Georg Neumann
Breslau, Neue Graupenstr. 13.

Friedrich-Wilhelmstr. No. 72
Kein Gastwirt
sollte versäumen, meinen rühmlichst bekannten
Kautabak
zu führen. 335
Carl Birkholtz Nachf.

Wir empfehlen:
Ueber Verfassungswesen
von
Ferdinand Lassalle.
Preis 50 Pfg.
Zu beziehen durch die Buchhandlung Volkswacht.

Saison-Ausverkauf
Zirka 10000 Ia Goldgußwalzen
bei 10 Stück à 65 Pfg., bei 20 Stück 60 Pfg. [223
Zirka 6000 Platten darunter die neuesten Aufnahmen, à 35 Pfg., Orig.-Novitäten 1.35, Orig.-Minerva 1.00, sowie den grossen Bestand in Original-Zonophon und Homophon-Platten.
Zirka 600 Phonographen
und Plattenapparate verkaufe zu jedem annehmbaren Preise, nur um Platz für meine 1000 neuen
Fahrräder
zu schaffen, schon von 3, 4, 6 bis 10 Mk.
Ferner liefere zur Reklame, so lange Vorrat, einen vorzüglich.
Konzert-Phonographen
mit 10 Stück Ia Goldgußwalzen für 9 Mk., guten Plattenapparat mit 10 Platten für 13 Mk.
Feinste Luxus-Plattenapparate für 14.50, 16.50, 20—30 Mk.

Bernh. Wedler, Breslau, Klosterstr. 15 Ecke Feldstraße.

Sonntag, 26. Januar:
16. Grosses Volks-Konzert.

Wer jetzt seine
Nähmaschine
und zum Frühjahr sein
Fahrrad
in Ordnung haben will, wende sich vertrauensvoll an
Vincenz Cizek,
Altwasser, 1. Bezirk 22. 208
Lager sämtlicher Fahrradteile.
Reparaturen
an Musik- u. anderen Automaten, Nähmaschinen u. Fahrrädern werden schnell, sauber und billigst ausgeführt.

5419

Ächt! Ueberall zu haben. ½ Paket 10 Pfg. **Ächt!**
Scheuers Doppel-Ritter-Kaffee.

Rechte u. Pflichten des Mieters
nach d. neuen Bürgerl. Gesetzbuch
Kommentar gegen Miethsrecht
von Rich. Lipinski.
Preis pro Exempl. 20 Pfennige.
Die Broschüre ist sachkundig auf Grund der Motive und der Denkschrift zum Bürgerlichen Gesetzbuch bearbeitet und ist ein sicherer Führer durch das Miethsrecht.
Buchhandlung Volkswacht.

Programme 40 Pfg.
Anfang 3½ Uhr.

Beilage zu Nr. 19 der „Volkswacht".

Donnerstag, den 23. Januar 1908.

Deutscher Reichstag.

85. Sitzung. Dienstag, den 21. Januar, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Kraetke, später Nieberding.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die

erste Lesung des Telefunkengesetzes.

Staatssekretär **Kraetke** begründet kurz die Vorlage, welche verfügt, daß drahtlose Telegraphenanlagen nur mit Genehmigung des Reiches errichtet und betrieben werden sollen. Redner weist auf die Bedeutung der Funkentelegraphie für Heer und Marine und den internationalen Verkehr hin.

Die Abgg. **Cuno** (kons.), **Schneider** (Ztr.), **Dr. Junck** (nl.), Dr. **Delbrück** (Freis. Vgg.) stimmen der Vorlage durchweg zu, doch wünschen die beiden letzten Redner Kommissionsberatung. Dr. Delbrück erregt große Heiterkeit, als er erzählt, daß einmal auf ein Funkentelegramm Loubets die Antwort zurückgekommen sei: „Ich pfeife darauf."

Abg. **Frank** (Soz.): Die Wissenschaft, die die sichtbaren Verbindungsfäden über flüssig gemacht hat, hat gleichzeitig unsichtbare Fäden der Solidarität zwischen den Völkern geknüpft. Der internationale Vertrag ist aus dieser internationalen Solidarität entstanden. Eine derartige Vorlage ist die wirksamste Propaganda für die Sache des Friedens und der Kultur. (Zust. bei den Soz.) Aber die Regierung hat sofort wieder marinistische und militaristische Gesichtspunkte in den Vordergrund geschoben. Außerdem verlangt sie eine Blankovollmacht für den Reichskanzler zur Ordnung der Gebührenfrage. Wir haben durchaus keine Veranlassung, diese Vollmacht zu erteilen und stimmen schon deshalb dem Antrag auf Kommissionsberatung zu. (Beif. b. d. Soz.)

Hiermit schließt die Beratung und die Vorlage wird an eine Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die zweite Lesung der Vorlage betreffend

Aenderung der Majestätsbeleidigungsparagraphen.

Die Kommission hat die Regierungsvorlage dahin abgeändert, daß die Beleidigung nur dann strafbar ist, wenn sie in der Absicht der Ehrverletzung, böswillig und mit Ueberlegung begangen wird. Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann, nach der Kommissionsfassung, die Gefängnisstrafe bezw. Festungshaft bis auf eine Woche ermäßigt werden. Auch soll in Zukunft der Verlust der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Aemter nach einer Verurteilung wegen Majestätsbeleidigung in Wegfall kommen.

Abg. **Roeren** (Zentr.): Wir vermissen eine objektive Einschränkung des Majestätsbeleidigungsbegriffs, denn „Böswilligkeit" usw. sind rein subjektive Momente. Die Folge ist, daß die politischen Anschauungen, die Parteizugehörigkeit des Betreffenden für die Richter mit entscheidend sein wird. (Sehr wahr! i. Zentrum u. b. d. Soz.) Mein Versuch, das objektive Moment hineinzubringen, wurde von denselben Konservativen abgelehnt, die ihn angeregt hatten. Immerhin hat der Entwurf in der Kommission so viele Verbesserungen erfahren, daß wir ihm zustimmen können.

Abg. **Brunstermann** (Rp.) erklärt sich mit der Kommissionsfassung einverstanden.

Es ist ein Antrag Albrecht und Genossen (Soz.) eingegangen, die Majestätsbeleidigungs-Paragraphen (95, 97, 99, 101) St.-G.-B. aufzuheben.

Abg. **Heine** (Sozialdemokrat):

Wir erkennen einen gewissen Fortschritt der Kommissionsfassung gegenüber der Regierungsvorlage an. Aber wir können auch die Kommissionsfassung längst nicht als genügend ansehen, sondern werden vielmehr für unseren eben verlesenen Antrag stimmen. Indem sie ihre Vorlage einbrachte, hat die Regierung selbst die Existenz grober Mißbräuche anerkannt. Aber die Vorlage ist nicht geeignet, diese Mißbräuche zu beseitigen. Nicht die Salben und Mixturen der Aenderung, sondern das Messer der Abschaffung muß angewandt werden. (Zustimmung bei den Soz.) Schon allein der dehnbare Ausdruck „Böswilligkeit" verbietet uns, für die Kommissionsfassung zu stimmen. In dieser Fassung mögen harmlose Bierphilister frei ausgehen; aber die Befreiung der politischen Kritik von den unwürdigen Fesseln des Majestätsbeleidigungsparagraphen wird nicht erreicht. Ganz im Gegenteil. Die Erfahrung hat inzwischen bestätigt, was ich bei erster Lesung ausführte: Politische Aeußerungen werden unter den Majestätsbeleidigungsparagraphen gebracht, wenn auch erst die Logik vergewaltigt werden muß, bis man sie auf den Fürsten beziehen kann. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir gönnen den harmlosen Schwätzern und armen Angetrunkenen die Sprachfreiheit, können ihnen aber kein Privilegium vor ernsthaften Kritikern zubilligen.

Inzwischen ist

in Königsberg ein Gerichtsurteil

ergangen, von dem auch Sie (nach rechts) zugeben müssen, daß es dabei nicht mit rechten Dingen zugegangen ist. (Lärm und Widerspruch rechts.) 19 Zwanzigstel des Artikels der Königsberger Volkszeitung, auf Grund dessen der Redakteur Markwald zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt worden ist, beschäftigen sich mit den historischen Vorgängen der Zeit der Erniedrigung Preußens nach 1806. Lediglich das restierende Zwanzigstel des Artikels bezog sich auf die Gegenwart. Das Gericht aber erklärte schlankweg, auf die historischen Ausführungen des Artikels lege es keinen Wert. Bekanntlich wurde in dem Artikel das Memeler Denkmal als Schandsäule bezeichnet. Der Ausdruck ist Sache des Geschmacks, aber auf das allerentschiedenste muß ich dagegen protestieren, daß das Gericht in diesen Sätzen eine Majestätsbeleidigung gesehen hat. Das Königsberger Gericht machte es zwar nicht,

wie die Breslauer Gerichte,

die aus der historischen Kritik verstorbener Hohenzollern eine Majestätsbeleidigung destillierten, sondern schlug einen Umweg ein, um die Verurteilung eines politischen Gegners zu erreichen. Es erklärt: indem die Denkmalsenthüllung als Tragikomödie bezeichnet wird, werden alle Personen beleidigt, welche an diesem Akte teilgenommen haben. Von einem Gericht, das einen solchen Umweg wandelt, kann man auch ohne weiteres annehmen, daß es stets geneigt sein wird, dem politischen Gegner Böswilligkeit zu unterschieben. Nach der Logik des Königsberger Gerichtes machen sich übrigens alle Personen einer Majestätsbeleidigung schuldig, die das ganze menschliche Leben als Tragikomödie bezeichnen, da zur Menschheit doch auch der König gehört. (Heiterkeit und sehr wahr! bei den Soz.) Für unsere Tage ist es bezeichnend, daß die liberale Königsberger Hartungsche Zeitung die Denunziantin spielte. (Hört hört! bei den Soz.) — Wir verkennen nicht die Absicht der Regierung, die Majestätsbeleidigungsprozesse einzuschränken. Aber mit so vagen Begriffen wie „Böswilligkeit" werden Gerichten wie dem Königsberger stets die Handhaben zur Erdrosselung unbequemer Kritik gegeben. Nur eine völlige Aufhebung des Paragraphen, wie unser Antrag sie verlangt, vermag die Freiheit des Wortes zu sichern. (Bravo! bei den Soz.)

Staatssekretär Dr. **Nieberding**: Wenn wir die Beleidigung einheimischer Herrscher straffrei lassen wollten, müßten wir auch die straffreie Beleidigung fremder Herrscher gestatten. Dadurch würde aber das Ansehen Deutschlands im Auslande herabgesetzt werden. (Lachen bei den Soz.) Ich erkläre ausdrücklich, daß es den Verbündeten Regierungen durchaus fernliegt, die Angehörigen verschiedener Parteien mit ungleichem Maße zu messen.

Abg. **Osann** (natl.): Die Sozialdemokratie ist nie zufrieden zu stellen. Der Artikel in der „Königsberger Volksztg." enthielt die schärfsten Beleidigungen der Königin Luise. (Zuruf b. d. Soz.: „Aber doch nicht des Königs!") Zunächst der Königin Luise. (Stürmi Heiterkeit b. d. Soz.) Die Tendenz des Artikels (Aha! Aha! und Gelächter b. d. Soz.) war auf die Herabsetzung der Königin Luise und aller Teilnehmer an der nationalen Denkmalsenthüllung gerichtet. (Zuruf b. d. Soz.: „Sie kriegen einen Orden!" Heiterkeit.) Ich habe gar keine Sehnsucht nach einem Orden. (Ungläubiges Kopfschütteln b. d. Soz.) Warum hat denn keine andere Presse unter dem Majestätsbeleidigungs-Paragraphen zu leiden, sondern immer nur die sozialdemokratische? (Zurufe bei den Soz.: „Köstliche Naivität!" und schallendes Gelächter.) Man kann doch den Monarchen auch maßvoll kritisieren. (Bravo! bei den Natl.)

Abg. **Graef** (wirtsch. Vgg.) jubelt unter dröhnendem Beifall der Rechten über das Königsberger Urteil.

Abg. Dr. **Müller-Meiningen** (fr. Vpt.): In England gibt es seit fast einem Jahrhundert keine Majestätsbeleidigungsprozesse mehr. Das kommt von der politischen Freiheit in England. Der Ausdruck „Schandsäule" war geschmacklos. Es ist aber immer mißlich, auf Grund der Kritik verstorbener Vorfahren regierender Fürsten Majestätsbeleidigungsprozesse anzustrengen. Daß Joachim I. von Brandenburg seine Kurstimme verkauft hat, steht nun einmal fest. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wir betrachten diese Vorlage immerhin als den ersten Schritt zur Besserung und stimmen deshalb für sie. (Beifall b. d. Freis.)

Abg. Dr. **Wagner** (kons.): Im sozialdemokratischen Zukunftsstaate wird es einen noch schärferen Majestätsbeleidigungsparagraphen geben. (Anhaltendes Gelächter links.) Trotz der autoritären Bedenken eines Teils meiner Freunde wollen wir für die Kommissionsfassung stimmen. (Beifall rechts.)

Abg. **Wellstein** (Ztr.) erklärt sich gegen den Antrag Albrecht auf Aufhebung des Majestätsbeleidigungsparagraphen.

Abg. **Heine** (Soz.): Ich konstatiere mit großer Befriedigung, daß der Abg. Osann ganz ausdrücklich, wenn auch nicht ganz freiwillig, zugestanden hat, daß es sich bei dem Königsberger Prozeß um einen Tendenzprozeß allerschlimmster Art handelte. (Lebhafte Zust. b. d. Soz.) Im übrigen ist die Verurteilung nicht, wie Herr Osann meinte, wegen Beleidigung der Königin Louise erfolgt, sondern das Gericht ist auf den oben erwähnten Schleichwegen zu seinem Urteil gelangt. Der Beifall, den Herr Osann der Tendenzjustiz spendete, zeigt, wie hoch bedenklich das vorliegende Gesetz ist. Was hilft es, ein paar Buchstaben zu ändern, wenn der Geist der Justiz derselbe bleibt? Wenn wir Richter haben, die sich rühmen, Mitglieder des gehässigen Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie zu sein? Wehe meinen Parteigenossen, die in die Hände solcher Richter fallen. (Stürm. Zuf. b. d. Soz.)

Staatssekretär **Dr. Nieberding** entrüstet sich unter dem Beifall der Nationalliberalen und der Rechten über den Ausdruck „Schleichwege".

Abg. **Roeren** (Zentr.): Aus einer Kritik historischer Vorgänge mag diese Kritik auch geschmacklos und übertrieben sein, eine Majestätsbeleidigung herzuleiten, ist immer hoch bedenklich. (Sehr wahr! links u. i. Zentr.) Wir stimmen für die jetzige Vorlage, weil sie immerhin eine Verbesserung bedeutet.

Abg. **Graef** (Wirtsch. Vgg.): Der Abg. Heine scheint mich gemeint zu haben, als er von gehässigen Richtern sprach. (Zuruf b. d. Soz.: „Wem der Schuh paßt, zieht ihn sich an.") Ich gehöre aber garnicht zum Reichsverband. (Zuruf b. d. Soz.: „Na also!") Nach der Rede des Herrn Heine werde ich allerdings dem Reichsverband beitreten. (Gelächter.)

Abg. **Heine** (Soz.): Wenn meine Rede den Herrn Graef zur Offenbarung seiner innersten Natur gebracht hat, so kann ich mich darüber nur freuen. (Sehr gut! bei den Soz.)

Nach Ablehnung des Antrags Albrecht gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, wird ebenfalls gegen die Stimmen der Sozialdemokraten die Vorlage in der Kommissionsfassung angenommen.

Das bisher sehr stark besetzte Haus beginnt sich zu leeren. Es folgt die

erste Beratung des Scheckgesetzes.

Die Abgg. **Racken** (Zentr.), **Arnold** (kons.) und **Weber** (Natl.) billigen den Grundgedanken des Gesetzes und tragen einige Bedenken vor, und wünschen Kommissionsberatung.

Abg. **Frank** (Soz.): Die Arbeiter haben ein geringes Interesse an der Vorlage; ebenso wenig wie jeder Arbeiter Sonntag sein Huhn im Topfe hat, hat er ein Scheckbuch im Schrank. Im übrigen bringt die Vorlage unserer Volkswirtschaft Vorteile und so werden wir für sie stimmen eventuell sogar ohne Kommissionsberatung, obwohl wir dem Antrag auf Kommissionsberatung nicht widersprechen wollen. Wir hoffen aber, daß sich nicht hier die amerikanische Gewohnheit einbürgern wird, die Arbeiter in wertlosen Schecks zu bezahlen. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. **Raab** (Wirtsch. Vgg.) hofft und fürchtet nichts von dem Gesetze.

Die Abgg. **Mommsen** (Freis. Vgg.) und **Wagner-Württemberg** (Dt. Vpt.) sind für die Vorlage.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Mittwoch 1 Uhr (Sozialdemokratische Wahlrechtsinterpellation und Fortsetzung der heutigen Debatte.)

Schluß 6 Uhr.

Vom Wahlrechtskampf.

Noch einige ausländische Preßstimmen.

„Ein Hurra unseren deutschen Genossen" — so betitelt der Genosse Hyndman einen Artikel in der „Justice", in welchem er über die Demonstration in Berlin schreibt. „Was in Berlin sich ereignet", so schreibt er, „ist für die Sozialdemokratie der ganzen Welt von der höchsten Bedeutung. In den letzten Jahren hatte man an der Taktik unserer deutschen Genossen vielfach absprechende Kritik geübt; man hat ihnen vorgeworfen, daß sie ihre Vorsicht allzuweit treiben, daß ein Volk nicht erwarten könne, seine Freiheit zu erobern, ohne sich bestimmten Gefahren auszusetzen und daß solche Ruhe, wie das Volk in Sachsen bei der Wegnahme seines Wahlrechts gezeigt habe, nur dazu beitragen könne, den Mut der herrschenden Klassen zu erhöhen."

Mit dieser Taktik, so meint Hyndman weiter, sei nun endgiltig gebrochen. Die Vorgänge in Berlin haben gezeigt, daß die deutschen Genossen auf ihr Ziel, die Erringung des allgemeinen gleichen Wahlrechts, furchtlos zusteuern und bereit seien, Opfer zu bringen.

Der Brüsseler „Peuple" weist in seiner Besprechung mit Recht darauf hin, daß es ein großer Unterschied sei,

Bahnhofsverbote.

Das zweite Januarheft des „März" bringt einen beachtenswerten Aufsatz über den Widersinn der preußischen Bahnhofszensur, welche dadurch geübt wird, daß die Bahnhofsbuchhändler keine Bücher und Zeitungen verkaufen dürfen, denen die Eisenbahnverwaltung ihr Plazet versagt. Die damit versuchte Bevormundung wird durch folgende Ausführungen gekennzeichnet:

Die staatliche Eisenbahnverwaltung wacht über das politische und moralische Seelenheil nicht nur seiner Untertanen, sondern aller deutschen Reisenden, ja sogar der Reisenden aller Nationen, die durch das preußische Reich fahren. Der Reisende will sich festgenagelt auf der Nummer seiner Platzkarte, das Gähnen vertreiben und verlangt von dem ausrufenden Zeitungsverkäufer den „Vorwärts", um sich zu orientieren, was die äußerste Linke von dem neuesten Prozeß oder dem neuen Kurs hält: „Vorwärts" dürfen wir nicht verkaufen, vielleicht eine „Zukunft" gefällig!" Nun gerät der Reisende über diese Bevormundung in eine „Simplicissimus-Stimmung" und bittet zur unschädlichen Entladung dieser Stimmung einen „Simplicissimus". — „Simplicissimus dürfen wir nicht führen." „Nun zum Teufel", fragt man den Zeitungsbengel auf dem Anhalter Bahnhof — „was soll ich denn lesen?" „Kreuzzeitung" gefällig? Woche gefällig, Kleiner Roland gefällig?" Und dann eine ganze Reihe kleiner niedlicher Schundblätterchen mit allerliebsten Erpresserartikelchen, Denunziationen und Verleumdungen. Dieses Unkraut schießt in die Halme in der Reichshauptstadt.

Das ist die andere Seite der Bahnhofzensur: Die staatliche Verwaltung übernimmt, sobald sie überhaupt „erlaubt" und „verbietet", eine Art von Verantwortung für alles, was sie nicht verbietet. Sie patronisiert, was sie nicht ausschließt. Sie liefert sich dadurch zugleich überstittlichen Sonderlingen und Zeloten aus. Denn jeder preußische Eisenbahndirektor, und auch der preußische Eisenbahnminister, weiß, daß er, weil die Verbotsmöglichkeit besteht, von Schnüfflern und Zumutungen zudringlich heimgesucht wird: er soll dies oder jenes Blatt verbieten. Die staatliche Verwaltung gerät derart selbst in die Ueberwachung des engherzigsten Geistes. Kann sie diese Verantwortung auf die Dauer tragen, kann die Regierung überhaupt die einzelnen Erzeugnisse prüfen? Und wenn sie nicht das einzelne Blatt prüfen kann — ist dann nicht jedes Verbot ein Widersinn!

Das ist nicht der einzige Widersinn. Berlin verbietet, daß ich in Frankfurt die Blätter kaufe, die ich lesen möchte, ich reise weiter durch Deutschland und kaufe sie — in Nürnberg, in Stuttgart, in München und so weiter! Ist die Königlich Bayerische und die Königlich Württembergische Eisenbahnverwaltung sittlich weniger hochstehend als die preußische? Wie kann man diesen lächerlichen Rest deutscher Vielstaaterei heute auf einem Gebiete durchhalten, wo sie demselben Reisenden, der Deutschland durchfährt, in ihrer ganzen ärgerlichen Form vor Augen tritt.

Auf die tollste Inkonsequenz aber hat Theodor Barth vor Jahresfrist mit gerechtem Spott hingewiesen, — daß dieselbe Eisenbahn die bösen, auf den Bahnhöfen verbotenen Schriften in großen Ballen von Ort zu Ort befördert und aus dieser Beförderung ein lukratives Gewerbe macht! Die Bahn ist Helfershelfer zur Verbreitung derselben Drucksachen, an deren Kauf sie ihre Reisenden im Interesse ihres Seelenheils verhindert!

Hart nebenan, vor dem Bahnhof am Zeitungskiosk, erlaubt Gesetz und Staatsanwalt den Bezug eines Blattes, dessen Bezug vom Bahnhofs-Buchhändler die Staatsgewalt verbietet. Und wer ist die Staatsgewalt? Die zuständige Eisenbahndirektion. Die Direktionen folgen zum Teil gesonderten eigenen und fremden Antrieben. So hat zum Beispiel das streng sittliche Magdeburg den „März" zwei Monate lang verboten, den Berlin zugelassen hat. Dieser Zustand ist irritierend und für jeden, der über ihn nachdenkt, lächerlich.

Der Bahnhof-Buchhändler darf keinen anderen Bedingungen unterstellt werden, als denen des Gesetzes, keinen anderen als die übrigen Buchhändler. Dadurch wird die Sozialdemokratie nicht gefördert, wenn der Reisende auch auf dem Bahnhof eine sozialdemokratische Zeitung kauft, die er an jedem Kiosk haben kann. Wohl aber wird der gefährlichen Behauptung, daß die Verwaltungen parteiisch vorgehen, ein wichtiger Beweisgrund entzogen. Was strafbar oder konfiszierbar ist, das soll auf den Bahnhöfen nicht verkauft werden dürfen. Was nicht strafbar ist, muß auch auf preußischen Bahnhöfen verkauft werden dürfen, Preußen darf auf seinen Bahnhöfen nicht engherziger sein, als die übrige Welt.

Wir können dieser Darlegung in allen Punkten zustimmen und haben nur noch folgendes hinzuzufügen: Die Eisenbahnverwaltung ist eine Verkehrsverwaltung und soll nichts weiter sein. Sie hat sich den Verkehrsanforderungen anzupassen, nicht umgekehrt, und deshalb müssen allein die Verkehrswünsche und Verkehrsbedürfnisse für alles, was mit dem Verkehr zusammenhängt, maßgebend sein. Das gilt vor allem auch von der Eisenbahnlektüre, deren Wahl der Reisende und nicht die Behörde zu bestimmen hat. Sonst könnte schließlich sogar vorgeschrieben werden, welche Lektüre der Reisende mit in den Wagen nehmen darf.

Aus aller Welt.

Die Eisenbahnkatastrophe in Italien. Ueber das schwere Eisenbahn-Unglück, welches wir gestern kurz unter „Neueste Nachrichten" meldeten, wird noch berichtet: Das Eisenbahnunglück bei Aquabella ereignete sich in folgender Weise: Als der Zug von Mailand nach Rom bis Pont Aquabella gelangt war, fuhr er dort auf den Zug nach Bergamo auf, der stehen geblieben war, um das Signal „Freie Fahrt" abzuwarten. Die Lokomotive des Zuges nach Rom und die letzten Wagen des Zuges nach Pavia stürzten auf die Nebengleise. In diesem Augenblick brauste ein Zug von Pavia heran, der mit der Lokomotive und den umgestürzten Wagen der beiden anderen Züge kollidierte. Der Zusammenprall war furchtbar. Bisher sind neun Tote aus den Trümmern gezogen worden, die zu dem Bergamo-Zuge gehören. Mehrere Verletzte wurden nach den Krankenhäusern von Mailand geschafft. Der italienische Schatzminister Carcano, der sich in dem Zug nach Rom befand, blieb unverletzt. Bis Dienstag Morgen 9 Uhr wurden 25 Verletzte geborgen, unter diesen befinden sich drei Schwerverletzte. Die Personlichkeit einiger Toten und Verletzten ist noch nicht festgestellt.

Eine ergänzende Schilderung über die Katastrophe gibt ein Telegramm dem „B.-L." aus Mailand: Der Zusammenstoß erfolgte Abends 9 Uhr unweit vom Mailänder Hauptbahnhof. Einige Minuten nach dem Auseinanderprallen des römischen Zuges auf den nach Bergamo gerichteten Personenzug fuhr

ob unsere Genossen in Paris eine Straßendemonstration veranstalten, oder ob das in Berlin geschieht. Frankreich ist eben ein Kulturland, wo die Bürger es als ihr unumstößliches Recht in Anspruch nehmen, ihre Meinung in der von ihnen beliebten Weise zum Ausdruck zu bringen, während in Preußen moskowitische Methoden vorherrschen.

Partei-Angelegenheiten.

Wie stehen wir in der Stichwahl? Ueber die Reichstagswahl in Emden-Norden anstelle des verstorbenen Fürsten zu In- und Knyphausen schreibt der Hannoversche „Volkswille", nachdem er betont hatte, daß vor allem für den sozialdemokratischen Kandidaten gearbeitet werden müsse, folgendes:

„Sollte aber trotzdem die Sozialdemokratie auch diesmal wieder in der Stichwahl zwischen einem Freisinnigen und einem anderen bürgerlichen Kandidaten zu entscheiden haben, so würde sich dabei zeigen, daß die Lehren des letzten Jahres von den Arbeitern verstanden worden sind. Mögen die Herren Freisinnigen jetzt schon wissen, daß von einer unbedingten Unterstützung freisinniger Wahlkandidaturen keine Rede mehr sein kann! Die Partei wird in Zukunft ihre Entscheidung treffen unter sorgfältigster Berücksichtigung der politischen Situation, der Haltung der freisinnigen Fraktionen und der Person des Kandidaten.

Klarheit tut not! In Emden-Norden wird mit sozialdemokratischen Stimmen kein Mann gewählt werden dessen Persönlichkeit nicht die volle Garantie dafür bietet, daß er jede wahlrechtsfeindliche Partei und jede wahlrechtsfeindliche Regierung auf das allerschärfste bekämpfen wird!"

Daß es ohne gewisse Garantien keine Unterstützung freisinniger Kandidaten durch die Sozialdemokratie mehr gibt, können sich die Liberalen in allen Wahlkreisen merken.

Wegen Beleidigung des deutschen Offizierkorps, begangen durch einen Zeitungsartikel im September v. J., wurde von der Strafkammer in Rudolstadt Genosse Zorn vom „Volksblatt" zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Eine Aktion der Rechtlosen. Der letzte Sonntag wurde von den Berliner Wahlrechtskämpfern zu neuer Aufklärungs- und Werbearbeit benutzt. Etwa eine Million Flugblätter gelangten im Gebiete Groß-Berlins zur Verbreitung, worin der Bevölkerung der Stand der Wahlrechtsfrage nach dem 10. Januar in knappen, scharfen Umrissen präzisiert wird. Als schlimmster Feind des Fortschritts, als ärgstes Hindernis der Entwickelung, heißt es, hat sich Fürst Bülow erwiesen; seine Beseitigung wird zur ersten Bedingung eines jeden Erfolges im Wahlrechtskampfe. Verdientermaßen wird auch die Haltung des Freisinns gegenüber der Bülowschen Wahlrechtsverweigerung gebrandmarkt. Das Verhalten des Polizeiministers v. Moltke, der im Abgeordnetenhause die Demonstranten vom vorhergegangenen Sonntag als „Janhagel" zu verunglimpfen versuchte, die Polizei zu weiteren Taten aufrief und von den preußischen „Untertanen" bedingungslosen Gehorsam gegen die Polizei verlangte, beweise lediglich, welche große Erziehungsaufgabe von dem preußischen Volke an seinen Beherrschern noch zu lösen ist. Die Arbeiterschaft werde den Kampf um die Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts und die Erringung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts mit kaltblütiger Besonnenheit, aber auch mit aller Energie und allem Kampfesmut führen.

Arbeiterbewegung.

Achtung, Korbmacher! Bei der Firma Fritzsche sen. u. jun. in Düben streiken etwa 100 Korbmachergehilfen die Arbeit nieder. Zuzug ist fernzuhalten.

In den Luxuswagenfabriken der Firmen Uermöhle und Rheinische Karosseriewerke in Köln streiken die Arbeiter, und sind auch ausgesperrt worden, weil sie in die ihnen zugemutete Verlängerung der Arbeitszeit von 9½ auf 10 Stunden bei gleichbleibendem Lohn nicht willigen wollten. Als den Arbeitern der Uermöhleschen Filialfabrik in Hildesheim die Fertigstellung der in Köln liegen gebliebenen Arbeit zugemutet wurde, wurden auch diese ausständig. Es hat den Anschein, daß das Unternehmertum der Luxuswagenbranche beabsichtigt, allgemein die im Frühjahr 1906 beseitigte nebenstundige Arbeitszeit wieder einzuführen.

Achtung, Schiffbauer! Wegen Maßregelung von drei Kollegen haben sämtliche Schiffbauer sowie Hilfsarbeiter der Schiffswerft Kubler resp. Mucarlberg in Kettchendorf bei Fürstenwalde die Arbeit niedergelegt. Zuzug für Schiffbauer, Hilfsarbeiter, Tischler, Schlosser und Schmiede ist streng fernzuhalten.

Achtung, Werkzeugmacher! In der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik Wittenau sind die gesamten Werkzeugmacher gemaßregelt worden. Der Betrieb ist gesperrt und ist Zuzug fernzuhalten.

* **Achtung, Hafenarbeiter!** Die Hamburger Hafenbetriebsunternehmer haben das Bestreben, möglichst viel auswärtige Arbeiter nach Hamburg zu ziehen, die dann als Lohndrücker dienen sollen. Sie lancieren deshalb Wochenzettel in die bürgerliche Presse, in denen von „Bedarf an Arbeitskräften in Hamburg" geschwindelt wird. Es wird dringend ersucht, Zuzug von Hafenarbeitern nach Hamburg fernzuhalten, da dort große Arbeitslosigkeit herrscht.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 22. Januar.

Geschichtskalender.

23. Januar.

1753 Der Philosoph George Berkeley †.
1806 William Pitt, englischer Staatsmann und Gegner Napoleons †.
1840 Physiker Ernst Abbe in Eisenach *.
1875 Der englische Schriftsteller und Sozialreformer Kingsley †.
1905 Bildhauer Rudolf Siemering in Berlin †.

* **Lassalle und Marx** lautete das Thema, über das Genosse Dr. Maurenbrecher in seinem vierten Vortrage Dienstag Abend im Gewerkschaftshause sprach. Nach einem kurzen Rückblick auf das Ende und die Tragik von Lassalle, beschäftigte sich der Redner mit dem Verhältnis zwischen Marx und Lassalle. Das schwerste für Lassalle war, daß Marx öffentlich gegen ihn auftreten sollte, weil Marx mit der Lassalleschen Taktik durchaus nicht einverstanden war. Den Anlaß zu dieser Stellungnahme bot Marx schon das kommunistische Manifest. Marx hielt zwar theoretisch an der Auffassung fest, daß die Bourgeoisie genau so schlecht sei, wie der Feudalismus und bekämpft werden müsse, aber in taktischer Beziehung wünschte Marx zunächst mit der Bourgeoisie den feudalen Staat zu untergraben. Ihm schwebte dabei die französische Revolution von 1789—92 vor, wo die Arbeiter auch zunächst den Feudalismus gestürzt und dann die Bourgeoisie niedergerungen hätten. Wie aus Karl Marx Werke: „Revolution und Konterrevolution" hervorgeht, hat Karl Marx diese Auffassung später nicht geändert. Marx hielt es für den falschesten Moment Lassalles, die Arbeiterklasse gegen die Fortschrittspartei mobil zu machen, wo sie (letztere) gerade eines Rückensteifers gegen die Krone bedurfte. Durch das Kommunistische Manifest und das Arbeiterprogramm zieht sich der eine große Grundgedanke: Die Arbeiterklasse ist die Trägerin einer weltgeschichtlichen Mission, aber der große Unterschied tritt bei der Frage hervor: Was versteht Marx, was versteht Lassalle unter Arbeiter. Marx stellt den Arbeiter dem Bourgeois gegenüber und schafft dadurch einen präzisen Gegensatz. Lassalle faßt unter dem Begriff Arbeiter auch die Kleinbürger, Handwerker, Bauern, die alle gemeinsame Interessen gegen den Kapitalisten und Großbürger zu verfechten hätten. Lassalle faßte also den Begriff Arbeiter wesentlich weiter. Genosse Maurenbrecher legt nun dar, daß die Zustände damals anders lagen als jetzt. Die Fortschrittspartei der 60er Jahre war nicht demokratisch, sondern Großbourgeoisie, deshalb verlangte Lassalle auch die Einbeziehung aller Kräfte, der 89—90 Prozent Arbeiter, Kleinbürger, Handwerker, Bauern ꝛc., um einen Vorstoß gegen die Fortschrittspartei zu unternehmen. Vergeblich sucht man in Lassalles Arbeiterprogramm etwas über das gesellschaftliche Ideal, den Sozialismus, im offenen Antwortschreiben aber nur in dem Sinne, daß das sozialistische Ideal indirekt abgelehnt wird, denn es verlangt Produktivgenossenschaften mit Staatskredit. In diesem Sinne haben die damaligen Agitatoren denn auch die Agitation in allen Orten getrieben. Die Lassallesche Agitation gipfelte in dem Gedanken, den Arbeitern etwas Greifbares zu bieten, etwa so: hier sind 100 Arbeiter — hier sind 100,000 Mk., jeder Arbeiter erhält 1000 Mk. Das sind die tiefgehenden Unterschiede zwischen Marx und Lassalle. Heute könne diese Art der Agitation und der Taktik nicht mehr in Frage kommen.

Karl Marx habe zwar die Agitation Lassalles nicht gestört, aber es abgelehnt, sich an die Spitze des allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zu stellen, wie es Lassalle Marx angeboten. Auch die Marx'sche Inauguraladresse, neben dem kommunistischen Manifest und dem Arbeiter-Programm das wichtigste Dokument der damaligen sozialistischen Bewegung, tadelt die Lassallesche Agitation nicht, aber sie macht doch Front gegen die Produktiv-Genossenschaften ꝛc. ꝛc.

Am 27. Februar 1875 sagen Marx, Engels und Liebknecht in einer öffentlichen Kundgebung dem „Sozialdemokraten" auf, weiter mitzuarbeiten. Sie erklärten, den „Regierungs-Sozialismus" Lassalles nicht mehr mitmachen zu können.

Genosse Maurenbrecher wird uns nun in seinem fünften Vortrage die weitere Entwickelung der Dinge vortragen, und zwar Freitag, den 24. Januar, Abends 8 Uhr, über das Problem der preußischen Reichsgründung sprechen. R.

Der pflichtvergessene Unternehmer.

Das Strafverfahren gegen den Kaufmann Schustan in Breslau, das eingeleitet war wegen Uebertretung der Bestimmungen über den Fortbildungsunterricht, hat jetzt zum zweiten Male das Kammergericht beschäftigt. Es wurde im zweiten Rechtsgange endgiltig zu Ungunsten des Angeklagten erledigt. In seinen beiden Betrieben beschäftigt Sch. eine Anzahl Buchhalter und Kaufmannslehrlinge. Einer der Lehrlinge, der schon etwas leisten konnte, mußte mehrmals den Fortbildungsunterricht meiden, als Anfang vorigen Jahres mehrere Buchhalter krank waren. Schustan wurde nun zur Rechenschaft gezogen, weil er dem Lehrling ohne genügenden Grund nicht die freie Zeit zum Besuche der Fortbildungsschule gewährt habe. Das Landgericht sprach dann aber S. frei und nahm an, S. hätte wegen der Krankheit der Buchhalter den Lehrling vom Unterricht in den Nachmittagsstunden zwischen 3 und 5 Uhr fernhalten dürfen. Das Urteil hob demnächst der erste Strafsenat des Kammergerichts auf. Er verwies die Sache nach Breslau zurück und führte aus, daß es keine Entschuldigung für die Schulversäumnis des Lehrlings wäre, wenn diese lediglich erfolgte, um die Einstellung anderer Arbeitskräfte an Stelle der kranken Buchhalter zu sparen. Entschuldbar wäre die Versäumnis nur, wenn die Gründe für den Nichtbesuch der Fortbildungsschule in der Person des Lehrlings lägen. — In der neuen Verhandlung vor dem Breslauer Landgericht suchte nun der Angeklagte hinter dem Einwande Deckung, daß der Lehrling infolge der Erkrankung ja an Arbeiten herangekommen sei, die er sonst nicht zu machen erhielt. So hätte die Versäumung der Schule eigentlich seiner Berufsausbildung gedient. Im übrigen hätte er seinen Betrieb schließen müssen, wenn er nicht den Lehrling in der Schulzeit hätte beschäftigen können. Das Landgericht glaubte das nicht und verurteilte diesmal den Angeklagten. Es erachtete für festgestellt, daß der Lehrling lediglich deshalb in der Schulzeit beschäftigt worden sei, um einen der erkrankten Buchhalter zu ersetzen. Das sei nach dem Urteil des Kammergerichts unstatthaft.

Schustan focht das Urteil durch die Revision an. Das Kammergericht verwarf das Rechtsmittel und erklärte, es sei jetzt ohne Rechtsirrtum festgestellt, daß Angeklagter den Lehrling schuldhafter Weise nicht zum Unterricht schickte.

Dieses Schlußurteil dürfte für die „Schlesische Zeitung" und deren Kumpane Grund genug sein, abermals ein großes Geschreie anzuheben und sich in Leitartikeln darin zu erschöpfen, das Kammergericht der Unzuverlässigkeit zu beschuldigen. Die „Staatsmänner" der „Schlesischen Zeitung" werden sich aber damit trösten müssen, daß sie und ihre höchst werte Meinung nicht allein in der Welt existiert und maßgebend ist.

* **Zur Beachtung empfohlen!** Eine beachtenswerte Dienstanweisung für die Polizeibeamten, die in manchen Punkten auch von großstädtischen Polizeibehörden noch mit Erfolg studiert werden kann, hat kürzlich der Bürgermeister Goldau in Züllichau erlassen. Es heißt darin:

Die Polizeibeamten sollen gegen das Publikum höflich und zuvorkommend auftreten und sich jeder Belästigung desselben durch Kleinlichkeit, unnötige Strenge oder durch Einmischung in Angelegenheiten, die den Dienst nicht berühren, grundsätzlich enthalten. Die Polizeibeamten sollen sich bei allen Gelegenheiten klar machen, daß sie zum Schutz des Publikums berufen sind; sie sollen ihre Tüchtigkeit nicht durch Erstattung vieler Anzeigen von Uebertretungen beweisen, sondern dadurch, daß sie das Publikum möglichst vor solchen warnen und davon zurückhalten. Sie werden immer richtig handeln und sich die Achtung des Publikums erwerben, wenn sie diesen Grundsatz zur Richtschnur ihres Verhaltens machen. Der Polizeibeamte soll stets die Frage prüfen, ob Mangel an gutem Willen oder aber eine verzeihliche Außerachtlassung bestehender Vorschriften vorliegt. Namentlich da, wo es sich um geringfügige Uebertretungen handelt und ein Schaden hierdurch nicht entstanden ist, wird

---

ein dritter Zug, der aus Pavia anlangte, von der anderen Seite auf den Personenzug, der also von zwei Zügen eingerammt wurde. Die Wirkungen dieser doppelten Karambolage waren furchtbar. Neun Tote und dreißig Verwundete wurden aus den Trümmern gezogen. In dem Rom-Expreß befanden sich zwölf Senatoren, die sämtlich der Wiedereröffnung des Nasi-Prozesses beiwohnen wollten. Der Prozeß wird wahrscheinlich wegen Nichteintreffens der Senatoren verschoben werden. Auch der Minister Carcano und eine Reihe politischer Persönlichkeiten saßen in dem Zuge. Doch ist niemand von ihnen verletzt worden. Unter den Verwundeten befindet sich eine deutsche Dame namens Moser, die in Como ansässig war.

Noch ein Eisenbahnunglück. Auch in Deutschland hat sich am Dienstag Vormittag ein Eisenbahnunglück ereignet, das glücklicherweise glimpflicher verlief. Eine amtliche Meldung aus Hanau besagt:

Heute Vormittag 5 Uhr 35 Min. ist der Personenzug 456 von Erbach bei der Einfahrt in Gleis 3 auf eine auf diesem Gleis haltende Maschine mit Packwagen aufgefahren. Die Maschine und der Packwagen entgleisten und wurden stark beschädigt. Elf Reisende und drei Bedienstete wurden leicht verletzt. Am schwersten verletzt sind der Zugführer Ruprecht, der Lokomotivführer Hoffmann, der Heizer Hill und der Passagier Sterkel aus Selbersstadt.

20,000 Mark unterschlagen. Einem Telegramm aus Essen zufolge wurde dort wegen umfangreicher Unterschlagungen der bisherige Prokurist Franz Lammen von der seit einiger Zeit infolge Zahlungsschwierigkeiten in Liquidation befindlichen Bankfirma Theodor Fröchte G. m. b. H. verhaftet. Die Höhe der unterschlagenen Summe ist noch nicht festgestellt, dürfte sich aber auf etwa 20,000 Mark belaufen.

Rätselhafter Tod eines Zwillingspaares. Eine furchtbare Ueberraschung wurde der Ehefrau des Fahrers Schrody aus Rixdorf zuteil. Als sie an das Bett ihres vier Monate alten Zwillingsmädchens herantrat, fand sie beide Kinder zu ihrem Entsetzen tot vor. Ein sofort hinzugerufener Arzt vermochte die Todesursache nicht festzustellen. Die Polizei hat die Leichen beschlagnahmt.

Folgen einer schweren Ehrenrung. Zwischen zwei bayerischen Offizieren der Metzer Garnison, einem Major und einem Hauptmann, hat ein Pistolenduell, angeblich wegen einer schweren Ehrenrung eines der Beteiligten, stattgefunden. Einer der Offiziere soll seinem Verletzungen erlegen sein.

Zweimal zum Tode verurteilt! Das Schwurgericht in Moulins verhandelte Dienstag gegen den Ackerknecht Thouvenin, der am 11. Dezember v. J. den 63jährigen Ackerer Donner und dessen 87jährige Mutter ermordete und beraubte. Die Geschworenen sprachen Thouvenin des doppelten Raubmordes schuldig und das Gericht verurteilte ihn zweimal zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Der Angeklagte nahm den Spruch der Geschworenen in Anwesenheit seiner alten Mutter, die die Aussage verweigert hatte, mit der Aeußerung auf: „Wenn man so gefährliche Eltern erhalt hat, muß man so leben!"

Das Giftfrühstück im Schloß. Auf Schloß Abbatiale in der Normandie ist ein Vergiftungsversuch gegen die Besitzerin Madame Hebert und einen Teil ihrer Erben unternommen worden, die sich zu einem Familienrat im Schlosse zusammengefunden hatten. Bei zwei Mahlzeiten war das Fleisch mit Strychnin bestreut; nur der bittere Geschmack, der beim Kosten auffiel, hat vierzehn Personen das Leben gerettet. Der Verdacht richtet sich gegen einen Feldhüter, der lange Jahre die Vertrauensperson der Schloßherrin war und vor einiger Zeit aus dem Dienst entfernt wurde. Er wurde von einem Besitzer der Umgegend wieder angestellt, der gleichfalls ein Erbe der Madame Hebert ist, aber an dem Giftfrühstück nicht teilnahm.

Eine ganze Familie verbrannt. In Waterfonmaß Fifeshire (England), verbrannte am Freitag eine ganze Familie. In dem Hause eines Mannes, namens Clark, wurde eine Erdöllampe umgeworfen. In dem entstehenden Brande verunglückten Clark, seine Frau, zwei Söhne und eine Tochter. Clark kam dadurch ums Leben, daß er den heldenhaften Versuch machte, seine schlafenden Söhne zu retten. Er stürzte durch die Flammen in das Haus und hatte mit jeder Hand einen der Knaben ergriffen, als er vom Rauche überwältigt wurde. Die Frau wurde ebenfalls ein Opfer der Elternliebe. Sie versuchte, ihr Töchterchen zu retten, und die Flammen schnitten ihr den Rückweg ab. Als das Feuer gelöscht worden war, fand man den Vater mit den beiden Söhnen und die Mutter mit dem Töchterchen im Arme vor.

Ueber alles die Pflicht. Ein Fall seltener und rührender Pflichttreue ereignete sich, nach einer Meldung aus London, auf der Great Northern-Linie, nahe Peterborough. Der Weichenstellerin Edward Woods fühlte sich plötzlich, nachdem er gerade einen Güterzug hatte passieren lassen und diese Tatsache in sein Buch eingetragen hatte, von schwerem Unwohlsein ergriffen. Woods raffte die letzte Kraft zusammen, stellte alle Signale auf Gefahr und starb dann. Der Führer des ersten durch das Signal aufgehaltenen Zuges fand Woods tot neben der Signalstange.

Bei einem Brande umgekommen. Aus Santiago de Chile wird gemeldet: In Temuco kamen bei einem Brande, durch den dreißig Häuser zerstört wurden, drei Personen ums Leben, mehrere wurden verletzt.

Lebensrettung mittels drahtloser Telegraphie. Aus Newyork wird berichtet: Ein junger Mann, der sich dem Trunke ergeben hatte und selbst außerordentlich unter diesem Laster litt, ohne seinem jedoch Herr werden zu können, hatte sich entschlossen, eine weite Reise zu machen. Am Tage seiner Abfahrt empfing einer seiner Freunde einen Abschiedsbrief von ihm. Darin sagte der junge Reisende namens Alden, daß er, in Verzweiflung über sich selbst, die Reise nur als einen Vorwand benutze und entweder über Bord springen werde oder sich vergiften wolle. Der Brief enthielt im übrigen genaue Mitteilungen über Namen und Abfahrtszeit des Dampfers. Der Selbstmörder hatte aber seinen Entschluß ohne Berücksichtigung der „Drahtlosen" gemacht. Sein Freund stürzte auf das nächste Telegraphenamt und benachrichtigte den Kapitän von dem Vorhaben seines Fahrgastes. Der Kapitän eilte nach Empfang der Nachricht sofort in die Kabine des Selbstmörders, deren Tür er verschlossen fand. Er schaffte sich mit Gewalt Eingang und kam gerade noch rechtzeitig, den jungen Mann von einem Vorhaben abzubringen.

Staatserhaltende Stiftung. Eine Stiftung, die einen parteipolitischen Beigeschmack besitzt, hat die Zustimmung des Berliner Magistrats gefunden. Frau Ida Bodien, geb. Bruschke, hat zur Errichtung einer „Gotthard und Ida Bodien-Stiftung" für wohltätige Zwecke der Stadt Berlin 30,000 Mark vermacht. Aus den Zinsen sollen alljährlich an dem Geburtstag des Ehemanns 25 hilfsbedürftige Handwerker oder kleine pensionierte Beamte, die das 50. Lebensjahr überschritten haben, und am Geburtstage der Erblasserin 25 Frauen oder Mädchen gespeist werden. Das Couvert soll nicht mehr als 3 Mark kosten. Außerdem soll eine halbe Flasche Wein verabfolgt werden. Der Wirt, bei dem die Speisung erfolgt, darf aber kein „Umsturzler" sein. Die Speisung soll stets mit einer entsprechenden Ansprache eines vom Magistrat designierten Beamten eingeleitet werden. — Hoffentlich befindet sich unter den „Glücklichen" nicht ein verkappter Sozialdemokrat, denn sonst würde sich die Stifterin noch im Grabe umdrehen und sie würde am Tage des jüngsten Gerichts Beweise dafür bringen müssen, daß nicht durch ihre Schuld sich Umsturzler einmal sattgegessen hätten.

Kleine Chronik. Ein furchtbares Familiendrama hat sich im Hause Oderbergerstraße 17 in Berlin ereignet: Die Frau des Postschaffners Schracker hat ihre beiden Kinder und sich selbst erhängt. Eheliche Zwistigkeiten sollen die Nerven der Unseligen zerrüttet haben. — Der Kassierer Julius Michel, der vor einem Vierteljahr dem Weinhaus „Rheinwald" in Berlin 38,000 Mark unterschlug und mit dem Telephonisten Reiche im Automobil das Weite suchte, ist auf der Flucht gestorben. — Eine gewaltige Feuersbrunst hat in Newcastle in Australien ein ganzes Häuserviertel zerstört. Auch ein großes Warenhaus und die Kunstschule sind niedergebrannt. Der Schaden wird auf etwa vier Millionen Mark geschätzt. — Die starke Hitze in Australien, über die wir bereits berichtet haben, hält an. Ein Telegramm aus Melbourne meldet, daß zahlreiche Fälle von Hitzschlag vorgekommen sind. In Victoria nahmen 82 Fälle von Hitzschlag einen tödlichen Ausgang.

häufig ein Hinweis auf die Strafbarkeit der Handlung oder Unterlassung genügen. Wenn aber ein nachdrückliches Einschreiten des Beamten erforderlich wird, so darf sein Benehmen bei aller Entschiedenheit niemals anmaßend, schroff oder verletzend werden. Unter allen Umständen muß der Beamte sich aller Redensarten enthalten, da hierdurch nur Widerreden und Weiterungen hervorgerufen werden. Körperlicher Zwang ist nur im Falle dringender Notwendigkeit und dann nur schonend und mit Mäßigkeit anzuwenden. Namentlich bei der Behandlung betrunkener und weiblicher Personen ist die größte Vorsicht geboten. Erfahrungsgemäß folgt das Publikum den polizeilichen Anordnungen bereitwilliger, je höflicher, ruhiger und maßvoller der Polizeibeamte auftritt, denn Energie ist keineswegs gleichbedeutend mit Grobheit und Härte. In zuvorkommender und höflicher Erteilung sachgemäßer Auskunft an das Publikum soll der Polizeibeamte ein vornehmes Mittel sehen, den guten Ruf seines Standes auch über die Grenzen der Stadt hinaus zu befestigen und zu fördern. Wenn der Polizeibeamte sich dann stets Hilfsbereitschaft, namentlich Frauen, Kindern, Gebrechlichen und verunglückten Personen gegenüber befleißigt, wird er sich dadurch das Entgegenkommen der Bürgerschaft für solche Lagen sichern, in denen eine Unterstützung ihm nur willkommen sein kann.

Dergleichen vernünftige Mahnungen sind schon öfter ergangen, werden aber immer noch zu wenig befolgt. Deshalb wollen auch wir ihnen die verdiente Verbreitung geben. Auch für die Behandlung von Straßendemonstranten findet sich darin mancher beherzigenswerte Satz.

* **Streit in der Tischler-Innung.** Die am Montag abgehaltene Quartalsversammlung hatte einen erregten Verlauf. Wieder war es Herr Martin Kimbel, dessen Angelegenheiten die Versammlung stundenlang beschäftigten. Die Herren Kimbel und Großkopf stellten den Antrag, die statutarische Bestimmung, wonach die Mitglieder des Vorstandes von allen Beiträgen für die Innung, Kranken- und Witwenkasse befreit sind, aufzuheben und zu beschließen, daß dieselben wie alle anderen Innungsmitglieder Beiträge zu entrichten haben. Herr Kimbel begründete den Antrag mit der schlechten Finanzlage der Innung; die Beiträge selbst, meinte er, sind noch das Wenigste, wenn ein Vorstandsmitglied aber krank wird oder stirbt, dann muß er dieselben Bezüge erhalten, wie alle anderen Mitglieder, und das würde Hunderte von Mark kosten. Herr Großkopf schloß sich dieser Ansicht an, auch er vertrat den Standpunkt, daß der Vorstand, der für seine Bemühungen Entschädigung erhalte, von Beiträgen nicht befreit sein sollte. Es entspann sich darüber eine sehr lange Debatte, in der zum Ausdruck kam, daß man eine Bestimmung, die schon zwanzig Jahre bestehe, nicht ohne weiteres aufheben könne, die Arbeitslast des Vorstandes sei eine sehr große, und wenn man ihn jetzt noch zwingen würde, Beiträge zu zahlen, so werde sich später niemand finden, im Vorstand ein Amt anzunehmen. Der Jahresbeitrag für ein Mitglied beläuft sich auf etwa 20 Mark, für die 6 Vorstandsmitglieder also gegen 120 Mark. Als die Antragsteller merkten, daß der Antrag keine Aussicht auf Erfolg haben werde, nahmen sie denselben zurück. Waren die Gemüter bei dieser Gelegenheit schon etwas erregt, so steigerte sich die Hitze bei dem Antrage des Vorstandes auf Ausschluß des Mitgliedes Martin Kimbel aus der Innung. Schon im Juni v. J. hatte die Innung mit allen gegen 4 Stimmen den Ausschluß beschlossen, weil Kimbel fortwährend bei der Behörde den Vorstand verdächtigte, insbesondere den Obermeister Florian, daß dieser Vertrauensmann der sozialdemokratischen Partei sei usw. Der Magistrat hatte jedoch den Beschluß für ungültig erklärt, weil er aus der Mitte der Versammlung und nicht vom Vorstand ausging. Neuerdings hat Herr Kimbel wiederum einen Geniestreich ausgeführt, indem er in einer Versammlung einer anderen Innung behauptete, er sei von der Aufsichtsbehörde beauftragt, die Oberaufsicht über die Tischlerinnung zu führen, was ihm ja nur in seiner Einbildung vorschwebt. Die Herren Großkopf und Mühlbach traten energisch für ihren Freund ein und Kimbel selbst hielt den Ausschluß für unzulässig, erst müsse eine Kommission prüfen, wie die Sache stehe, ehe man ihn ausschließen könne. Die Wogen gingen sehr hoch, es wurden ihm Dinge gesagt, die sich ein anderer nicht sagen lassen würde, Herrn Kimbel rührte das alles nicht. „Ich bleibe hier und weiche nicht", das ist sein Trotz. Nach endloser Debatte beschloß die Versammlung, demnächst eine außerordentliche Versammlung einzuberufen mit der Tagesordnung „Der Ausschluß Kimbel". Da soll ihm Gelegenheit gegeben werden, sich zu verteidigen. Das wird ja eine Komödie für Götter abgeben. Herr Florian gab sodann einen kurzen Rückblick auf die Tätigkeit der Innung im Jahre 1907. Von Interesse ist der Rückgang der Lehrlinge; im ganzen sind pro 1907 74 Lehrlinge in die Innung aufgenommen worden, bedeutend weniger als im Vorjahre. Herr Florian befürchtet, daß in diesem Jahre die Abnahme noch größer sein wird. Er glaubt, dies der Einwirkung des obligatorischen Fortbildungsschulzwanges und dem Umstande zuschreiben zu müssen, daß der Meister garnicht mehr der Herr des Lehrlings sei, der Lehrling wisse, daß er zu anderen Arbeiten als für den Beruf nicht verwendet werden dürfe, und daher sei es soweit, daß der Meister neben dem Lehrling noch einen Haushälter brauche, den aber nicht jeder Meister sich leisten könne, soviel bringe das Geschäft nicht ein. Dazu komme noch der Druck von anderer Seite, daß der Lehrling nur als Ausbeutungsobjekt betrachtet würde. Die Meister verzichteten da lieber auf die Einstellung von Lehrlingen. (Wir denken darüber anders, doch im Rahmen eines Berichts lassen sich die Gegengründe nicht erörtern.) Die Innungskasse hat Bestand 1907 von 12,758.50 Mk., die Innungskrankenkasse einen solchen von 3035.40 Mk. und die Witwenkasse von 1702.18 Mk. Dem Vorstand wurde Entlastung erteilt. Aufgenommen wurden in diesem Quartal neun Lehrlinge und 16 als Gesellen freigesprochen. Zum Schluß wurde eine Resolution gefaßt, in der dem ausscheidenden Obermeister Florian das volle Vertrauen ausgesprochen wird. Es wird ferner anerkannt, daß er stets durch regen Fleiß und selbstlose Hingabe bestrebt war, die Interessen der Innung nach allen Richtungen hin zu fördern, wofür ihm die Innung Dank schulde. Um so mehr sei es zu bedauern, daß es Mitglieder gegeben habe, die ihn bei den Behörden und in der Oeffentlichkeit zu mißkreditieren suchten.

* **Unzuständigkeit des Gewerbegerichts.** Wir brachten kürzlich den Streitfall zwischen dem Monteur Häsler und der Firma Schott (Heizungsanlagen). Häsler war beauftragt, im Wenzel Hancke'schen Krankenhause die Heizungsanlage für den Pauschalpreis von 600 Mk. herzustellen und betriebsfertig zu übergeben. Er hat für die Arbeit 590 Mk. erhalten, sie aber nicht ganz fertig gemacht, doch erhob er eine Forderung von 71 Mk., weil er Nebenarbeiten ausgeführt, die außer dem Vertrage standen — die Firma hatte eine Gegenforderung von 77 Mk. erhoben. Dieser Prozeß nahm eine überraschende Wendung; das Gewerbegericht erklärte sich zur Entscheidung für unzuständig. Es stellte sich auf den Standpunkt, daß Kläger im vorliegenden Falle nicht gewerblicher Arbeiter, sondern Unternehmer war, er habe ein Werk selbständig vertraglich unternommen und er habe auch das Recht gehabt, nach seinem Belieben Leute zu seiner Hilfe anzustellen.

Mit dieser Entschiedenheit können wir uns denn doch nicht ganz einverstanden erklären; als selbständiger Gewerbetreibender war der Mann durchaus nicht zu betrachten, denn er stand doch in einer gewissen Abhängigkeit zur Firma. In logischer Konsequenz müßte jeder Putzer, dem der Abputz eines Hauses vertraglich übertragen wird, der sich seine Leute aussuchen kann, wie er will, auch als Unternehmer gelten, in ständiger Rechtsprechung sind die Akkordputzer aber als gewerbliche Arbeiter angesehen worden. Unternehmer ist jemand erst dann, wenn er ein Gewerbe selbständig betreibt und Arbeiter beschäftigt. Das ist bei dem Kläger nicht der Fall. Heut aber nimmt er einen größeren Auftrag und morgen arbeitet er vielleicht in der Werkstatt. Wir halten es deshalb für wahrscheinlich, daß das Amtsgericht die Streitsache an das Gewerbegericht zurückverweisen wird.

* **Für die Neu- und Umpflasterung** schon gepflasterter Straßen sollen im Jahre 1908 581,400 Mk. aufgewendet werden, von denen 101,100 Mark die Breslauer Straßeneisenbahn-Gesellschaft zu tragen hat, während 480,300 Mk. auf die Stadt entfallen. Es sollen gepflastert werden durch Umlegung des Asphaltbelags auf vorhandener Betonbettung: die Ohlauerstraße vom Christophoriplatz bis zur Taschenstraße (9500 Mk.), die Poststraße (12,000 Mk.), die Zwingerstraße vom Zwingerplatz bis zur Taschenstraße (12,500 Mk.), wobei die Gleise für die städtische Straßenbahn nach dem Christophoriplatz eingebaut werden sollen, die Gartenstraße von der Neuen Schweidnitzerstraße bis zum Sonnenplatz einschließlich der Kreuzung der Neuen Schweidnitzerstraße mit Hartholz (83,000 Mk.), die Westseite der Schmiedebrücke einschließlich der Kreuzung Albrechtstraße mit Hartholz und der Universitätsplatz (28,100 Mk.), mit Asphalt auf Beton die Lehmgrubenstraße von Bohrauer- bis Malteserstraße (56,000 Mk.), mit Granitsteinen auf Beton und mit Fugenverguß die Augustastraße von der Kaiser Wilhelmstraße bis zur Körnerstraße (45,000 Mk.), die Brüderstraße von Sadowa- bis Flurstraße (104,000 Mk.), die Hubenstraße von Lehmgruben- bis Arletiusstraße (61,000 Mk.), die Münzstraße von der Breitestraße bis zur Markthalle (22,400 Mk.), die Vincenzstraße von Nr. 43 bis Elbingstraße (37,000 Mk.), die Westseite des Ringes ausschließlich der Kreuzungen (83,200 Mark); mit Granitsteinen auf Sand die Karuthstraße (21,200 Mk.), und endlich auch die Luisenstraße (51,600 Mark.) Von diesen Projekten wird selbst eine noch so sparsame Stadtverordneten-Versammlung nichts abstreichen können.

* **Drei Solo-Piecen,** ein Piston-Solo, ein Violoncello-Solo und ein solches für Klarinette, sollen auf dem nächsten, am Sonntag, den 26. Januar, stattfindenden, vom Sozialdemokratischen Verein arrangierten Volks-Konzert neben anderen Piecen zur Aufführung kommen. Das aus Mitgliedern der hiesigen Theaterkapelle bestehende 42 Mann starke Orchester unter der bewährten Leitung des Herrn Rüster gibt auch diesmal wieder die Gewähr, daß etwas Gutes geboten wird. Billets zum Preise von 40 Pf. sind an den bekannten Stellen zu haben.

* **Vom Kampf gegen die Spielautomaten.** Ein Gastwirt war wegen strafbaren Eigennutzes vom Breslauer Schöffengericht zu 10 Mark Geldstrafe verurteilt worden, weil das Gericht in der Aufstellung eines der bekannten Automaten, an dem man gegen Einwurf eines Fünfpfennigstücks eine Biermarke gewinnen kann, eine Ausspielung nach § 286 Str.-G.-B. erblickte. Auf seine Berufung hat sich jetzt die erste Strafkammer mit der Angelegenheit beschäftigt. Diese hat auf Freisprechung erkannt, da nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme die Annahme gerechtfertigt erschien, daß die Erzielung eines Gewinnes an dem fraglichen Automaten nicht bloß vom Zufall, sondern im wesentlichen von der Geschicklichkeit abhängt. Es handelte sich in diesem Falle um den Automaten „Geldbriefträger" und ist aus der vorliegenden Entscheidung noch nicht zu folgern, daß auch andere ähnliche Automaten in Restaurationen straflos aufgestellt werden dürfen. Hierüber können erst weitere Verhandlungen, die in der nächsten Zeit stattfinden werden, Klarheit schaffen. Auch besteht noch die Möglichkeit, daß der Staatsanwalt gegen das jetzt vorliegende Urteil Revision einlegt.

* **An der schönen blauen Donau,** so lautet der Titel des von dem Humboldtverein Donnerstag, den 23. d. M., 8 Uhr, im großen Konzerthaussaale veranstalteten Abends, an dem ein sogenanntes französisches Orchester, aus Mitgliedern des bekannten Philharmonischen Orchesters gebildet, sowie die gesamte Gesangs-Akademie des Herrn Direktor Theodor Paul mitwirkt. Dieselbe wird Soli, Duette und Chöre zu Gehör bringen, u. a. auch die Szenen aus der „Fledermaus", die am Strauß-Abend so großen Beifall fanden. Eintrittskarten zu 20 Pf. sind in den auf den Plakaten bezeichneten Handlungen für jedermann zu haben; Kassenpreis 30 Pf.

* **Fundsachen-Versteigerung.** Die Verlierer von Gegenständen aus dem Jahre 1906 und bis zum 28. Februar 1907 werden aufgefordert, ihre etwaigen Eigentumsrechte innerhalb der vom 14. Januar ab auf 6 Wochen festgesetzten Frist im Fundbureau des Polizei-Präsidiums geltend zu machen. Alle nicht abgeholten Sachen werden am 29. Februar, Vormittags von 9 Uhr ab, im Zimmer 2 des Polizeipräsidiums versteigert. Der Versteigerungserlös wird nach Abzug der Unkosten der Stadtkasse Breslau überwiesen.

* **Verloren** wurden am Sonnabend, den 18. Januar, auf dem Wege von der Posenerstraße nach der Berlinerstraße über den Striegauerplatz ein Notizbuch, 6 Programme zum Volkskonzert am 26. d. Mts. und eine Karte für die Maurenbrecher-Vorträge. Der Finder wird gebeten, diese Sachen im Partei-Sekretariat, Neue Graupenstraße 5, II., abzugeben.

† **Unfall.** Der 38 Jahre alte Stellmacher Max Böhm aus dem Kreise Trebnitz kam auf dem Bahnhof Trachenberg beim Ausgleiten auf einer Schiene zu Fall und erlitt einen Bruch des linken Unterschenkels. Er fand im Krankenhaus der barmherzigen Brüder Aufnahme, woselbst er am 19. d. M. verstorben ist.

† **Vermißt** wird seit dem 20. d. M. die 71 Jahre alte Rentiere Johanna Grunwald, welcher Berliner Chaussee 83 bei ihrem Schwiegersohn, dem Restaurateur Weise, gewohnt hat. Die altersschwache Dame dürfte ziellos umherirren.

† **Feuer.** In dem Klosetraum einer Wohnung auf der Körnerstraße gingen infolge unvorsichtigen Umgangs mit Licht Sägespäne in Flammen auf, so daß ein Teil des Klosets in Brand geriet. Gelöscht war vor Ankunft der Feuerwehr.

† **Diebstähle.** In der Nacht zum 19. d. M. wurde in einem Bäckerladen auf der Kirchstraße ein Einbruch verübt. Dem Dieb fielen 5 Mk. und eine viereckige Weckeruhr in die Hände. — Aus einer Bodenkammer auf der Zehnerstraße wurde ein Unterbett gestohlen. — Einer Arbeiterfrau von der Seydlitzstraße wurden ein Paar lange Stiefeln, ein Paar roßlederne Halbstiefeln und ein Paar Schnürschuhe gestohlen. — Ein 7 Jahre altes Mädchen hatte von seiner Mutter 1.20 Mk. erhalten, um in einem Konsumlager Einkäufe zu besorgen. Da der Laden sehr voll war, blieb das Kind im Hintergrund stehen. Hier wurde es von einem 10—11 Jahre alten Mädchen angesprochen, welches sich das Geld geben ließ, um den Einkauf zu besorgen. Das Mädchen tat auch so, als machte es eine Bestellung, dann lief es plötzlich aus dem Laden und verschwand. Die Diebin war mit einem gelben Kragen bekleidet und trug einen gelben Karton bei sich. — Aus einem Schaukasten wurden nach Zerschneiden der Seitenwand Lampen, Sparbänke, Taschentoiletten und Damenledertaschen gestohlen.

Aus Schlesien und Posen.

Von der Allmacht des Gutsbesitzers.

Einen lehrreichen Beitrag zu den Quälereien, die reiche und „vornehme" Gutsherrn an ihren Arbeitern verüben, bietet folgender Fall:

Zu einer Geldstrafe von 10 Mark war vom Schöffengericht der verheiratete Waldwärter Paul Bolha, verurteilt worden, weil er in seiner Stellung als Waldwärter bei Herrn Quehl in Gustau verschiedenen Anordnungen desselben nicht nachgekommen. Der Angeklagte war deshalb am 23. Oktober vorigen Jahres von Herrn Quehl, bei dem er seit dem 1. Oktober als Waldwärter zur Anlage von Kulturen und Anpflanzungen im Walde gegen ein bares Gehalt von 300 Mark jährlich und ein größeres Deputat engagiert war, entlassen worden. Außerdem stellte Herr Quehl Strafantrag auf Grund des Gesetzes von 1854 bei dem stellvertretenden Amtsvorsteher, Grafen Schlabrendorf in Seppau; und letzterer erließ einen Strafantrag gegen Bolha auf 10 Mark, welchen, wie erwähnt, das Schöffengericht zu Glogau auf Grund der Aussage des Herrn Quehl bestätigte, indem es hartnäckigen Ungehorsam des Bolha als erwiesen annahm. Zur Rechtfertigung seiner Berufung vor der Strafkammer führte der Angeklagte aus: Er sei an dem fraglichen Tage früh 5 Uhr nüchtern, ohne etwas zu essen und zu trinken, an die Arbeit gegangen und habe unausgesetzt bis 8 Uhr Morgens im Walde mit Kulturarbeiten und Anpflanzungen sich beschäftigt. Er habe sich dazu ein Messer von der Arbeiterfrau Schöpe geborgt gehabt und wollte es ihr im Walde, wo sie nur wenige Schritte entfernt von ihm stand, wiedergeben. Dem widersprach zwar Herr Quehl, da aber die Abgabe dieses Messers kaum eine Sekunde Zeitaufwand verursachte, so habe er es doch der Frau Schöpe zurückgegeben, dadurch aber nicht den geringsten Aufenthalt in der Arbeit herbeigeführt. Aehnlich verhalte es sich mit einem Stock, den er während seiner Arbeit in der Nähe in die Erde gesteckt habe und schnell herausnahm, um ihn auf einen Baum aufzuhängen, was ebenfalls nicht den geringsten Aufenthalt in der Arbeit verursacht habe, während Herr Quehl dem widersprach. Er habe während seiner Stellung in Gustau stets um 8 Uhr Frühstück gemacht und habe auch damals nicht länger mit dem Frühstück warten können, da er seit früh 5 Uhr auf und vollständig nüchtern gewesen sei, während Herr Quel verlangte, er sollte die Arbeit nicht unterbrechen und später frühstücken, da eine Frühstückszeit für ihn nicht festgesetzt sei. Da er aber hungrig, ging er seiner Frau, die ihm das Frühstück hinausbrachte entgegen und habe nach vollendetem Frühstück nach etwa einer Viertelstunde mit seiner Frau die Anpflanzungen wieder aufgenommen. Dadurch habe er sich nicht strafbar gemacht. Herr Quehl bekundete, daß seine Anordnungen wiederholt von Bolha nicht befolgt worden, sowohl in den angegebenen Fällen, als auch sonst bei den ihm aufgegebenen Meldungen bezüglich seiner Arbeiten am folgenden Tage, und daß er sich überhaupt ihm gegenüber nicht seiner untergeordneten Stellung gemäß benommen habe. Die Arbeiterfrau Schöpe bekundete als Zeugin, daß sie dem Bolha das Messer geborgt, und es von ihm mit den Worten: „Das Messer habe ich von der Frau Schöps geborgt, das gebe ich ihr wieder zurück", erhalten habe, während sie ganz nahe neben Bolha und Herrn Quehl im Walde gestanden, und daß dieser ganze Vorgang kaum eine Minute gedauert hätte. Seitens der Verteidigung wurde betont, daß Bolha nicht unter das Gesinde gehöre, auf welches allein das Gesetz von 1854 Anwendung finde, da Bolha nicht gewöhnliche Handarbeiten, sondern als gelernter Gärtner technische Fertigkeiten auszuüben hätte; daß außerdem, entgegen dem Gesetz, der Strafantrag des Herrn Quehl erst nach der von diesem ausgesprochenen Entlassung des Angeklagten bei dem zuständigen Amtsvorsteher, also verspätet eingegangen sei. Die Strafkammer bestätigte trotzdem, dem „Niederschles. Anzeiger" zufolge, das erste Urteil, indem es annahm, daß hartnäckiger Ungehorsam vorliege, der Strafantrag des Herrn Quehl rechtzeitig gestellt sei, weil derselbe von Herrn Quehl vor der Entlassung gemacht, wenn auch später an den zuständigen Amtsvorsteher gelangt sei, und daß das Gesetz von 1854 auf den Angeklagten, wenn man ihn auch nicht gerade zum Gesinde rechnen könne, doch Anwendung finde.

Selbst bürgerliche Blätter entrüsten sich über dieses Urteil und verlangen eine Abänderung der Gesetzgebung. Ganz richtig. Aber solange das Dreiklassenparlament existiert, ist daran nicht zu denken. Uebrigens erscheint uns auch in diesem Falle das Urteil keineswegs einwandsfrei. Indem das Gericht sich auf den Standpunkt der unmöglichen Gesindeordnung stellte, wandelte es in den längst als überholt erkannten Bahnen. Wenn aber einmal eine bestimmte Berufstätigkeit bei dem Waldwärter festgestellt werden sollte, so war es die als Gärtner und nicht als „Gesinde", trotzdem auch letzteres Anspruch auf anständige Behandlung machen kann. Diese scheint indes bei dem Quehl nicht in Betracht zu kommen. Das ländliche Idyll bei Quehl wird wohl nicht viel Verlockendes bieten, besser wäre es deshalb auch, die Arbeiter ließen ihn ungeschoren.

Ohlau, 16. Januar. **Protest gegen die Banderolesteuer.** Am 13. Januar, Abends 8 Uhr, fand im Gasthaus „Zur Stadt Oels" eine öffentliche Tabakarbeiter- und -Interessenten-Versammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Die Banderolesteuer und ihr Schaden. 2. Diskussion. Nachdem die Versammlung eröffnet war, erteilte der Vorsitzende dem Referenten, Kollegen Bänsch-Striegau, das Wort. Redner geißelte in seinem dreiviertelstündigen Referat die bevorstehende Banderolesteuer. Die Tabakarbeiter, welche schon durch den Zolltarif ihre Lebensmittel so teuer wie möglich bezahlen müssen, werden durch die Steuer den Hungerriemen noch enger schnallen müssen. Not und Elend wird über viele Familien hereinbrechen. Tausende von Tabakarbeitern werden durch die Steuer arbeitslos. Redner streifte in seinem weiteren Vortrage die Banderolesteuer für Zigaretten und wies nach, welchen Schaden dieselbe angerichtet hat. Des weiteren forderte der Referent die Anwesenden auf, energisch Protest zu erheben, damit die Regierung ein für allemal den Tabak in Ruhe läßt. Nachdem noch der Referent die Anwesenden aufforderte, sich zu organisieren und zu agitieren, wurde eine entsprechende Resolution angenommen.

Brieg, 21. Januar. **Achtung, Wandschmuck-Ausstellung!** Sonntag, den 19. Januar, Vormittags 11 Uhr, ist im Etablissement „Zum Weinberg" die Wandschmuck-Ausstellung des Dürer-Bundes eröffnet worden. Dieselbe ist geöffnet von 5 Uhr Nachmittags bis Abends 8 Uhr und bietet eine große Auswahl hervorragender Bilder von ersten Künstlern. Zur Deckung der Unkosten werden 10 Pf. Eintritt erhoben. Keiner versäume, sich diese Ausstellung anzusehen.

Liegnitz, 20. Januar. **Der unbelehrbare Herr Schneider.** Der Pianofortefabrikant Schneider sendet uns zur Abwechselung wieder einmal eine Berichtigung, deren wichtigsten Teile wir hier wiedergeben wollen:

„Meine Behauptungen in der Nummer vom 25. Dezember halte ich voll und ganz aufrecht.

Was Herrn Gauvorsteher Dietrich betrifft, so hatte er mich gefragt, was wohl nach meiner Ansicht ein Tischler verdienen müsse. Hierauf antwortete ich, daß ein Tischler zum mindesten 20 Mark pro Woche verdienen müsse und könne; es handelte sich also um einen Mindestlohn, der einen weit höheren Lohn für besonders fleißige und namentlich geschickte Arbeiter natürlich nicht ausschloß.

Da von den 11 Tischlern mir 8 gekündigt hatten ohne jeden Grund, wäre es Pflicht dieser 8 gewesen, ihre Kündigung zurückzuziehen, womit die Sache zu Ende gewesen wäre; auch die anderen 3 würde ich nach acht Tagen wieder eingestellt haben. Wozu also der Gauleiter?

Einige der Tischler hatten im Herbst behauptet und auch bewiesen, daß die Löhne bei mir für Kasten- und Umbaumacher wesentlich höher seien als in den anderen hiesigen Fabriken, welche unter denselben Verhältnissen arbeiten wie ich. Wenn diese Löhne einigermaßen übereinstimmend gemacht [illegible]

den, wie ich es meinen früheren Arbeitern schon vorgeschlagen habe, bin ich auch jetzt noch bereit, Frieden zu schließen.

Nachdem mich sogar teilweise zu hohe Löhne nicht vor einem Streik geschützt haben, darf niemand mehr von mir verlangen, daß ich die zu hohen Löhne für Rasten- und Umbaumacher noch länger beibehalte.

Ich will keine niedrigeren Löhne als andere Fabrikanten, aber auch keine erheblich höheren zahlen; dies ist die einzige Bedingung, die ich für den Frieden stelle. Die Arbeitsordnung, welche angeblich die Ursache des Streiks gewesen ist, hatte ich noch im Beisein der Arbeiter zurückgezogen.

Achtungsvoll
Albin Schneider."

Unser Gewährsmann erwidert darauf folgendes:

In seiner neuesten Zuschrift an die Redaktion der „Volkswacht" sucht Herr Schneider wiederum die in Nr. 302 vom vorigen Jahre enthaltenen Ausführungen zu widerlegen. Ob ihm dies gelungen, mögen die nachstehenden Zeilen erweisen. Dem Gauleiter, Kollegen Dietrich gegenüber will Schneider von einem Mindestverdienst von 20 Mark gesprochen haben. Die Tatsache ist allerdings neu und können wir hierüber es dem Kollegen Dietrich überlassen zu berichten, wie die Aeußerung wirklich gefallen ist. Dem Kollegen Mai hat Schneider gesagt, daß ein Tischler, wenn er 20 Mark verdiene, auskommen könne. Dies kann durch Zeugen erhärtet werden.

Daß von 11 beschäftigten Tischlern ihm 8 gekündigt hätten, ist einfach nicht wahr, wie das Schriftstück, das die Kündigung enthielt, ausweisen wird. Schneider hat zwei Kollegen wegen angeblich verweigerter Sonntagsarbeit gekündigt, darauf haben alle übrigen, 9 an der Zahl, die Kündigung eingereicht. Herr Schneider sucht nun den wahren Sachverhalt zu verschleiern und behauptet, die Differenzpunkte, die zur Kündigung führten hätte er zurückgezogen und es wäre Pflicht der Kollegen gewesen, die Kündigung zurückzunehmen. Es fällt schwer, den richtigen Ausdruck für ein solches Beginnen zu finden. Die Arbeiter haben versucht, durch eine Aussprache die Differenzen zu erledigen, und Herr Schneider hat diese Aussprache verweigert, weil er glaubte, mit leichter Mühe die nötigen Ersatzkräfte heranzuziehen. 200 Mark will er allein, nach seiner eigenen Aussprache, für Inserate ausgegeben haben. Erst als er sah, daß trotz seiner verlockenden Arbeitergesuche sein Betrieb leer blieb, suchte er Fühlung mit den Streikenden. Aber nur einzeln machte er Versuche, die Streikenden zur Arbeit zu bewegen. So hat er einem, der schon anderweitig Beschäftigung gefunden hatte, brieflich ersucht, doch wieder bei ihm in Arbeit zu treten, und ihm versichert, daß die Mißstände beseitigt werden würden. Nur, da er auf einzelne Arbeiten mehr bezahle, als in anderen Fabriken bezahlt werde, müsse er bei diesen Arbeiten abziehen. Einem anderen streikenden Kollegen hat Herr Schneider erst vorige Woche auf öffentlicher Straße die Zumutung gestellt, „er möge aus der Organisation ausscheiden und wieder bei ihm anfangen, später könne er ja wieder beitreten. So hätten es schon viele gemacht." Der Werkmeister, Herr Kärtel, hat sich sogar in den Betrieben, wo einige Streikende jetzt in Arbeit stehen, nach diesen erkundigt. Dem einen ist sogar vom Werkmeister bedeutet worden, er hätte bei Schneider den Anführer mitgemacht und er möge sich hüten, solches im jetzigen Betriebe zu tun, wenn er nicht wieder entlassen werden wolle. Dabei ist gerade dies der Kollege, den Herr Schneider brieflich ersucht hat, wieder bei ihm anzufangen. Das bedeutet denn doch eine Belästigung der ausständigen Kollegen, wie sie schlimmer nicht von einem Unternehmer a la Arbeitgeberschutzverband ausgedacht werden kann. Dabei hat Schneider vom ersten Tage an die Hilfe der Polizei in Anspruch genommen und von dieser in weitgehendster Weise zugebilligt erhalten. Kein Tag vergeht, wo unsere Streikposten nicht angehalten werden, selbst auf ganz anderen Straßenzügen werden dieselben angehalten und fortgewiesen. Eine eingelegte Beschwerde hatte keinen Erfolg. Herr Stadtrat Reichert, als Dezernent der Polizeiverwaltung, stand bisher im Rufe eines streng unparteiisch denkenden und handelnden Mannes. Die Rechtfertigung des Vorgehens seiner Polizeiorgane gegenüber den Streikposten ist nicht geeignet, diesen Ruf zu verstärken. Vielleicht untersucht die Polizei einmal die Belästigungen des Herrn Schneider und seines Werkmeisters, die diese sich gegen die Ausständigen haben zu schulden kommen lassen.

Nun sagt Herr Schneider in seiner Zuschrift weiter, daß er für Rasten- und Umbaumacher höhere Löhne bezahle wie andere Fabriken und gerne Frieden haben wolle, nur diese hohen Löhne könne er nicht mehr zahlen. Demgegenüber stellen wir fest: die Arbeiter haben keine Lohnforderungen gestellt. Die Preise sind erst im Herbst vereinbart worden. Die Löhne sind aber auch nicht höher wie in anderen Fabriken, sondern eher niedriger, wie wir gleich beweisen werden.

Jeder Klavierarbeiter verfertigt nur einzelne Teile des Klaviers. In jeder Fabrik ist aber die Teilung der Arbeiten verschieden, sodaß es gar nichts besagen will, wenn bei Schneider für Rasten und Umbau mehr gezahlt wird als in anderen Betrieben. Dafür wird bei anderen Arbeiten wieder weniger gezahlt, weil dort mehr und hier weniger Arbeit an den einzelnen Teilen zu machen ist. Wir stellen daher den Gesamtarbeitslohn für ein Klavier zusammen, vergleichen diesen mit anderen Fabriken, und da finden wir, daß der Lohn bei Schneider niedriger ist, als in dem Betriebe, den Herr Schneider seinen Arbeitern als für ihn maßgebend bezeichnete. Bei Schneider betrug der Arbeitslohn bisher für ein Klavier 92,30 Mark, genau so viel wird für dasselbe Klavier in dem angedeuteten Betriebe bezahlt. Hier erhalten die Arbeiter das Holz zugeschnitten und einzelne Arbeiten werden von Lohngesellen gemacht, was bei Schneider nicht der Fall ist. Von diesem Lohne will Schneider aber jetzt 5,50 Mark abziehen unter der Begründung, er zahle höhere Löhne als andere Fabriken. Wir wollen den Raum der „Volkswacht" nicht noch mehr in Anspruch nehmen, obwohl wir noch mit weiterem Material aufwarten könnten, nur das eine können wir sagen, wenn es Herrn Schneider wirklich um den Frieden zu tun ist, muß er schon andere Wege einschlagen. Auch die Arbeiter sind denkende Wesen, die wissen, was Recht ist und die sich dieses Recht nicht rauben lassen werden. Zuzug ist nach wie vor streng fernzuhalten.

Liegnitz, 22. Januar. Anschlag auf einen Zug. Zwischen den Bahnhöfen Großschnder und Hernstadt der Liegnitz-Rawitscher Bahn wurde, nach der „B. Z. a. M.", ein großer Stein auf die Schienen gelegt. Die Lokomotive eines Zuges entgleiste und wurde schwer beschädigt. Wenige Stunden später wurde an derselben Stelle ein zweiter Stein rechtzeitig vom Zugpersonal entdeckt.

Posen, 21. Januar. Ueber eine auffallende polizeiliche Ueberwachung der Lehrer in der Provinz Posen weiß die „Preuß. Lehrerzeitung" zu berichten. Danach sind die Gendarmen beauftragt, darauf zu achten, daß an patriotischen Festen die Schulen beflaggt sind, und sie sind angewiesen, der vorgesetzten Behörde (also dem Landrat) zu berichten, wo dies nicht geschehen sein sollte. Weiter wurden in einem Polizeidistrikt Schulstraflisten wegen unberechtigter Schulversäumnisse der Schüler den Gendarmen übergeben mit dem Auftrag, bei den Leuten festzustellen, ob der Lehrer die für die Versäumnisse angegebenen Gründe wahrheitsgemäß eingetragen habe.

Aus den Gerichtssälen.

Geisteskrank?

Der Musketier Christian Bock vom Infanterie-Regiment Nr. 51 in Breslau hatte im Festungsgefängnis Neisse eine achtzehnmonatliche Gefängnisstrafe wegen Vergehens gegen die Disziplin verbüßt. Zur Truppe entlassen, betrank er sich am 27. Oktober und beging dann in seiner Alkoholstimmung verschiedene Delikte. Den Befehlen der Unteroffiziere Weiß, Jekel, König zu Bett zu gehen, ruhig zu sein, kam er nicht nach, verweigerte ausdrücklich den Gehorsam, beharrte im Ungehorsam gegen die Vorgesetzten, stieß Beleidigungen aus, beging Achtungsverletzungen, widersetzte sich fortgesetzt seiner Festnahme und zerstörte im Gefängnis eine Scheibe. Wegen dieses großen, bunten Straußes von Straftaten hatte das Kriegsgericht den Sünder zu einem Jahr drei Monaten ein Tag Gefängnis verurteilt. Auf seine Berufung beschäftigte sich das Oberkriegsgericht nochmals mit dem Falle. Als er im Lazarett auf seinen Geisteszustand untersucht ward, verbrannte und zerriß er seine Kleider vor seiner Ueberführung in Untersuchungshaft. Sein Vater ist Trinker. Als Junge hat er allerhand dumme Streiche gemacht. Das ärztliche Gutachten hält ihn als geistig minderwertig und es sei möglich, daß bei diesen Straftaten die freie Willensbestimmung ausgeschlossen gewesen, wahrscheinlich oder sicher sei das wohl nicht. Im Affekt kann er wohl getan haben, was er nicht wollte, im einzelnen aber eine krankhafte Störung des Geisteszustandes bei allen Straftaten können die beobachtenden Aerzte nicht für vorgelegen annehmen. Der Verteidiger beantragt entweder Freisprechung oder mildere Strafe. Der Ankläger Verwerfung der Berufung. Das Oberkriegsgericht vertagte aber die Sache und beschloß Beobachtung des Mannes in einer Irrenanstalt, da sich die Sachverständigen über den Mann selbst nicht ganz klar sind, denn einerseits ist er von den Militärärzten wieder versuchsweise in die Truppe eingestellt, andererseits halten ihn die Gutachter doch hochgradig minderwertig.

Im Kartoffelfelde.

Seit längerer Zeit bemerkte eine Frau aus Rosenthal fortschreitende Verwüstungen unter ihren Kartoffeln, die sie an dem Wege nach Breslau auf einem Stückchen Pachtacker angebaut hatte. Eines Tages im August sah sie vier kleine Knirpse, die sich auf dem Felde zu schaffen machten, unter Zuhilfenahme einer kleinen Hacke die noch unreifen Kartoffeln herauswühlten und die größten davon in einen Kinderwagen steckten, mit dem ein dreizehnjähriges Schulmädchen auf dem Wege hielt. Bei der Annäherung der Frau lief das Mädchen fort, den Wagen, in dem sich zwei kleine Kinder befanden, im Stich lassend. Dagegen gelang es der Frau, einen 9jährigen Jungen zu erhaschen, den sie zum Wachtmeister trug, während ein anderer Junge mit dem Kinderwagen davonfuhr. Die Jungen waren alle vier noch nicht strafmündig, das Mädchen aber, das als die Tochter eines Schneidermeisters aus Breslau ermittelt wurde, hatte sich jetzt vor dem Jugendgerichtshofe zu verantworten. Obwohl die Kinder bereits oft auf dem Felde gewesen sein müssen, haben sie doch nie Kartoffeln nachhause gebracht, sie haben diese Abends wahrscheinlich immer weggeworfen, nachdem sie am Tage „Landwirt" gespielt hatten. Das Gericht erkannte gegen das Mädchen wegen Uebertretung des Feld- und Forstpolizeigesetzes auf einen Verweis.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion: Wochentags von 12—1 Uhr Mittags.

H. T. in Dittersbach. Es wird alles kommen, nur Geduld.

Rusche, Neumarkt. Distriktsführer in Deutsch-Lissa ist der Maurer Georg Bräuer, Krampitzerstraße 8.

B. S., Reichenbach. Josef Lozar, Breslau, Gabitzstraße 51.

S., Schwientochlowitz. Sie müssen von der Krankenkasse unterstützt werden. Wenden Sie sich an das Arbeiter-Sekretariat in Kattowitz.

Klein-Leubusch. Die Legitimationskarten für Radfahrer brauchen nicht mehr wie bisher im Dezember jeden Jahres erneuert werden, sondern nur dann, wenn sie unbrauchbar geworden sind.

F., Tillendorf. 1. Ja, bei der Reichstagswahl wählen Sie in dem Orte, in welchem Sie sich in die Wählerliste eintragen lassen. 2. In der Landgemeinde müssen die Wahlberechtigten ein Jahr am Orte ansässig sein; es kann das Wahlrecht aber schon vorher auf Antrag verliehen werden. 3. Ein Teil, dessen Höhe wir aber nicht angeben können, fließt in die Parteikasse.

L. K. Die Honorarforderungen der Aerzte verjähren in zwei Jahren.

B 15. Liegt in Ihrem Dorfe keine Wählerliste aus, so beschweren Sie sich sofort beim Landrat.

D, Scheitnigerstraße Die Unfall-, Invaliden- und Altersrenten werden allmonatlich gegen Quittungen, die beglaubigt sein müssen, von der Post ausgezahlt.

M. R. 10. Wegen der Ausstellung des Arbeitsbuches für Ihren Sohn müssen Sie auf dem Polizei-Kommissariat vorstellig werden.

Vereins-Kalender.

Gewerkschaftshaus.

Die Gewerkschaften, Gesang-, Turn-, Radfahrer- und sonstige Vereine werden darauf aufmerksam gemacht, daß der große Saal des Gewerkschaftshauses noch frei ist für folgende Sonnabende und Sonntage des ersten Quartals 1908:

2. und 9. Februar,
8., 15., 22. März.

Mittwoch, den 22. Januar:

Zentralverband der Schuhmacher. Mitglieder-Versammlung Abends 8 Uhr im Zimmer Nr. 2. Neuwahl der Ortsverwaltung.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Breslau". Jeden Mittwoch: Vereinsabend.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

An die Bezirksführer!

Montag, den 27. Januar, Abends 8 Uhr findet in den Distriktslokalen die monatliche Abrechnung statt. Kontrollarten und unverkaufte Beitragsmarken sind mitzubringen. Die Bezirksführer werden ersucht, in jedem Falle vollzählig und pünktlich zu erscheinen; auch diejenigen, die vorher abgerechnet haben, wollen zur Stelle sein, da wichtige Dinge zu besprechen sind.

Distrikt 10 (Sandtor).

Sonntag, den 26 Januar, pünktlich 11 Uhr, Zusammenkunft der Mitglieder in Spittlers Restaurant, Oelsnerstraße 8, pt. Neuwahl des Distriktsführers, des Stellvertreters, der Revisoren und mehrerer Bezirksführer. Mitteilungen.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land).

Land-Distrikt 1.

Rosenthal. Donnerstag, den 23. Januar, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft. Erscheinen aller ist Pflicht.

Land-Distrikt 8.

Dürrgoy und Herdain. Donnerstag, den 23. Januar cr., Abends 8 Uhr: Zusammenkunft bei Klogner, Cretiusstraße 39. Stellungnahme zu einem Lichtbildervortrage.

Land-Distrikt 9 (Tschansch).

Freitag, den 24. Januar, Abends 8 Uhr ersuche ich sämtliche Mitglieder, da es sich um eine wichtige Sache handelt, zu einer Aussprache bei Gohlitz zu erscheinen. Der Distriktsführer.

Land-Distrikt 13 (Bezirk Gräbschen).

Sonnabend, den 25. Januar, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft bei Ruprecht. Jedes Mitglied ist verpflichtet, zu erscheinen.

Nur 6! Tage

Vorläufige Anzeige!

Der grosse, alljährlich nur einmal stattfindende

Inventur-Ausverkauf

beginnt Dienstag, den 28. Januar.

Die im diesjährigen Inventur-Ausverkauf gebotenen Kaufgelegenheiten dürften bezüglich niedrigster Preise bei bekannt besten Qualitäten unerreicht dastehen und einen markanten Beweis für die grosse Leistungsfähigkeit geben, welche die Firma vermöge ihrer eigenen bedeutenden Fabrikation und der gewaltigen Umsätze auf dem Spezialgebiete der Leinen- und Wäsche-Industrie besitzt.

Leinenhaus Bielschowsky

k. u. königl. österr.-ungar. Hoflieferant

Breslau, Nikolaistrasse 75/76, Ecke der Herrenstrasse.

So müßten Sie sagen, wenn künstlerische Erziehung wirklich nur bedeutete, das Kind müsse immer nur Schönes genießen und Kunstwerke um sich sehen. Aber so ist's zum Glück nicht. Sondern künstlerische Erziehung bedeutet vor allem noch: man soll den Künstler im Kinde schaffen lassen und ihn nicht frühzeitig durch Zwang und Vorschrift totschlagen; man soll es nach Herzenslust Zeichner, Bildner, Former, Gestalten sein lassen, man soll ihm die höchste Kunstfreude und den lebendigsten Kunstgenuß gönnen, den es überhaupt gibt: die eigene Betätigung im Nachbilden, im Gestalten und Formen. Vielleicht klingt Ihnen das Wort von der Künstlerschaft im Kinde zu hochtrabend. Es ist natürlich nicht gemeint im Sinne technischer Vollkommenheit. Aber Künstler ist jedes Kind in dem Sinne, daß es in seinen Gestaltungen ehrlichen Ausdruck gibt davon, was an lebendigen Vorstellungen in ihm ist und daß es von unermüdlicher Schaffenslust erfüllt ist.

Also nicht künstlerische Beschaulichkeit, sondern freie und selbständige und ehrliche Betätigung ist das Wesen der künstlerischen Erziehung. Freilich, die Anregung durch eine künstlerische Umgebung des Kindes und durch Betrachten von Kunstwerken ist durchaus wünschenswert. Aber notwendiger als das ist, daß das Kind überhaupt viele und lebendige Anschauungen aus der Welt ringsum sammelt. Und notwendig ist ferner, eine vollkommene Freiheit des Kindes in der Zeit, im Gegenstand, in der Ausführung, bei jeder bildnerischen Betätigung. Das eine hängt nicht vom Reichtum ab und das andere gewährt keine Schule. Aber beides, das Anschauungsmaterial und die Freiheit in der Betätigung, kann das Kind der proletarischen Familie ebenso gut finden wie das Kind gebildeter und wohlhabender Leute. Es braucht nicht von künstlerischer Betätigung ausgeschlossen zu sein. Es ist nur notwendig, daß eine Mutter Verständnis dafür hat und ihm anfangs Hilfe und Anregung geben kann. Das kann aber jede Proletarierinmutter, sobald sie weiß, was für Beschäftigungen für das Kind in Betracht kommen und wie sie zu leiten sind. Deshalb wollen wir im nächsten Briefe darüber sprechen.

Hulda Maurenbrecher.

Für die Hausfrau.

Gebackene Aepfel. Sechs große tadellose Aepfel werden geschält und das Kernhaus mit dem Apfelbohrer vorsichtig entfernt, man dünstet sie langsam in Wasser, Zucker und etwas Weißwein weich, dann läßt man sie erkalten. Vermische nun zwei Löffel Mehl, 2 Löffel Zucker und etwas Zimt, tauche die Aepfel hinein, bestreiche sie gut mit geschlagenem Ei und panniere sie dann in sein zerflossenem Löffelbiskuit. Backe sie schnell in Butter oder geklärtem Backfett zu schöner, hellbrauner Farbe, lasse sie abtropfen und abkühlen. Hierauf tut man in die Höhlung des Apfels einen Löffel Fruchtgelee, legt sie in eine Glasschale, häuft auf jeden einen Löffel Schlagsahne und stellt es bis zum Gebrauch auf Eis. Den Saft, in dem die Aepfel gedünstet wurden, lasse man zu Sirup einkochen, füge einen Löffel Rum oder Kognak hinzu und serviere mit den Aepfeln.

Weiße Seide reinigt man, indem man saubere Watte in leicht erwärmtes Kartoffelmehl taucht und die Seide Strich für Strich abreibt. Sobald die Watte schmutzig ist, muß sie erneuert werden.

Für unsere Kleinen.

Die Hochzeit der Frau Füchsin.

Es war einmal ein alter Fuchs mit neun Schwänzen, der glaubte, seine Frau hätte ihn nicht mehr lieb, und wollte sie auf die Probe stellen. Er streckte sich unter die Bank, regte kein Glied und stellte sich, als wenn er mausetot wäre. Die Frau Füchsin ging in ihre Kammer, schloß sich ein, und ihre Magd, die Jungfer Katze, saß auf dem Herd und kochte. Als es nun bekannt wurde, daß der alte Fuchs gestorben war, so meldeten sich die Freier. Da hörte die Magd, daß jemand vor der Haustür stand und anklopfte; sie ging und machte auf, da war's ein junger Fuchs, der sprach:

„Was macht Sie, Jungfer Katze?
Schläft Se oder wacht Se?"

Sie antwortete:

„Ich schlafe nicht, ich wache,
Will Er wissen, was ich mache?
Ich koche warm Bier, tu Butter hinein:
Will der Herr mein Gast sein?"

„Ich bedanke mich, Jungfer!" sagte der Fuchs, „was macht die Frau Füchsin?" Die Magd antwortete:

Sie sitzt in ihrer Kammer,
Sie beklagt ihren Jammer,
Weint ihre Aeuglein feibenrot,
Weil der alte Herr Fuchs ist tot."

„Sag Ste ihr doch, Jungfer, es wäre ein junger Fuchs da, der wollte sie gerne freien." — „Schon gut, junger Herr."

Da ging die Katz die Kripp die Trapp,
Da schlug die Tür die Klipp die Klapp.

„Frau Füchsin, sind Sie da?"
Ach ja, mein Kätzchen, ja."
Es ist ein Freier draus."
Mein Kind, wie sieht er aus?"

„Hat er denn auch neun so schöne Zeifelschwänze wie der selige Herr Fuchs?" — „Ach nein", antwortete die Katze, „er hat nur einen." — „So will ich ihn nicht haben."

Die Jungfer Katze ging hinab und schickte den Freier fort. Bald klopfte es wieder an, und war ein anderer Fuchs vor der Tür, der wollte die Frau Füchsin freien; er hatte zwei Schwänze; aber es ging ihm nicht besser als dem ersten. Danach kamen noch andere, immer mit einem Schwanz mehr, die alle abgewiesen wurden, bis zuletzt einer kam, der neun Schwänze hatte wie der alte Fuchs. Als die Witwe das hörte, sprach sie voll Freude zu der Katze:

„Nun macht mir Tor und Türe auf
Und kehrt den alten Herrn Fuchs hinaus."

Als aber eben die Hochzeit sollte gefeiert werden, da regte sich der alte Herr Fuchs unter der Bank, prügelte das ganze Gesindel durch und jagte es zum Haus hinaus.

* * *

Als der alte Fuchs wirklich gestorben war, kam der Wolf als Freier, klopfte an die Tür, und die Katze machte auf. Der Wolf grüßte sie und sprach:

„Guten Tag, Frau Katz von Kehrewitz,
Wie kommt's, daß Sie alleine sitzt?
Was macht Ste Gutes da?"

Die Katze antwortete:

„Brock mir Wecke und Milch ein:
Will der Herr mein Gast sein?"

„Dank schön, Frau Katze", antwortete der Wolf, „die Frau Füchsin nicht zu Haus?"

Die Katze sprach:

„Ste sitzt droben in der Kammer
Beweint ihren Jammer,
Beweint ihre große Not,
Daß der alte Herr Fuchs ist tot."

Der Wolf antwortete:

„Will sie haben einen andern Mann,
So soll sie nur herunter gan."
Die Katz, die lief die Trepp' hinan
Und ließ ihr Zeilchen rummer gan,
Bis sie kam vor den langen Saal:
Klopft an mit ihren fünf goldenen Ringen,
„Frau Füchsin ist sie drinnen?
Will Sie haben einen andern Mann,
So soll sie nur herunter gan."

Die Frau Füchsin fragte: „Hat der Herr rote Höslein an, und hat er ein spitz Mäulchen?" — „Nein", antwortete die Katze. „So kann er mir nicht dienen."

Als der Wolf abgewiesen war, kam ein Hund, ein Hirsch, ein Hase, ein Bär, ein Löwe, und nacheinander alle Waldtiere. Aber es fehlte immer eine von den guten Eigenschaften, die der alte Herr Fuchs gehabt hatte, und die Katze mußte den Freier jedesmal wegschicken. Endlich kam ein junger Fuchs. Da sprach die Frau Füchsin: „Hat der Herr rote Höslein an, und hat er ein spitz Mäulchen?" — „Ja", sagte die Katze, „das hat er." — „So soll er herauskommen", sprach die Frau Füchsin, und hieß die Magd das Hochzeitsfest bereiten.

„Katze, kehr die Stube aus
Und schmeiß den alten Fuchs zum Fenster hinaus,
Bracht' so manche dicke fette Maus,
Fraß sie immer alleine,
Gab mir aber keine."

Da ward die Hochzeit gehalten mit dem jungen Herrn Fuchs, und ward gejubelt und getanzt, und wenn sie nicht aufgehört haben, so tanzen sie noch.

(Aus Grimms Märchen.)

Der Anschluß an eine Organisation ist eine sittliche Pflicht für den Arbeiter, der er sich nicht ohne zwingendste Gründe entziehen darf.

Prof. v. Gizycki.

* * *

Der Glaube ist zum Ruhen gut
Doch bringt er nichts von der Stelle;
Der Zweifel in ehrlicher Männerfaust
Der sprengt die Pforten der Hölle.

Theodor Storm.

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Wolff. — Redaktion und Expedition: Breslau, Graupenstraße 3/6. — Verlag von Oskar Schütz. — Druck von A. Schatzky G. m. b. H. — sämtlich in Breslau.

Unterhaltungsbeilage der »Volkswacht«.

Nr. 7 | Breslau, den 23. Januar | 1908.

Winterfrühling.

Der Winter strahlt — die Sonne rollt
Einsam durchs Blau ihr klares Gold.
Einöde im Tal. Es tropft und taut
Vom Hüttendach in leisem Laut.
Am Berghang glänzt der Schnee so rein,
Dort schläft der Wind im Sonnenschein.

Ein Birkenbaum, allein und kahl.
Die Hängezweige hebt im Strahl.
Er blinzt ins blaue Gotteslicht.
Das brennt ihm überm Wipfel dicht.
Ein Meis'lein hüpft ganz sacht im Baum,
Ein Seelchen zirpt — du hörst es kaum.

L. Weber.

Aus Hauff's Märchen.

11]

Dieser Saal war mit allerlei künstlich aufgezogenen Bäumen, als Palmen, Bambus, jungen Cedern und dergleichen, und mit Blumen ausgeschmückt, die nur im Morgenlande wachsen. Persische Teppiche lagen auf dem Fußboden, und an den Wänden waren Polster, nirgends aber ein fränkischer Stuhl oder Tisch. Auf einem dieser Polster saß der alte Professor; er sah aber ganz anders aus, als gewöhnlich; um den Kopf hatte er einen feinen türkischen Shawl als Turban gewunden, er hatte einen grauen Bart umgeknüpft, der ihm bis zum Gürtel reichte und aussah, wie ein natürlicher, ehrwürdiger Bart eines gewichtigen Mannes. Dazu trug er einen Talar, den er aus einem brokatnen Schlafrock hatte machen lassen, weite türkische Beinkleider, gelbe Pantoffeln, und, so friedlich er sonst war, an diesen Tagen hatte er einen türkischen Säbel umgeschnallt, und im Gürtel steckte ein Dolch mit falschen Steinen besetzt. Dazu rauchte er aus einer zwei Ellen langen Pfeife und ließ sich von seinen Leuten bedienen, die ebenfalls persisch gekleidet waren, und wovon die Hälfte Gesicht und Hände schwarz gefärbt hatte.

Von Anfang wollte dies alles dem jungen Almansor gar wunderlich bedünken, aber bald sah er ein, daß solche Stunden, wenn er in die Gedanken des Alten sich fügte, sehr nützlich für ihn seien. Durfte er beim Doktor kein ägyptisches Wort sprechen, so war hier die fränkische Sprache sehr verboten, Almansor mußte beim Eintreten den Friedensgruß sprechen, den der alte Perser sehr feierlich erwiderte; dann winkte er dem Jüngling, sich neben ihn zu setzen und begann Persisch, Arabisch, Koptisch und alle Sprachen unter einander zu sprechen und nannte dies eine gelehrte morgenländische Unterhaltung. Neben ihm stand ein Bedienter, oder, was sie an diesem Tage vorstellten, ein Sklave, der ein großes Buch hielt; das Buch war aber ein Wörterbuch, und wenn dem Alten die Worte ausgingen, winkte er dem Sklaven, schlug flugs auf, was er sagen wollte, und fuhr dann zu sprechen fort.

Die Sklaven aber brachten in türkischem Geschirr Sorbet und dergleichen, und wollte Almansor dem Alten ein großes Vergnügen machen, so mußte er sagen, es sei alles bei ihm angeordnet, wie im Morgenlande. Almansor las sehr schön persisch und das war der Hauptvorteil für den Alten. Er hatte viele persische Manuskripte, aus diesen ließ er sich von dem Jüngling vorlesen, las aufmerksam nach und merkte sich auf diese Art die richtige Aussprache.

Das waren die Freudentage des armen Almansor; denn nie entließ ihn der alte Professor unbeschenkt, und oft trug er sogar kostbare Gaben an Geld oder Leinenzeug oder andern notwendigen Dingen davon, die ihm der Doktor nicht geben wollte. So lebte Almansor einige Jahre in der Hauptstadt des Frankenlandes, und nie wurde seine Sehnsucht nach der Heimat geringer. Als er aber etwa fünfzehn Jahre alt war, begab sich ein Vorfall, der auf sein Schicksal großen Einfluß hatte.

Die Franken nämlich wählten ihren ersten Feldherrn, denselben, mit welchem Almansor so oft in Aegypten gesprochen hatte, zu ihrem König und Beherrscher. Almansor wußte zwar und erkannte es an den großen Festlichkeiten, daß etwas dergleichen in dieser großen Stadt geschehe, doch konnte er sich nicht denken, daß der König derselbe wäre, den er in Aegypten gesehen; denn jener Feldherr war noch ein sehr junger Mann. Eines Tages aber ging Alhansor über eine jener Brücken, die über den breiten Fluß führen, der die Stadt durchkreuzt, da gewahrte er in dem einfachen Kleid eines Soldaten einen Mann, der am Brückengeländer lehnte und in die Wellen sah. Die Züge des Mannes fielen ihm auf und er erinnerte sich, ihn schon gesehen zu haben. Er ging also schnell die Kammern seiner Erinnerung durch, und als er an die Pforte der Kammer von Aegypten kam, da eröffnete sich ihm plötzlich das Verständnis, daß dieser Mann jener Feldherr der Franken sei, mit welchem er oft im Lager gesprochen, und der immer gütig für ihn gesorgt hatte; er wußte seinen rechten Namen nicht genau, er faßte sich daher ein Herz, trat zu ihm, nannte ihn, wie ihn die Soldaten unter sich nannten, und sprach, indem er nach seiner Landessitte die Arme über der Brust kreuzte: „Salem aleikum, Petit-Caporal!"

Der Mann sah sich erstaunt um, blickte den jungen Menschen mit scharfen Augen an, dachte über ihn nach und sagte dann: „Himmel, ist es möglich! Du hier, Almansor? Was macht Dein Vater? Wie geht es in Aegypten? Was führt Dich zu uns hierher?"

Da konnte sich Almansor nicht länger halten, er fing an bitterlich zu weinen und sagte zu dem Manne: „So weißt Du also nicht, was die Hunde, Deine Landsleute, mit mir gemacht haben, Petit-Caporal? Du weißt nicht, daß ich das Land meiner Väter nicht mehr gesehen habe seit vielen Jahren?"

„Ich will nicht hoffen", sagte der Mann, und seine Stirn

wurde finster, „ich will nicht hoffen, daß man Dich mit hinwegschleppte."

„Ach, freilich", antwortete Almansor; „an jenem Tage, wo Eure Soldaten sich einschifften, sah ich mein Vaterland zum letzten Mal; sie nahmen mich mit sich hinweg, und ein Hauptmann, den mein Elend rührte, zahlt ein Kostgeld für mich bei einem verwünschten Doktor, der mich schlägt und halb verhungern läßt. Aber höre, Petit-Caporal", fuhr er ganz treuherzig fort, „es ist gut, daß ich Dich hier traf. Du mußt mir helfen."

Der Mann, zu welchem er dies sprach, lächelte und fragte, auf welche Weise er denn helfen sollte.

„Siehe", sagte Almansor, „es wäre unbillig, wollte ich von Dir etwas verlangen; Du warst von jeher so gütig gegen mich, aber ich weiß, Du bist auch ein armer Mensch, und wenn Du auch Feldherr warst, gingst Du nie so schön gekleidet, wie die andern, auch jetzt mußt Du, nach Deinem Rock und Hut zu urteilen, nicht in den besten Umständen sein. Aber da haben ja die Franken letzthin einen Sultan gewählt, und ohne Zweifel kennst Du Leute, die sich ihm nahen dürfen, etwa seinen Janitscharenaga, oder den Reis-Efendi, oder seinen Kapudan-pascha, nicht?"

„Nun ja", antwortete der Mann, „aber wie weiter?"

„Bei diesen könntest Du ein gutes Wort für mich einlegen, Petit-Caporal, daß sie den Sultan der Franken bitten, er möchte mich frei lassen; dann brauche ich auch etwas Geld zur Reise übers Meer, vor allem aber mußt Du mir versprechen, weder dem Doktor, noch dem arabischen Professor etwas davon zu sagen."

„Wer ist denn der arabische Professor?" fragte jener.

„Ach, das ist ein sonderbarer Mann; doch von diesem erzähle ich Dir ein andermal. Wenn es die beiden hörten, dürfte ich nicht mehr aus Frankistan weg. Aber willst Du für mich sprechen bei den Agas? Sage es mir aufrichtig!"

„Komm mit mir", sagte der Mann, „vielleicht kann ich Dir gleich jetzt nützlich sein."

„Jetzt?" rief der Jüngling mit Schrecken. „Jetzt um keinen Preis; da würde mich der Doktor prügeln; ich muß eilen, daß ich nach Hause komme."

„Was trägst Du denn in diesem Korbe?" fragte jener, indem er ihn zurückhielt. Almansor errötete und wollte es anfangs nicht zeigen, endlich aber sagte er: „Siehe, Petit-Caporal, ich muß hier Dienste tun, wie der geringste Sklave meines Vaters. Der Doktor ist ein geiziger Mann und schickt mich alle Tage von unserem Hause eine Stunde weit auf den Gemüse- und Fischmarkt; da muß ich dann unter den schmutzigen Marktweibern einkaufen, weil es dort um einige Kupfermünzen wohlfeiler ist, als in unserem Stadtteil. Siehe, wegen dieses schlechten Herings, wegen dieser Handvoll Salat, wegen dieses Stückchens Butter muß ich alle Tage zwei Stunden gehen. Ach, wenn es mein Vater wüßte!"

Der Mann, zu welchem Almansor dies sprach, war gerührt über die Not des Knaben und antwortete: „Komm nur mit mir und sei getrost, der Doktor soll Dir nichts anhaben dürfen, wenn er auch heute weder Hering noch Salat verspeist. Sei getrosten Mutes und komm." Er nahm bei diesen Worten Almansor bei der Hand und führte ihn mit sich, und obgleich diesem das Herz pochte, wenn er an den Doktor dachte, so lag doch so viele Zuversicht in den Worten und Mienen des Mannes, daß er sich entschloß, ihm zu folgen. Er ging also, sein Körbchen am Arm, neben dem Soldaten viele Straßen durch, und wunderbar wollte es ihm bedünken, daß alle Leute die Hüte vor ihnen abnahmen und stehen blieben und ihnen nachschauten. Er äußerte dies auch gegen seinen Begleiter, dieser aber lachte und sagte nichts darüber.

Sie gelangten endlich an ein prachtvolles Schloß, auf das der Mann zuging. „Wohnst Du hier? Petit-Caporal", fragte Almansor.

„Hier ist meine Wohnung", entgegnete jener, „und ich will Dich zu meiner Frau führen."

„Ei, da wohnst Du schön", fuhr Almansor fort. „Gewiß hat Dir der Sultan hier freie Wohnung gegeben?"

„Diese Wohnung habe ich vom Kaiser. Du hast recht", antwortete sein Begleiter und führte ihn in das Schloß. Dort stiegen sie eine breite Treppe hinan, und in einem schönen Saal hieß er ihn seinen Korb absetzen und trat dann mit ihm in ein prachtvolles Gemach, wo eine Frau auf einem Diwan saß. Der Mann sprach mit ihr in einer fremden Sprache, worauf sie beide nicht wenig lachten, und die Frau fragte dann Almansor in fränkischer Sprache vieles über Aegypten. Endlich sagte Petit-Caporal zu dem Jüngling: „Weißt Du, was das Beste ist? Ich will Dich gleich selbst zum Kaiser führen und bei ihm für Dich sprechen."

Almansor erschrak sehr, aber er dachte an sein Elend und seine Heimat. „Dem Unglücklichen", sprach er zu den beiden, „dem Unglücklichen verleiht Allah einen hohen Mut in der Stunde der Not, er wird auch mich armen Knaben nicht verlassen. Ich will es tun, ich will zu ihm gehen. Aber sage, Caporal, muß ich vor ihm niederfallen, muß ich die Stirne mit dem Boden berühren, was muß ich tun?"

Die beiden lachten von neuem und versicherten, dies alles sei nicht nötig.

(Schluß folgt.)

Aus Posens sozialistengesetzlicher Zeit

Von Josef Kliche-Posen.

Seit der achtundvierziger Bewegung hatte es in Posen nichts mehr gegeben. Die „vornehme" polnische Jugend machte noch mehr als bisher ihre Studien im Auslande und schürte von außen das Feuer der Begeisterung in den Herzen der im Mutterlande Zurückgebliebenen. Die Frucht der Bemühungen der Flüchtlinge tat sich zum letzten Male in dem Aufstand zu Warschau kund, Anfang der sechziger Jahre, der aber für das freiheitstrunkene Volksrecht unglücklich endete und die Blüte der Nation zum großen Teil nach den Eisfeldern Sibiriens brachte. Wenn bei Ausbruch dieser Erhebung auch unter den noch immer hoffnungsvoll gesinnten radikalen Gruppen in Posen der Stern der Freiheit am Horizont von neuem aufleuchtete, so erlosch er nach der unglücklichen Niederlage der Insurgenten auf den Höhen von Praga für immer. Der weiße Adler auf dem ehemaligen polnischen Königspalast schien betrübter als je auf das Gewühl zu seinen Füßen herabzublicken. Und wenn auch beim Posener Bürger wie beim ländlichen Dörfler in der guten Stube neben dem Bild des heiligen Kasimir dasjenige Kosziuskos hing, und an seinem Jahrestage besonders mit Blumen herausgeschmückt wurde, so schien doch das traurige Wort, das er gesprochen, sein Finis polonia! für immer Geltung haben zu sollen. Die alten Kuschinäre lebten ihren Erinnerungen fort und das junge Geschlecht wuchs wieder in jene gleichgiltige Lethargie hinein, in der es vierzig Jahre früher der junge Heine angetroffen hatte, als er in sein Tagebuch schrieb: „Drei Dinge sind es, die den polnischen Bauern des Sonntags in die Stadt führen: erstens, um sich rasieren zu lassen, zweitens, um den Gottesdienst zu besuchen, und drittens, um sich nachher so voll zu saufen, daß er regungslos in einer Straßengosse liegt, und seine umstehenden Freunde wehmütige Betrachtungen anstellen, daß der Mensch hienieden so wenig vertragen kann.

Das Bluten des Edelmanns mit dem Bauern zusammen um das nationale Ideal sollte aufgehört haben. Dafür schälte sich aus dem wüsten Chaos, welches die damaligen Zustände bildeten, ein anderer Kern heraus, eine Creme der Posener Bevölkerung im natürlichen Sinne. Das vierte Glied, das sich zwischen Edelmann, Bauern und Juden jetzt ostentativ bemerkbar zu machen begann: **die Proletarier**. Nur wenige waren es erst, die erkannt hatten, daß nicht die Rückkehr zum alten geschlossenen, polnischen Gemeinwesen, zur Adelsherrschaft dem Volke den Segen bringe, sondern daß es hier heißen müsse, das neue Ideal zu verwirklichen, das rote Banner zu hissen. Der schnell entschlossene Kämpfersinn, der den Polen zu eigen, kam ihnen hierbei zu gute.

Den Gedanken hatten russische Studenten, welche sich meist auf der Durchreise nach der Schweiz befanden, und die wie jetzt, auch damals stets solche Konterbande bei sich führten, hier verbreitet. Auch hatte wohl der eine oder andere der Posener Arbeiter ein Stück Welt gesehen und den roten Gedanken bei seinen heimatlichen Arbeitsbrüdern eingeschmuggelt, wo derselbe bei einer Anzahl von ihnen auf fruchtbaren, halb vom Ideal der Väter genährten, halb von neuzeitlichen Regungen durchglühten, schlackenreinen Boden fiel. Besonders die **Former, Schlosser** und **Schmiede** der Cegielskischen Fabrik draußen vor dem Eichwaldtor waren es, die im Verein mit einigen **Zigarrenarbeitern** es unternahmen, den roten Samen innerhalb der Tore **Posens** auszusäen und die Bewegung, für die sie jetzt, noch halb unbewußt, später die größten Opfer bringen sollten, unter den Massen zu entfachen. Ein revolutionärer Geist wohnte eben nur den in den Traditionen der Väter aufgewachsenen und im Kampfe um das tägliche Brot stahlhart gewordenen blonden Söhnen Polonias zur damaligen Zeit inne, der verbunden mit einer zähen Energie vor keinem Hindernis zurückschreckte, harrte des rohen, sich schon im Glühzustande befindlichen Eisens, um in kleiner Zahl vereinigt, hier den kommenden Stürmen zu trotzen, es zu schmieden. Und daß sie später viele Jahre hindurch brav ihren Mann gestanden, davon geben die meist noch ungeschriebenen Blätter der Geschichte rühmend Zeugnis.

So standen die Dinge, als zum Zwecke der Vertilgung alles Edlen und Bessernden im faulen Staatskörper dem Gewaltmenschen Bismarck von einer Schar Bourgeois im Reichstage das Ausnahmegesetz apportiert wurde, das zwölf Jahre lang den edelsten und besten Geistern den politischen Horizont verdunkelte.

Wie schon erwähnt, waren durch durchreisende, revolutionär gesinnte Studenten und Studentinnen, denen es in ihrem Vaterlande zu eng und unsicher geworden war, und welche daher die gastliche Schweiz aufsuchten, um dort ihre wissenschaftlichen Studien weiter zu treiben, die ersten Funken in Posen verstreut worden, war eine kleine, äußerlich lose Organisation geschaffen worden, die es als ihre vorläufige Aufgabe ansah, aufklärend zu wirken, die Wahlen vorzubereiten und in der Hauptsache für die stets von auswärts kommenden Referenten und Agitatoren ein Hörerpublikum zusammenzubringen.

Wenn bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes nur kleinere, recht bescheidene Versammlungen arrangiert worden waren, mit Ausnahme der letzten, die in der Tiergartenstraße bei Sundtmann abgehalten wurde, und welche von fast zweihundert Personen besucht war, so sollten sich auch in Zukunft noch keine größeren Regungen bemerkbar machen. Aber gleich bei der Verkündung des Gesetzes durch die Posener Presse schloß sich eine kleine Anzahl, fünfzehn bis zwanzig Mann, zu einem engeren „Verein" zusammen, sich gelobend auch unter der Willkürherrschaft des Polizeigeistes treu zum roten Banner zu stehen und die Minierarbeiten im Geiste ihrer Führer hier fortzusetzen. Kleine, zehn Mal sechs Zentimeter große Heftchen, welche dem einzelnen Genossen die Grundlehren der sozialistischen Gedankenwelt näher brachten und zugleich die nötigen Verhaltungsmaßregeln zur Agitation enthielten, wurden an die Verläßlichen unter den Arbeitskameraden verteilt. Flugblätter brachten stets die von Breslau kommenden Russen oder schlesischen Landsleute mit, und so wurde trotz des durch seine damalige Manier sprichwörtlich gewordenen polizeilichen Spürsinns der heiligen Hermandad in Posen manches Schnippchen geschlagen, wovon sie in ihrer Philisterhaftigkeit nichts ahnte.

Im Jahre 1881 kam die für die freiheitliche Sache begeisterte adlige Russin **Jankowska** mit dem Studenten **Mendelssohn** nach Posen, um hier ratend und leitend den Unerfahrenen im politischen Guerillakampfe beizustehen. Sie war ein großes stattliches Weib, welches ihre Familie, den ihr angetrauten Mann verlassen hatte, um hier zusammen mit dem ihr gleichsam als Adjutant dienenden jungen Mendelssohn, den „ausgearteten" Sproß des berühmten Warschauer Bankhauses, den Mittelpunkt der Bewegung zu bilden. Und dem dämonischen Einfluß dieser Frau gelang es, die Zaghaften vorwärts zu treiben zur unermüdlichen Pflichterfüllung und Opferbringung für den ausgestreuten Samen des Sozialismus.

Sie hatte gleich übersehen, daß es hier zur Stärkung der Agitation eines zusammenhaltenden Bandes bedürfe und sie hatte auch Grund zu der Annahme, daß sich dieses erreichen ließ.

Der „Orendownik", ein damals wöchentlich zweimal erscheinendes Blättchen, der geistige Kostspender der Posener Kleinbürger, welcher sich ab und zu auch einmal ein schärferes revolutionäres Wort oder Wörtlein erlaubte, befand sich infolge seines mangelhaften Abonnentenstandes in steter finanzieller Klemme. Die Jankowska setzte sich mit dem Besitzer des Blattes in Verbindung, um es für den Sozialismus zu gewinnen. Ihr, der opferbereiten Genossin, die in ihrer Heimat stark begütert war und die sich auch bereit erklärte hierfür keine Kosten zu scheuen, hätte dieses nicht allzu schwer gefallen; der Plan scheiterte jedoch an dem Eigenwillen des Besitzers. Dadurch nämlich, durch dieses Verhandeln mit dem polnischen Zeitungsverleger war man polizeilicherseits auf die beiden russischen Gäste aufmerksam geworden und das Spitzelwesen begann seine duftigsten Blüten zu zeitigen. Das Stanz'sche Hotel, wo die Jankowska mit Mendelssohn wohnte, ward stets von einem oder auch mehreren der zweifelhaften Gesellen umlagert, die damals den ehrlichen Bürger auf Grund der Paragraphen des famosen Sozialistengesetzes überall bespitzelten. Doch schlauer als die Abgesandten des Wilhelmsplatzes waren unsere russischen Freunde. Vor dem gebietenden, selbstbewußten Auftreten der Jankowska und des sich stets als harmlosen Privatmann gebenden Mendelssohn, der seine Gelder in Posen zu verzehren beliebte, zerrann ihr polizeiliches Amtsgefühl und verlegene Bestürzung malte sich meist auf den Gesichtern der blamierten Gesetzeshüter. An Gewandtheit und Verschlagenheit waren unsere Alten damals nicht zu übertreffen; es war ihnen so recht willkommen ihre frische Natur im Kampfe mit dem Büttel sich ausleben lassen zu können. Hatten sie vor der Zeit des Ausnahmegesetzes ab und zu eine Versammlung im Bismarcktunnel in der gleichnamigen Straße abhalten können, so wollte und konnte jetzt der Wirt dieses in unmittelbarer Nähe der Polizeihauptwache gelegenen Lokals seine unterirdischen Räume nicht mehr zu solcher, von einer hohen Behörde öffentlich als verruchte Freveltat gekennzeichneten Sache hergeben. Zum anderen Teile empfanden die Genossen selbst grade nicht allzuviel Lust, ihre mit großer Mühe zustande gebrachten geheimen Zusammenkünfte und Versammlungen der lieben Polizei zu Gefallen, in solch' gefährlicher Nähe fortzusetzen.

Es blieben nur zwei Wege: entweder unter dem Deckmantel der Philisterhaftigkeit irgendwo dem äußeren Anschein nach als Suffbrüder, als stets zechlustige Handwerksgesellen ihr Domizil aufzuschlagen, welches auch im Innern der Stadt sein konnte, oder die Zusammenkünfte möglichst nach den Vororten zu verpflanzen. Beides war für gut befunden worden und beides sollte daher auch ausgeführt werden.

Auf dem Bernhardinerplatze im Schatten der alten Klostermauern und des hohen Garnisonkirchgiebels, just an derselben Stelle, wo vor einigen Jahren der bekannte Siebzig-Wohnungen-Mietspalast errichtet wurde, stand an zwei Seiten von hohen Linden umgeben, die gleichzeitig Kühlung gegen die auf das holprige Straßenpflaster stechenden Sonnenstrahlen gewährten, ein ziemlich niedriges zweistöckiges Haus, auf dessen sich leise abschrägendem Ziegeldach, die unter dem Klosterdachfirst und der Glockenstube nistenden Dohlen häufig gastierten. Zeigte schon das Haus selbst, wie auch seine nachbarliche Umgebung ein recht wildes verwittertes Aussehen, so wurde dieses noch verstärkt durch den Klang des Namens, welchen der Volksmund dem im Parterregeschoß gelegenen Kneiplokal gegeben hatte.

Die „Hölle" wurde unseren Alten bald zum trauten, sicheren Beratungslokal, wo und beim „Höllenvater" ließ es sich so versteckt und ruhig brauen über diesen oder jenen lokalen Schachzug, der geplant wurde, oder was schon glücklich ausgeführt war. Oft wenn schon längst nach Mitternacht draußen die alten Eulen und Dohlen ihren tollen Spuk trieben, saßen und berieten unsere Freunde in trauter Gemeinschaft mit bei ihnen gastierenden russischen Söhnen. Verschwiegen wie die ganze Stammrunde war auch der Höllenvater, und wenn die Verdacht witternde Polizei einen ihrer Angehörigen nach dem Kneipgemach der roten Gesellen entsandte, so fand dieser den herrlich gebauten Höllenwirt stets in jenem Stadium, welches dem Delirium tremens vorauszugehen pflegt, oder besser gesagt, dasselbe erzeugt. Er wußte von nichts als daß seine „ehrlichen Gäste" täglich ihren gewohnten Abendschoppen bei ihm tranken, und bei der qualmenden Tabakspfeife ihre Tageserlebnisse besprachen. Weiter wußte er absolut nichts zu berichten, und wenn jemand mehr erfahren wolle, so müsse er eben die Gäste selbst befragen, oder seine Frau, die den ganzen Abend an ihrem Herd in der Küche warte und wahrscheinlich noch viel weniger sagen könne.

Begab sich dann der Gesetzeshüter zu den Gästen selbst, die ihn natürlich längst beobachtet hatten, so vollführten diese wie richtige Zechkumpane nen Heidenlärm, warfen die zum Scheine stets bereiten Schafskopfkarten durcheinander und taten ganz erstaunt, als sie erfuhren, daß sie „Politisches" im Schilde haben sollten. War dann ein Kommissarius dabei und wurde zur Sicherheit noch nach Namen und Gewerk eines jeden gefragt, so hatte auch der russische Fremdling stets seinen polnischen Namen und das Schuster- oder Schneidergewerbe, oder auch den Zigarrenmacherberuf auf der Zunge und einige seiner Kameraden waren bereit zu beweisen, daß er der genannte friedliche Bürger sei, an welchem Beweis die Jünger der heiligen Hermandad natürlich kein besonderes Interesse mehr hatten.

Komisch klang es, als einst der russische Student und Nihilist Ammlewski inmitten der Korona vom Schutzmann nach seinem Beruf gefragt, seinem schmächtigen, zierlichen Aussehen nach „Schnabber" (Schneider) antwortete. Das fiel natürlich nicht besonders auf, da er eben wie so viele Polen zur damaligen Zeit, das Deutsche nur sehr gebrochen von sich geben konnte. Ihn hat, wie wir später sehen werden, ein trauriges Geschick ereilt.

(Fortsetzung folgt.)

Etwas von künstlerischer Erziehung.

Briefe über Erziehung an eine Arbeiterfrau.

Liebe Genossin! Das Schlagwort von der künstlerischen Erziehung des Kindes haben Sie wahrscheinlich auch schon einmal irgendwo gelesen oder gehört. Aber ebenso wahrscheinlich haben Sie sich über das Wort niemals ernsthafte Gedanken gemacht. Künstlerische Erziehung — das mag was ganz Schönes sein, jedenfalls klingt es wunderschön. Aber was haben arme Proletarierkinder denn damit zu schaffen? So ist's Ihnen vielleicht beim Lesen durch den Sinn gegangen und damit war das Problem für Sie und Ihre Kinder abgetan.

Was ist's denn nun eigentlich mit dieser künstlerischen Erziehung? Es gibt viele Leute, die als Sachverständige in der Kunsterziehungsfrage mitreden und also über diese Sache denken: künstlerische Erziehung bedeutet: man gibt dem Kinde nur von Künstlern gearbeitetes Spielzeug; man hängt ihm Künstlerbilder an die Wände; man gibt ihm gute Bücher zu lesen und gute Musik zu hören; man setzt es in ein geschmackvolles, anheimelndes Schulzimmer; man leitet es in weihevollen Stunden an, Kunstwerke mit Verständnis und Gefühl zu betrachten; man führt es in Museen und wohl auch in die Natur; man läßt es nach der Natur zeichnen und nicht mehr nach toten Vorlagen; man regt es zur Blumenpflege an. Vielleicht gibt es noch ein Dutzend weiterer Mittelchen, ich weiß es nicht. Jedenfalls würde auch dieses weitere Dutzend von Kunsterziehungsmitteln nichts an der Tatsache ändern, daß alle die guten kunstbegeisterten Seelen, die so das Problem der künstlerischen Erziehung zu lösen glauben, dieses Problem grausam verkennen. Es reicht nämlich viel tiefer und weiter, als nur an alle diese Äußerlichkeiten. Es ist in unserer heutigen Schule mit ihrem verlogenen und gewalttätigen Erziehungssystem überhaupt nicht zu lösen.

Aber davon wollen wir heut nicht weiter sprechen. Wir wollen uns darüber klar werden, wie Sie sich als proletarische Mutter zu dem Problem der künstlerischen Erziehung stellen sollen. Die Frage ist einfach die: haben jene unbedingt recht, die die künstlerische Erziehung fast ausschließlich damit erreichen wollen, daß sie das Kind durch Schönes anregen, es Schönes betrachten, Schönes genießen lassen? Daß sie die Kunst wie ein buntes, schmückendes Kleid über das Kind hängen? Wenn sie nämlich unbedingt recht haben, so können Sie als mittellose Mutter mehrerer Kinder nur sagen: diese künstlerische Erziehung ist ein Luxus, den wir unseren Kindern niemals bieten können. Wir haben kaum immer genug, ihnen das **Notwendigste** zu geben, wie sollten wir imstande sein, ihnen Schönheit und Schönheitsgenuß über ihr Leben zu breiten? In der Proletarierstube und in der Proletarierfamilie hat die Kunst keine Stätte und die künstlerische Erziehung keinen Sinn.